Begrüßungsrede des Genossen Ernst Aust anläßlich des Arbeitertheater-Festivals in Dortmund am 18.3.78 Seite 14/15

1 H 3752 CX

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!

ROTER MORGEN



Zentralorgan der KPD/Marxisten-Leninisten

Nr. 12 vom 24. März 1978 | 12. Jahrgang | 50 Pfennig

Druck/Metall: DGB-Bonzen sabotieren Kampf gegen Lohnraub, Rationalisierung und Aussperrungsterror

Verrat auf der ganzen Linie!

In den Metall- und Druckereibetrieben herrscht Empörung. Nicht nur über die Kapitalisten, ihre wirtschaftlichen Angriffe auf die Arbeiter und ihren Aussperrungsterror. Auch über die Gewerkschaftsbonzen, die die Interessen und den erklärten Kampfwillen der Kollegen verraten.



Frankfurt: Am Freitag demonstrierten 6.000 Kollegen für die Forderungen der Druckereiarbeiter und gegen den Aussperrungsterror der Unternehmer.

Am Sonntag machten die IG-Druck-Bonzen ihren Kuhhandel mit den Druckunternehmern perfekt. Sie unterzeichneten einen Tarifvertrag, der überall Empörung auslöste. Zwar enthält er einige Zugeständnisse. Aber im wesentlichen ist er genauso an den Profitinteressen der Kapitalisten wie der letzte Entwurf, den die Wachsamkeit und der Widerstand der Druckereikollegen zu Fall brachte. Bereits am Montag morgen stimmte die Große Tarifkommission zu und schon mittags wurden die Kollegen wieder in die Betriebe getrieben.

Auch die IGM-Bonzen unternahmen am Wochenende entscheidende Schritte zum endgültigen Verrat. Wieder warteten die Metaller in Nordrhein-Westfalen vergeblich darauf, daß vom Gewerkschaftsapparat endlich ein Streiktermin genannt wurde. Dafür nahmen die IGM-Bonzen für den Tarifbezirk Nordbaden/Norwürttemberg Verhandlungen mit den Metallkapitalisten auf. Sie setzten sich mit den Kapitalisten an einen Tisch, ohne von ihnen zu verlangen, daß ihr Aussperrungsbeschluß gegen über 100.000 Metaller aufgehoben wurde! Was ist das anderes, als ein kaum noch verhülltes Ja zum Terror der Unternehmer gegen die Arbeiter?

Die Arbeiter und kleinen Angestellten der Druckereibetriebe und die Metaller haben es in den letzten Wochen am eigenen Leib zu spüren bekommen: Der reaktionäre Gewerkschaftsapparat verrät die Interessen der Kollegen nach Strich und Faden, bahnt dem Aussperrungsterror der Unternehmer mit seiner Schwerpunktstreikbruchtaktik den Weg.

Sicher, bei einigen ruft dieser Verrat Resignation hervor. Aber im Kampf festigte sich auch die Erkenntnis: So geht es nicht weiter. Wir brauchen eine Alternative, eine wirkliche Kampforganisation. Und mancher, der sich in diesen Tagen über Forderungen und Ziele der Revolutionären Gewerkschaftsopposition (RGO) informierte, sagte: Das ist genau richtig.

So hat sich in diesen Tagen und Wochen gezeigt: Wenn auch Kapitalisten und Gewerkschaftsbonzen mit Gewalt und Verrat den Kampf sabotieren, eines können sie nicht verhindern: daß sich in diesen Kämpfen die Front der Arbeiter erweitert und festigt, die entschlossen sind, unversöhnlich nicht nur gegen das Kapital, sondern auch gegen seine Handlanger zu kämpfen. Denn das — so haben ihnen ihre Erfahrungen gezeigt — ist der einzige Weg, auf dem die Arbeiter erfolgreich ihre Interessen durchsetzen können.



Streikposten vor Tor 1 bei Bosch in Stuttgart-Feuerbach

Tod den israelischen Invasoren

Faschistischer Überfall auf den Libanon

15. 3. 78. An diesem Tag fallen auf der ganzen Breite seiner südlichen Grenze israelische Truppen in den Libanon ein. Schwere Artillerie schießt sich auf die Grenzdörfer ein. Bodentruppen in Stärke von 28.000 Mann, unterstützt von Panzerverbänden, rücken nach Norden vor. Zur gleichen Zeit tauchen am Himmel über dem Libanon die israelischen Bomber auf. Bis über die Vororte der Hauptstadt Beirut fliegen sie. Und überall werfen sie ihre tödliche Last ab.



Die libanesische Hafenstadt Tyrus nach der Beschießung durch die israelischen Zionisten.

Sie legen die Stadt Damour in Schutt und Asche. Sie zerstören das Beiruter Stadtviertel Ouzai. Und ungezählte Flüchtlingslager der Palästinenser, unzählige libanesische Dörfer hören unter den israelischen Bomben, dem israelischen Artilleriefeuer auf zu bestehen. Niemand kann zu diesem Zeitpunkt sagen, wieviele Menschen unter den Trümmern ihrer Häuser begraben liegen, wieviele Männer, Frauen und Kinder, Libanesen wie Palästinenser, von den Bomben und Granaten der Zionisten zerfetzt wurden.

Eines aber ist klar: Die israelischen Zionisten haben ihre seit Jahren schwerste Aggression gegen die arabischen Völker gestartet. Sie sind dabei, mit Feuer und Blut einen weiteren Teil der arabischen Welt zu

Fortsetzung auf Seite 2

Parlamentswahl in Frankreich

Niederlage für die "Linksunion"

Die Koalition von Sozialdemokraten und Revisionisten in Frankreich hat ihr Ziel, die Regierungsgeschäfte der Bourgeoisie zu übernehmen, verfehlt. Auch die nächste Regierung in Paris wird von den Gaullisten und der Partei des Staatspräsidenten Giscard gebildet werden. Was bedeutet dieses Ergebnis für die französischen Werktätigen?

Revisionisten und Sozialdemokraten waren auf Stimmenfang gegangen mit der Parole vom radikalen Wandel, den sie für den Fall ihres Wahlsieges versprachen. Jetzt versuchen sie ihre Wahlniederlage als eine Niederlage derarbeitenden Menschen Frankreichs hinzustellen. Aber hätten die Werktätigen mit dem Sieg der „Linksunion" etwas gewonnen? Nein, sowohl die Sozialdemokraten wie auch die Revisionisten stehen vollständig auf dem Boden des kapitalistischen Systems. Sie wollten die Macht der Bourgeoisie nicht antasten, ihren Staat nicht stürzen. Es sollte der alte Staat bleiben, nur eben mit den Herren Mitterand, Marchais und Co. als Ministern in der Regierung.

Wie diese Herren zum Staat der Bourgeoisie stehen, hat in der letzten Zeit nichts deutlicher gemacht als das eindeutige Bekenntnis des Revisionisten-Chefs Marchais zur atomaren Aufrüstung der imperialistischen französischen Armee.

So war die Parole vom Wandel nichts als ein Betrug an den Werktätigen, ebenso wie die von der „Linksunion" versprochenen Reformen, wie etwa die Erhöhung des Mindestlohns. Denn solange die Bourgeoisie die Macht hat, werden für solche Reformen, falls sie überhaupt verwirklicht werden, immer die Werktätigen zahlen müssen. So stand und so steht für die französische Arbeiterklasse die wirkliche Wahl nicht zwischen Regierungskoalition und Linksunion. Die tatsächliche Alternative zu den bestehenden Verhältnissen, mit denen Millionen Werktätige zutiefst unzufrieden sind, ist der revolutionäre Kampf zum Sturz der Herrschaft der Bourgeoisie, der den entschiedenen Kampf gegen die verräterischen Parteien der „Linksunion" einschließt.

AUS DEM INHALT

Interview mit einem Betriebsrat der Druckindustrie ... 3
Druck: Nacht- und Nebelabschluß ... 3
IGM-Apparat steuert Lohnraubabschluß an — DGB-Apparat ermöglicht Aussperrung ... 4
Bericht vom Kampf der Metaller in Stuttgart ... 5
Neue Listen zu den Betriebsratswahlen 6
Ausbau des Bundeskriminalamtes — wie zur Zeit Himmlers ... 7
Nieder mit der braunen Pest ... 7
„Die Schüler haben ihre Erfahrungen mit diesem Staat gemacht" ... 8
Eine Handvoll Kleber ... 8
Der israelische Zionismus — Todfeind der Völker ... 9
Beilage zum Arbeitertheater-Festival am 18. 3. 1978 in Dortmund ... 9-12

BKA-Einsatz in Rom

32 sogenannte Antiterror-Spezialisten des Bundeskriminalamtes sind nach Italien gefahren. Sie sollen sich an der nach der Entführung des reaktionären Politikers Moro betriebenen Menschenjagd beteiligen. Ein unbeteiligter Jugendlicher ist bei Razzien schon erschossen worden. Die von Bonn immer geforderte internationale Terrorbekämpfung nimmt Formen an. Schon nach der Schleyer-Entführung schnüffelten ganze Horden von BKA-Leuten und anderen Polizisten aus der Bundesrepublik auf französischem Boden.

Mehrere Abkommen wurden in der letzten Zeit innerhalb der EG durchgedrückt, um die Zusammenarbeit der Apparate der politischen Polizei zu verstärken. Die Initiative dabei ging immer von Bonn aus. Und daß sich diese Abkommen in erster Linie nicht gegen Attentäter und Entführer richten, zeigt u. a. die Tatsache, daß in ihnen eine starke Einschränkung des Asylrechts für politische Flüchtlinge enthalten ist.

Worum es geht, ist eine reaktionäre Formierung Europas, die weitere Einschränkung der demokratischen Rechte in allen kapitalistischen Ländern der EG. Und laufen soll das nach dem berüchtigten „Modell Deutschland". Die westdeutschen Imperialisten, unter den europäischen Völkern seit langem verhaßt, wollen sich jetzt offenbar als die Polizisten Europas präsentieren. Die italienischen Werktätigen aber werden sich für diese Anmaßung bestens bedanken. Sie werden — wenn jetzt die BKA-Spezialisten in ihrem Land auftauchen — daran denken, daß es noch gar nicht so lange her ist, daß derselbe Bonner Staat aktiv die Befreiung des Kriegsverbrechers Kappler unterstützte und diesen Geiselmörder so seiner gerechten Strafe für seine Verbrechen am italienischen Volk entzog.

Eine kräftige Gehaltserhöhung

Gerade erst war die Bundesregierung mit ihren berüchtigten Privatisierungsplänen bei der Bundesbahn an die Öffentlichkeit getreten, da überraschte der Verkehrsminister Gscheidle mit einem neuen Beschluß: Dem Bundesbahnpräsidenten Vaerst wurde das Gehalt um rund 66 Prozent erhöht. Zu seinen 150.000 DM, die er bisher im Jahr verdiente, kommen jetzt noch 100.000 DM dazu.

Wofür er diese „Gehaltserhöhung" bekommt? Gerade für seine „Verdienste" bei der Rationalisierung der Bundesbahn. Über 50.000 Arbeitsplätze wurden in den letzten drei Jahren bei der Bundesbahn vernichtet, ganz zu schweigen von den weiteren Entlassungsplänen, die allein für den Fall der Privatisierung der Bahnbuslinien die Entlassung von 11.000 Eisenbahnern vorsehen.

Aber nicht nur die Eisenbahner sind von den Privatisierungsplänen der Vaerst, Gscheidle und Co. betroffen. Den Menschen in den ländlichen Gebieten soll durch Streckenstillegungen die oft letzte Verkehrsverbindung genommen werden, während das Streckennetz ausgerechnet dort erhalten wird, wo es dem Transport der kapitalistischen Privatindustrie dient. Wahrlich, Herr Vaerst hat sich große Verdienste erworben — um die Profite der Monopole. Im Sozialismus, unter der Diktatur des Proletariats, wird sich sicherlich im Gleisbau oder anderswo ein „verdienstvoller Posten" für Herrn Vaerst finden. Dort kann er dann seine Schulden beim deutschen Volk abarbeiten.

Volksfeindliche Rentenpläne in erster Lesung!

Gleichermaßen volksfeindliche Entwürfe zum 21. Rentenanpassungsgesetz legten die Bonner Regierungsparteien als auch die CDU/CSU-Opposition zur ersten Lesung im Bundestag vor. Wenn es nach der Bonner Regierung geht, soll das Defizit, das die kapitalistische Krise in die Rentenkasse gerissen hat, auf dem Rücken der Rentner und der Werktätigen saniert werden. Eine drastische Beschränkung der Rentenanpassungssätze auf 4,5% im nächsten Jahr und nur 4% in den darauffolgenden zwei Jahren, eine Erhöhung des Rentenbeitrages von 18 auf 18,5% im Jahre 1981 und ab 1982 ein Krankenkassenbeitrag der Rentner, sind vorgesehen (s. RM 7/78). Aus rein demagogischen Gründen ist die CDU/CSU gegen ein Abgehen von der bruttolohnbezogenen Rente. Aber auch sie fordert den Krankenkassenbeitrag der Rentner und gibt damit zu erkennen, daß auch sie die Werktätigen zur Kasse bitten will. Das Gerangel im Parlament dieser beiden Parteien des Monopolkapitals soll den Eindruck erwecken, als hinge das Schicksal der Renten von einem Regierungswechsel in Bonn ab. Zuweilen aber kommen die Schwätzer im Bundestag der Wahrheit nahe. So z. B. als ein CDU-Abgeordneter — zu recht — bezweifelte, daß die Regierung 1982 zur bruttolohnbezogenen Rente zurückkehren werde. Oder als Ehrenberg nachwies, daß der CDU-Plan im Ergebnis auf dasselbe hinausläuft wie der Regierungsplan.

Und auch der DGB-Apparat steht mit seiner Forderung nach Beitragserhöhung und dem Krankenkassenbeitrag der Rentner voll auf der Seite der kapitalistischen Ausbeuterklasse. Wie peinlich für ihn, daß er damit ausgerechnet auf der Linie der CDU/CSU liegt!

Überfall auf den Libanon

Fortsetzung von Seite 1

erobern, sie haben ihren Militärstiefel auf den Südlibanon gesetzt, um dort ihre faschistische Besatzerherrschaft zu errichten. Und mitten in einem von seinen Truppen zerschossenen und eroberten Dorf gibt der Kriegsminister Weizmann eine Pressekonferenz, auf der er zynisch erklärt, der Feldzug seiner Armeen sei ein Verteidigungsschlag. Das ist seit jeher die faschistische Logik der israelischen Zionisten. Um sich zu „verteidigen", überziehen sie immer wieder die arabische Welt mit Mord und Terror. Sie schreien nach „sicheren Grenzen für Israel", und wo suchen sie diese



Frauen und Kinder seien aus den von Israelis bombardierten Vierteln evakuiert gewesen, behaupteten die Israelis, um ihren Mordfeldzug zu verharmlosen. Dieses Foto aus Damour beweist das Gegenteil.

Grenzen? Am ägyptischen Suezkanal, auf den syrischen Golan-Bergen. Und jetzt soll die neue nördliche Grenze Israels mitten durch den Libanon gehen.

Wie alle reaktionären Eroberer, so treten auch die Zionisten als „Befreier" auf. Hitler überfiel die Sowjetunion, um das Land „vom Bolschewismus zu befreien". Kriegsminister Weizmann erklärte zum Hauptziel der israelischen Invasion, den Libanon „von den Palästinensern zu befreien". Man muß sich das einmal vorstellen: Sie selbst, die Zionisten, haben das palästinensische Volk aus seiner Heimat verjagt, haben den größten Teil dieses Volkes mit ihren Bajonetten über die Grenzen getrieben, nach Jordanien, in den Libanon.

Diesen Faschisten war es nicht genug, daß sie Palästina von den Palästinensern „befreit" haben, sie wollen jetzt das gleiche im Libanon tun. Sie setzen ihren Ausrottungsfeldzug gegen dieses Volk auch über die Grenzen Palästinas hinweg fort. Denn sie wissen: Solange es ein palästinensisches Volk gibt, solange wird es auch eine Befreiungsbewegung, den bewaffneten Kampf dieses Volkes zur Befreiung seiner Heimat vom zionistischen Joch geben. Jetzt sind sie ausgezogen, die palästinensischen Lager zu zerstören, die Stützpunkte der Partisanen zu vernichten. Aber vom ersten Tag ihrer Invasion an sind sie auf den harten Widerstand der palästinensischen Patrioten und der libanesischen Massen gestoßen.

In der Erklärung eines palästinensischen Militärsprechers vom 15. 3. heißt es unter anderem: „Auf einer 100 km breiten Front brachen heute heftige Kämpfe zwischen unseren Streitkräften und den feindlichen zionistischen Streitkräften aus. An dem ‚Al Odeiseh-Taibeh'-Abschnitt werden die Kämpfe in aller Härte und mit allen Waffengattungen geführt. Dort konnten unsere Streitkräfte den Vormarsch der feindlichen Truppen stoppen. Die Kämpfe werden innerhalb der Stadt Taibeh geführt. Die feindliche Luftwaffe und Artillerie beschießt ununterbrochen unsere Stellungen im gesamten Abschnitt... Unsere Streitkräfte griffen die israelischen Panzerverbände an und verhinderten ihren Vormarsch in Richtung Al-Bayadeh. Außerdem konnten unsere Einheiten große Teile der Marineinfanterie des Feindes, die im Gebiet von Isbeh und Huneineh gelandet sind, aufreiben... In Bent Schabeel werden die Kämpfe von Haus zu Haus ausgetragen. Unsere Streitkräfte beharren in ihren Verteidigungsstellungen und leisten heftigen Widerstand."

Während diese Kämpfe auf Leben und Tod im Südlibanon entbrannten, weigerte sich in Kairo Präsident Sadat, die israelische Invasion auch nur mit einem Wort zu verurteilen. Seine „Friedensgespräche" mit den zionistischen Mördern aber — so erklärte er — will er fortsetzen. Das bedeutet grünes Licht für die israelischen Aggressoren. Jetzt zeigt sich in aller Deutlichkeit, was hinter der sogenannten „Friedensinitiative" Sadats, hinter seinem Komplott mit Begin steckt: eine gemeinsame, aufeinander abgestimmte Strategie zur Zerschlagung der palästinensischen Befreiungsbewegung. Und diese Strategie ist im Weißen Haus entwickelt worden. Amerikanische Diplomaten führten das Kommando bei den „Friedensgesprächen". Und in Washington war der israelische Kriegsminister Weizmann unmittelbar vor der Invasion, um den zionistischen Feldzug zu planen.

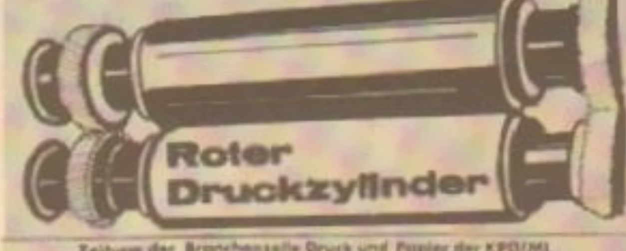
In der letzten Woche gab US-Außenminister Vance offen zu, daß Carter vor dem Überfall auf den Libanon von den Zionisten über ihre Pläne informiert wurde. So sitzen auch bei diesem Verbrechen des Begin-Regimes die Drahtzieher in Washington. Und Bonn steht — wie immer — an der Seite der amerikanischen Imperialisten. Statt die faschistische Invasion Israels zu verurteilen, drückte die Bundesregierung ihre „Besorgnis" aus.

Die Völker der Welt aber stehen in diesen Tagen fest an der Seite des palästinensischen und des libanesischen Volkes. Sie unterstützen den Kampf zur Verjagung der Invasoren, den Kampf der Palästinenser zur Befreiung ihrer Heimat.

Kurz berichtet

Westberlin

Die erste Nummer ihrer Zeitung „Roter Druckzylinder" gab die Branchenzelle Druck und Papier der KPD/ML in Westberlin heraus. Die Zeitung unterstützt den



Kampf der Druckereiarbeiter und prangert den Verrat des IG-Druck-Apparates bei Mercator und Springer an. Anhand der Betriebsratswahl wird die RGO propagiert und mit Berichten aus dem „Roten Morgen" über verschiedene Druckbetriebe wird für unser Zentralorgan geworben. Die Zelle hatte bereits früher mit Flugblättern in die Tarifbewegung eingegriffen.

Westberlin

Trotz jahrelangen Widerstands der Weddinger Bevölkerung will jetzt der Westberliner Senat in aller Schnelle den Autobahnbau im Wedding durchziehen. Der „Rote Wedding", die Stadtteilzeitung unserer Partei, entlarvt in einem Extrablatt die Absicht des Senats, die Bevölkerung durch „Mitbestimmung" an zwei gleichermaßen unzumutbaren Alternativplänen zu übertölpeln. Auf einem Aufkleber, der im Wedding verbreitet wurde, fordert die Zelle: „Kein Autobahnbau im Wedding!"

Reutlingen

In Reutlingen erschien jetzt die Nummer eins von „D'r rode Reitlenger", der Stadtzeitung der KPD/ML für Reutlingen.



Ein Interview mit einem entlassenen Arbeiter der Firma Wafios prangert die Entlassungen bei Wafios und anderen Reutlinger Betrieben an, die zunehmend im Ausland investieren, weil da die Löhne niedriger sind. Anhand der Untätigkeit des Betriebsrats und des Gewerkschaftsapparats wird die Notwendigkeit gezeigt, die RGO aufzubauen. In einem weiteren Artikel werden die Auswirkungen untersucht, die der geplante Bau eines Kernkraftwerkes in Mittelstadt haben würde und gefordert: Kein KKW in Mittelstadt und anderswo!

Berichtigung

In dem Bericht über die Betriebsratswahlen bei BASF im RM 11/78 unterliefen uns versehentlich zwei Fehler:

1. Der Kollege F. Rausch zieht für die RGO-Liste in den BASF-Betriebsrat ein und nicht Kollege Kessler!
2. Im Laufe der Betriebsratswahl wurden nicht, wie angegeben, 4.000 Flugblätter und 1.000 RGO-Broschüren von den RGO-Kollegen verteilt, sondern 30.000 Flugblätter und 4.000 RGO-Broschüren!

Offen gesagt

Lug und Trug

Auch in diesem Jahr erläßt die Bundesregierung den Unternehmern die Zahlung der Berufsbildungsabgabe. Insgesamt 800 Millionen Mark! Obwohl selbst nach Angaben der Kapitalistenverbände die Zahl der Lehrstellen geringer ist als die Zahl der Jugendlichen, die eine Lehre suchen. Erinnern wir uns: Als die Regierung im Jahre 1976 das sogenannte „Ausbildungsförderungsgesetz" verabschiedete, hieß es, dieses Gesetz „zwinge" die Unternehmer, Lehrstellen zu schaffen. Und es wurde eine große Propaganda gemacht: Wenn das Lehrstellenangebot nicht mindestens 12,5 Prozent höher sei als die Nachfrage, dann müßten die Unternehmer zahlen, um neue Ausbildungsplätze zu schaffen! Ein Gesetz, das den Anschein erwecken sollte, als tue diese Regierung etwas gegen den Lehrstellenmangel.

Nur, wie sah es ein Jahr später aus? Der Kapitalistenverband legte eine „Statistik" vor, nach der es angeblich einen Überschuß von 23,8 Prozent Lehrstellen gab. Obwohl zigtausend Jugendliche auf der Straße lagen, obwohl viele direkt von der Schule in die Arbeitslosigkeit entlassen wurden. Ein Hohn auf die vielen jungen Menschen, die sich die Hacken abliefen nach etwas Ausbildung. Doch die Regierung tönte, es gebe „keinen Anlaß, an den Zahlen der Arbeitgeber zu zweifeln." Die Unternehmer brauchten nicht zu zahlen! Bildungsminister Rohde verkaufte diese Entscheidung mit der dreisten Zusage, die Arbeitgeber hätten versprochen, hunderttausend zusätzliche Ausbildungsplätze im nächsten Jahr bereitzustellen.

In diesem Jahr nun hielten die Kapitalisten es nicht einmal mehr für notwendig, mit Statistiken ein „Überangebot" vorzulügen. Statt hunderttausend zusätzliche Ausbildungsplätze sind „offiziell" 60.600 dazugekommen. Auf mindestens 630.000 wird in diesem Jahr die Zahl der Lehrstellensuchenden steigen. Und 584.327 Lehrstellen stehen laut Arbeitsamt zur Verfügung. Darunter Lehrstellen auf dem Land, in aussichtslosen Berufen usw. Und dabei wird auch in diesen Statistiken das tatsächliche Ausmaß der Jugendarbeitslosigkeit platt beschönigt. 270.000 jugendliche Arbeitslose sind registriert. Zigtausende tauchen erst gar nicht in den Zahlen der Arbeitsämter auf, besonders die Jugendlichen, die von der Schule abgehen, ohne eine Lehrstelle zu finden. Es kann also niemand behaupten, daß es 12,5 Prozent mehr Lehrstellen als Bewerber gibt, so wie es laut Gesetz für die Freistellung von der Berufsbildungsabgabe vorgesehen ist. Und die Kapitalisten brauchen wieder nicht zu zahlen!

Das 800-Millionen-Mark-Geschenk an die Unternehmer zeigt mehr als viele Worte, daß die sogenannte Bonner „Reformpolitik" nichts als Lug und Betrug ist. Daß kein Gesetz die Sorgen der Jugendlichen um ihre Zukunft löst. Das sogenannte „Ausbildungsförderungsgesetz" hatte allein den Zweck, den Jugendlichen Sand in die Augen zu streuen. Allerdings wird durch dieses offene Zusammenspiel von Kapitalisten und Staat die Empörung der Jugendlichen über dieses kapitalistische System und diesen Staat, der ihnen nicht einmal die Ausbildung sichern kann, nur noch wachsen. Die großen Demonstrationen im letzten Herbst gegen die Jugendarbeitslosigkeit zeigen, daß immer mehr junge Menschen bereit sind zu kämpfen.



Herausgeber: ZK der KPD/ML

Verlag G. Schneider, 46 Dortmund 30, Postfach 30 05 26, Bestellungen an Vertrieb 46 Dortmund 30, Postfach 30 05 26. Postscheckkonto Dortmund Nr. 236 00 — 463. Bankkonto: Stadtsparkasse Dortmund Nr. 321 004 911 (Verlag G. Schneider). Telefon: 0231 / 433691 und 433692. Verantwortlicher Redakteur: Renate Schneider, Dortmund. Druck: Alpha Druck GmbH, 46 Dortmund. Erscheinungsweise wöchentlich freitags, mit monatlicher Jugendbeilage „Die Rote Garde". Einzelpreis 50 Pfennig. Abonnement: 30 DM für 1 Jahr, 15 DM für 1/2 Jahr. Die jeweilige Abonnementsgebühr ist im voraus nach Erhalt der Rechnung auf eines unserer o. a. Konten zu überweisen. Das Abonnement verlängert sich jeweils um die entsprechende Laufzeit, wenn es nicht einen Monat vor Ablauf gekündigt wird. Ausgenommen sind Geschenkabonnements.

AUS BETRIEB UND GEWERKSCHAFT

Interview mit einem Betriebsrat der Druckindustrie

"Die Kollegen waren zum Kampf bereit!"

In der vergangenen Woche sprach der „Rote Morgen" mit einem revolutionären Betriebsrat aus einem Stuttgarter Druckereibetrieb. Zum damaligen Zeitpunkt waren die Druckereiarbeiter bundesweit von den Druck- und Verlagskapitalisten ausgesperrt, während der IG-Druck-Apparat den Streik auf sechs Zeitungsdruckereien begrenzt hielt. Inzwischen haben Mahlein und Co. mit den Kapitalistenvertretern erneut verhandelt und sich mit ihnen auf einen Tarifvertrag geeinigt, der in den entscheidenden Punkten die Forderungen der Kollegen nach Absicherung gegen Entlassungen sowie gegen Abqualifizierung und den Abbau der Facharbeiterlöhne vom Tisch wischt.

RM: Die Bonzen der IG Druck preisen das Stuttgarter Druckzentrum, in dem die „Stuttgarter Zeitung" hergestellt wird, als Modell, an dem sie ihre Tarifverhandlungen orientieren.

Betriebsrat: Das ist bezeichnend. Das Stuttgarter Druckzentrum ist eine der modernsten Druckereien Europas. Schon vor zweieinhalb Jahren wurde hier auf Fotosatz und Bildschirm umgestellt. Damals wurde die Technik der „Stuttgarter Zeitung" und der „Stuttgarter Nachrichten" zusammengelegt. Die Hälfte der Arbeitsplätze ging dabei drauf. Von 600 Arbeitsplätzen blieben noch 300 übrig. Die Rationalisierung im Satzbereich geht auch jetzt noch weiter. Durch den jetzt eingeführten Ganzseitenumbruch entfallen z. B. die Arbeitsplätze der Montierer. Auch ist keineswegs nur der Satzbereich betroffen. Zum Beispiel der Versand ist inzwischen weitgehend vollautomatisiert. Da werden nur noch wenige Arbeitskräfte gebraucht.

RM: Es stimmt also nicht, daß nur die Setzer von der Rationalisierung betroffen sind?

Betriebsrat: Nein. Und auch nicht nur die Zeitungsdruckereien, sondern auch die Druckereien im Akzidenzbereich sind von einschneidenden Rationalisierungsmaßnahmen betroffen. Zum Beispiel durch die neuen Vierfarben-Bogenoffsetmaschinen für Großformat. Waren früher zwei Drucker und zwei ungelernte Arbeiter an einer Maschine beschäftigt, sind es jetzt oft nur noch ein Drucker und ein ungelernter Arbeiter. Auch hier ist elektronische Steuerung im Spiel. Durch die neue Maschinengeneration könnte die Arbeit erleichtert werden. Aber tatsächlich kommt es zu einer wahnsinnigen Erhöhung der Arbeitsintensität, zu einer immensen nervlichen Belastung an diesen Maschinen. Die Maschinengeschwindigkeit ist um 30 Prozent höher. Ferner kommt es noch zu einer zusätzlichen Steigerung der Produktivität um 20 Prozent wegen des größeren Druckformats. Und weil diese Maschinen unvergleichlich viel mehr kosten, wollen die Kapitalisten um jeden Preis die Schichtarbeit ausweiten. Die Sache ist für sie nur rentabel, wenn die Maschine rund um die Uhr läuft.

RM: Was macht der Gewerkschaftsapparat gegen die Rationalisierung in den Akzidenzdruckereien?

Betriebsrat: Seit dem 31. Dezember 1976 ist die Laufzeit für den Manteltarifanhang bei den Druckern, der diese Punkte regelt, abgelaufen. Bis heute haben keine Verhandlungen stattgefunden. Vor allem ist es eine unheimliche Schweinerei, wie die IG-Druck-Bonzen den Kampf gegen die Rationalisierung bei Druck und Satz auseinanderdividieren.

Von vorneherein hat man den Kampf auf die Zeitungsdruckereien begrenzt und dann auch hier nur in sechs Betrieben mit ca. 3.800 Beschäftigten den Streik organisiert. Dadurch wurde es den Unternehmern von vorneherein ermöglicht, in die Offensive zu gehen und einen Streik von drei- bis viertausend Kollegen mit der Aussperrung von mindestens 38.000 Beschäftigten zu beantworten. Während sich die Gewerkschaftsbonzen weigerten, die ganze Branche einschließlich Akzidenzbereich in die Kampffront einzubeziehen, machen die Kapitalisten es genau anders. Sie haben auch die Akzidenzdruckereien ausgesperrt. So läßt uns der IG-Druck-Apparat ins offene Messer laufen. Und die Bonzen dachten auch nicht daran, als der Streik begonnen hatte, in den anderen Druckereien die Solidarität zu organisieren. Im Gegenteil. Ich selbst kenne Fälle, wo die Streikleitungen Solidaritätserklärungen aus Akzidenzdruckereien unterschlagen haben. Warum, ist klar: Sie wollen den Kollegen einreden: In den Akzidenzdruckereien stehen die Kollegen nicht mit euch zusammen.



Demonstration der Druckereiarbeiter in Hamburg. Ein Transparent mit der Forderung nach Vollstreik wird mitgetragen.

RM: Wie ist die Lage in den ausgesperrten Betrieben, in denen nicht gestreikt wird?

Betriebsrat: Die Lage ist beschissen. Zum Beispiel beim Druckzentrum stehen Streikposten. Aber sie dürfen nichts machen, da sie ja nicht im Streik sind. Die Bosse lassen drinnen jeden Tag eine Notausgabe produzieren, die für 50 Pfennig verkauft wird. Die Unternehmer kommt diese Aussperrung wirklich billig. Die Arbeiter stehen draußen ohne Lohn. Gleichzeitig können die Unternehmer mittels der Notdienste einen relativ großen Teil der Produktion weiterführen. Sie sparen riesige Lohnkosten ein. Sie können die dringendsten Aufträge aber trotzdem erfüllen. Dem könnte man nur wirkungsvoll begegnen, indem man die bundesweite Aussperrung mit bundesweitem Kampf kontert. Aber das verhindert der Gewerkschaftsapparat.

RM: Wie stehen die Druckereiarbeiter zum Tarifkampf der Metaller?

Betriebsrat: Die Kollegen bei uns setzen große Hoffnungen in einen machtvollen Streik der Metaller. Nachdem die Bonzen bei uns durch ihre Weigerung, auf die Aussperrung mit bundesweitem Vollstreik zu antworten, praktisch die Weichen für unsere Niederlage gestellt haben, hofften wir, uns durch den Streik der Metaller doch besser halten zu können. Aber was geschieht? Erstens schlagen die IGM-Bonzen die gleiche Streikbruchtaktik ein. Zweitens sabotiert der DGB gemeinsame Kampfaktionen mit den Metallern, die uns einen neuen Aufschwung bringen würden. In Stuttgart hat der Gewerkschaftsapparat sogar verhindert, daß es zu einer gemeinsamen Demonstration von Druckereikollegen und Metallkollegen kam.

RM: Wie sieht es mit dem Widerstand gegen die Streikbruchtaktik der Bonzen aus?

Betriebsrat: Leider ist die organisierte Front gegen Kapital und Gewerkschaftsapparat, die RGO, bei uns gerade erst im Entstehen begriffen. Trotzdem muß ich sagen: Es gab bei uns massiven Widerstand seitens der Kollegen. Im Druckzentrum wurde vor kurzem an einem Samstag auf eigene Initiative gestreikt und die Herausgabe der Wochenendausgabe verhindert. Die Bonzen waren gezwungen, diesen Streik zu unterstützen, sonst wären die Mitgliedsbücher nur so geflogen. Ein kämpferischer Kollege sprach auf der zentralen Stuttgarter Streik- — oder besser: Aussperrungsversammlung. Er griff dabei die Gewerkschaftsbonzen und die Streikbruchtaktik des Apparates an. Er erhielt den größten Beifall. Gestern, auf einer Streikversammlung des Druckzentrums, stimmten die Kollegen gegen den Willen des anwesenden Bonzen einstimmig dafür, daß bei einer eventuellen Aussetzung der Aussperrung über das Wochenende gestreikt werden muß. Auf dieser Versammlung ließen die Kollegen ihrer Empörung gegen die IG-Druck-Bonzen ziemlich freien Lauf. Ich könnte noch mehr Beispiele in dieser Richtung bringen.

Man muß im übrigen folgendes sehen: Trotz des unglaublichen Verrats des Gewerkschaftsapparats, trotz der beschissenen Situation wie sie durch die allseitige Sabotage der Bonzen an unserem Kampf entstand — trotz alledem waren die Kollegen immer wieder kampfbereit, waren sie bereit, den Streik weiterzuführen, waren sie bereit, wochenlang Streikposten zu stehen. Obwohl ja völlig unklar war, welche Perspektive ihr Kampf bei dieser Führung überhaupt noch hat. Das spricht für den großen Kampfwillen der Druckereiarbeiter. Jetzt sieht die Lage ziemlich mies aus. Das gebe ich zu. Aber eines ist immerhin nicht rückgängig zu machen: Vielen Kollegen ist einiges hundertmal klarer geworden. Zum Beispiel wie ein Kampf richtig geführt werden muß und daß der Gewerkschaftsapparat absolut nicht bereit ist, entsprechend zu handeln. Die Opposition unter den kämpferischen Kollegen war stark. Aber es fehlte doch noch an Zielklarheit. Auch war die Opposition weitgehend spontan und nicht organisiert. Für mich ist die entscheidende Konsequenz aus dem bisherigen Verlauf unseres Kampfes: Wir müssen jetzt mit aller Entschlossenheit den Aufbau der Revolutionären Gewerkschaftsopposition vorantreiben.

Nacht-und Nebel-Abschluß in der Druck-industrie

IG-Drupa-Bonzen besiegeln ihren Verrat

Sonntag nacht melden die Nachrichten: Mahlein und Co. haben sich mit den Kapitalisten der Druck- und Verlagsindustrie geeinigt. Was haben sie ausgehandelt? Was steht in dem neuen Tarifvertrag? Davon kein Wort. Kapitalisten und Gewerkschaftsführung haben gemeinsam eine Nachrichtensperre über den Inhalt ihres Nacht- und Nebelabschlusses verhängt. Sie wissen warum. Wenige Wochen zuvor hatten sie sich ja schon einmal geeinigt. Aber die Arbeiter, die sahen, daß dieser Tarifvertrag ihre Forderungen vom Tisch wischte, schlugen ihn den Herren mit Warnstreiks, mit einem Sturm des Protestes wieder aus der Hand.

Es ist ungeheuerlich, was der IG-Druck-Apparat hier abzieht. Die streikenden Arbeiter der Schwerpunktbetriebe werden Montag mittag wieder an die Arbeit geschickt, ohne daß sie auch nur die notdürftigsten Informationen über das Ergebnis des Tarifabschlusses erhalten. Selbst in dem besetzten Druckhaus der „Frankfurter Rundschau" werden die Kollegen gezwungen, ihre Aktion abzubrechen, ohne daß vorher eine Versammlung durchgeführt wird. Dabei war in Frankfurt für Montag mittag eine Mitgliederversammlung der IG Druck schon seit Tagen angesetzt. Sie wird einfach abgesagt. Begründung der Bonzen: „Wir haben keine Zeit."

Urabstimmung über das Ergebnis? Offenbar denken die Bonzen gar nicht daran. Die Basis könnte ihnen ja einen Strich durch die schmutzige Rechnung machen. Offen werden die kümmerlichen Ansätze, die den Namen innergewerkschaftliche Demokratie kaum verdienen, mit Füßen getreten. Die Bonzen diktieren. Die Arbeiter haben sich zu fügen. Basta.

Die wenigen Informationen, die bis Montag abend über den ausgehandelten Tarifvertrag bekannt werden, lassen ungefähr folgendes Bild erkennen: Die an den Bildschirmgeräten weiterbeschäftigten Setzer erhalten höchstens acht Jahre tariflichen Maschinensetzerlohn. Die übertariflichen Zulagen können sie vergessen. Andere Arbeitskräfte, die an die Bildschirme geholt werden, haben keinen Anspruch auf Facharbeiterlohn. Grundsätzlich wird die Bildschirmarbeit nach dem weit niedrigeren Angestelltentarif bezahlt. Die Setzer, die umgesetzt werden, erhalten für einige Jahre eine Ausgleichsprämie, die schrittweise abgebaut wird. Ihnen werden also sehr schnell Hunderte von Mark monatlich in der Lohntüte fehlen. Von einer wirklichen Sicherung gegen Entlassungen und Arbeitsplatzvernichtung kann überhaupt keine Rede sein. Den Kapitalisten wird es auch erlaubt sein, Journalisten an die Bildschirme zu setzen, um so noch mehr Arbeitsplätze im Satzbereich zu vernichten. Entsprechende Pausen und Arbeitszeitverkürzungen, wie sie nötig wären, um Gesundheitsschäden durch ständigen Blickkontakt mit dem Bildschirm zu vermeiden, kann man vergessen.

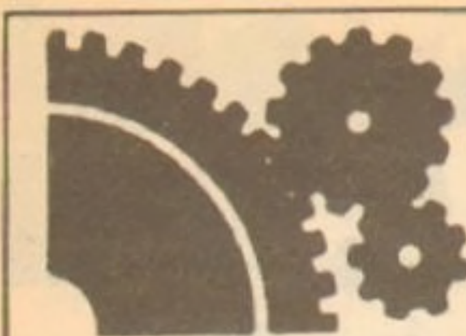
Dieser Tarifvertrag ist nicht viel besser, als der, den die Kollegen vor Beginn des Schwerpunktstreiks durch ihren Kampf abgeschmettert haben. Das läßt sich jetzt schon sagen. Die Druckereikollegen wurden auf übelste Weise verschaukelt. Sogar die juristischen Schritte, die die Bonzen gegen die Aussperrung eingeleitet haben, haben sie zurückgenommen. So sollte am Montag eine Verhandlung stattfinden über eine einstweilige Verfügung gegen die Aussperrung in einem kleinen Iserlohner Betrieb. Das Gericht hatte die Aussperrung als „nicht angemessen" für unzulässig erklärt. Die Bosse hatten dagegen Beschwerde eingelegt. Der IG-Druck-Apparat zog jedoch seinen Antrag gegen die Aussperrung freiwillig zurück. Am Sonntag war nämlich beschlossen worden, beide Tarifparteien würden alle aus dem Tarifkampf entstandenen Rechtsstreitigkeiten freiwillig beilegen.

Die IG-Druck-Bonzen werden nun tönen: „Wir haben unser Bestes getan, mehr war nicht herauszuholen." Zweifellos haben sie ihr Bestes getan. Sie haben ihr Bestes getan, um den Kampf der Arbeiter zu spalten, zu unterdrücken und abzuwürgen. Sie haben ihr Bestes getan, um einen bundesweiten Vollstreik zu verhindern. Sie haben ihr Bestes getan, um die Arbeiter den Kapitalisten ins offene Messer laufen zu lassen. Sie haben ihr Bestes getan, um den Kapitalisten den Weg für ihre Rationalisierungsfeldzüge zu ebnen, für die Entlassung Zehntausender von Setzern, Druckern und anderen Kollegen in diesem Industriezweig.

In verschiedenen Kundgebungen und Demonstrationen der letzten Woche zeigten die Druckereiarbeiter, daß sie trotz der ständigen Sabotage der Bonzen nicht aufgeben wollten, daß sie nach wie vor kampfbereit waren. In Frankfurt demonstrierten am Freitag 6.000 Kollegen durch die Innenstadt, darunter auch viele Mentaller und Kollegen anderer Branchen. Aber zu diesem Zeitpunkt war der Abbruch des Schwerpunktstreiks für Montag bereits beschlossene Sache. Die radikalen Sprüche der Bonzen auf den Kundgebungen waren widerlicher Betrug.

Unsere Partei hat alles in ihren Kräften stehende getan, um den Kollegen zu helfen, sich gegen die Streikbruchpolitik des Gewerkschaftsapparats durchzusetzen. Mit zahlreichen Flugblättern hat sie den Kollegen Unterstützung in ihrem schweren Kampf gegeben. Auf Streikversammlungen machten sich Genossen zum Sprachrohr des Kampfwillens der Kollegen, gaben sie der Empörung über das Vorgehen der Bonzen Ausdruck. In Diskussionen vor den bestreikten Verlagshäusern haben sie sich bemüht, die Front gegen den Verrat zu stärken.

Auf den Kundgebungen und Demonstrationen der letzten Woche wurde das Extrablatt des „Roten Morgen" zum Kampf der Drucker- und Metallerkollegen verteilt. Es wurde mit großem Interesse aufgenommen. Auf der Demonstration der Druckereiarbeiter in Essen beispielsweise wurden an die 700 Teilnehmer mindestens 500 Exemplare verteilt. RGO-Broschüren wurden ebenfalls zu Hunderten in den verschiedenen Städten verteilt. Die Partei unterstützte auch die Verteilung des zentralen RGO-Flugblattes, das die Bevölkerung zur Solidarität aufruft. So hat sie dazu beigetragen, daß auch unter Druckereiarbeitern der Aufbau der RGO vorangetrieben wird und die Kollegen künftig im Kampf gegen die Kapitalisten und den DGB-Apparat besser gerüstet sind.



Arbeiterkorrespondenzen

Adresse der Redaktion des ROTEN MORGEN:
46 Dortmund 30, Wellinghofer Str. 103, Postfach 30 05 26

Eine Vertreterversammlung der IGM

Liebe Genossen,

ich möchte euch kurz über eine erweiterte Vertreterversammlung der IG Metall in Stolberg berichten. Diese Versammlung fand am gestrigen Mittwoch statt. Sie stand unter dem Thema, wie die IGM „erfolgreich" einen Arbeitskampf abwehren kann.

Die Einladung zu dieser Versammlung erging sehr kurzfristig. Obwohl zu dieser Versammlung jeder Gewerkschafter Zugang hat, waren noch nicht einmal alle Vertreter anwesend. Die Gewerkschaft hatte nämlich hauptsächlich ihr bekannte Leute angesprochen und auch keine Einladungen in den Betrieben ausgehängt, was bei Vertreterversammlungen, wo also nur Vertrauensleute, Betriebsräte etc. Zugang haben, immer gemacht wird. So fand diese Versammlung schon fast im Geheimen statt.

Der Ortsbevollmächtigte für Stolberg, Hartwig Völker, hielt eine Rede, die mit Beleidigungen der zahlenden Gewerkschaftsmitglieder nur so gespickt war. Er erklärte, für NRW bereite man sich jetzt darauf vor, eine „Angriffsaussperrung" seitens der Unternehmer entsprechend beantworten zu können. Die Betriebsräte werden gebeten, nicht vor Beginn einer Aussperrung mit den Arbeitgebern über einen Notdienst zu verhandeln. Verhandeln kann man später immer noch. Sollte in einem Betrieb ausgesperrt werden, sollen die Kollegen zum Arbeitgeber hingehen und ihre Arbeitskraft anbieten! Wer dann nicht genommen wird, ist ausgesperrt. (Das ist die offene Proklamierung eines Streikbruchs!)

Es sei wichtig, die Kollegen auch über die rechtlichen Fragen aufzuklären im Falle von Urlaub und Krankheit. Letzteres soll nicht publik gemacht werden. Im Fall von Krankheit nämlich zahlt die Krankenkasse Krankengeld und das ist in der Regel höher als die gewerkschaftliche Streikunterstützung, weil die Kollegen eben nicht genug Beitrag bezahlen! Außerdem gäbe es auch „ganz Schlaue", die sich im Fall von Streik oder Aussperrung krank melden und neben dem Krankengeld auch noch Streikunterstützung kassieren wollen. Da müssen die gewerkschaftlichen Streikposten auf der Hut sein! Es gäbe sicherlich auch Kollegen, die sich eine „Anlage" gekauft haben und wegen Aussperrung nun ihren Ratenzahlungen nicht nachkommen können. Wer solche Nöte hat, solle mit der BfG über Schuldentilgung, Kreditablösung etc. verhandeln. Falls nötig, bekäme er von der Ortsverwaltung der IGM Stolberg eine entsprechende Bescheinigung.

Soweit also Hartwig Völker.

Hat man Unverschämteres schon mal gehört?

Ein Kollege trug vor, daß die Kampfbereitschaft in den Betrieben sehr groß sei.

Darum forderte er, eine Resolution zu verabschieden, in der der Hauptvorstand kritisiert werden soll, weil er nicht mit NRW anfängt. H. Völker hielt dagegen, daß NRW *das* Spannungsfeld sozialer Konflikte sei und man hier eine Verschärfung und Zuspitzung des Tarifstreites um jeden Preis vermeiden wolle. Darum schlägt er vor, eine Grußadresse an die streikenden bzw. ausgesperrten Metaller zu schicken und ihnen unsere „Streikbereitschaft" zuzusichern.

Folgendes bleibt noch zu erwähnen:

Ein Mitglied der Bezirkstarifkommission sagte, daß die jetzigen Tarifbezirke einfach zu groß sind. NRW zusammen mit Nordbaden/Nordwüttemberg ist eh zu groß und viel zu schwerfällig zu manövrieren. Darum sei es besser, diese großen Bezirke auseinanderzuhalten. Aber auch NRW ist viel zu groß. Sie hätten beim Hauptvorstand der IG Metall beantragt, den Tarifbezirk NRW aufzulösen und in kleinere Tarifbereiche aufzugliedern. Diese Bereiche sollten Tarifautonomie erhalten.

Kommentar: Wohin das führen kann, sieht man an Stolberg. In Stolberg sind ca. 7.000 Metaller gewerkschaftlich organisiert. Von den jetzigen Tarifverhandlungen sind aber nur 4.000 betroffen. Das liegt daran, daß Prym mit 2.500 Beschäftigten und ein weiterer Betrieb Haustarife abgeschlossen haben. Diese zwei Betriebe stehen sozusagen außerhalb der jetzigen Verhandlungsrunde. Das garantiert den Kapitalisten von Prym ungeschmälerten Profit und den Tariffrieden. Nach den Verhandlungen verhandelt Prym mit dem Betriebsrat, ob der Haustarif entsprechend dem Tarifvertrag geändert wird bzw. in welchem Maße. Sollte jetzt bei Prym gestreikt werden, ist dieser Streik von vorneherein „illegal", weil ja in jedem Fall die Zustimmung der Gewerkschaft fehlt.

Zur Urabstimmung in Stolberg:

In vier Betrieben mit zusammen 2.000 Abstimmungsberechtigten stimmten mehr als 90 Prozent mit Ja für Streik.

Rot Front!

Als Mädchen auf der Suche nach einer KFZ-Mechaniker-Lehrstelle

Liebe Genossen,

im „Roten Morgen" Nr. 7 habe ich den Artikel „Schmutzige Geschäfte mit der Jugendarbeitslosigkeit" gelesen. Ich selbst bin seit kurzem Lehrling in einem sogenannten „Männerberuf" (KFZ-Mechaniker). Deshalb möchte ich Euch kurz meine Erfahrungen und auch meine Überlegungen zu Eurem Artikel schreiben.

Ich habe über ein halbes Jahr nach einer Lehrstelle gesucht, das ist zwar normalerweise heute nichts Ungewöhnliches mehr, ungewöhnlich war nur, daß selbst Betriebe, die noch Lehrlinge einstellten, mich nicht haben wollten. Ich habe mir viele Unverschämtheiten anhören müssen, u. a., daß die männlichen Kollegen im Sommer mit nacktem Oberkörper arbeiten würden: „Das können Sie selbstverständlich nicht, haha!" Oder: „Die Männer sind alle verheiratet und wenn ich Sie einstellen würde, dann bekämen die Kollegen Ärger mit ihren Frauen!" Als wenn ich nur einen „Männerberuf" haben möchte, weil ich sonst keinen Mann mehr abbekomme. Etliche Firmen sagten mir, ich solle doch mal vorbeikommen, obwohl sie mir dann sagten, sie seien schon bis ins nächste Jahr hinein ausgebucht. Sie wollten nur mal die „verrückte Type" anschauen, die nicht ihr Leben lang in einem typischen Frauenberuf tätig sein wolle. Allerdings bekam ich manchmal auch „nette" Sachen gesagt: Nachdem ich mich bei einer Firma vorgestellt hatte und der Chef persönlich mich über eine Stunde lang ausgefragt hatte („Haben Sie einen Freund, was wird der sagen, wenn sie immer dreckig sind und nach Öl riechen" usw.) bekam ich ein paar Tage später einen Brief von der Firma, in der mir bestätigt wurde, ich hätte „Zivilcourage", im übrigen wurde mir für meine Zukunft alles Gute gewünscht, aber eine Lehrstelle bekam ich nicht!

Nun zu Eurem Artikel: Ihr sprecht von „angeblich dabei entstehenden Mehrkosten", wenn Mädchen in sogenannten Männerberufen eingestellt werden. Diese Mehrkosten sind zwar tatsächlich da. So steht mir laut Gesetz eine eigene Toilette und ein eigener Umkleideraum zu. Falls das nicht vorhanden ist,und das ist es oft nicht, weil es ja eben Männerberufe sind, muß das noch gebaut werden. Allerdings ist das eben nur eine einmalige Anschaffung. Aber das ist nicht das Entscheidende. Entscheidend ist tatsächlich, daß der Staat unsere Steuergelder in den Rachen der Unternehmer wirft, wie Ihr schreibt. Aber einen wichtigen Punkt habt Ihr außer acht gelassen. Das ist die Einstellung der Chefs und teilweise auch der Kollegen gegenüber den Frauen, so wie ich es auch erlebt habe.

Rot Front, eine Genossin aus Bonn

Anmerkung der Redaktion: Du hast Recht. Dieser Aspekt kam in dem Artikel zu kurz. Vielen Dank, daß Du uns mit Deiner Zuschrift geholfen hast, das Versäumte nachzuholen.

Metalltarifrunde

IGM-Apparat steuert Lohnraubabschluss an

Das war Anfang der Woche die Lage im Tarifkampf bei Metall: Nordwürttemberg/Nordbaden: 80.000 Metaller im Raum Stuttgart stehen im Streik (ausführlicher Bericht auf der nächsten Seite), über 100.000 weitere Arbeiter sind in diesem Bezirk von den Kapitalisten ausgesperrt worden. Und trotz dieses brutalen Angriffs auf die Kollegen haben sich die Herren der IGM wieder an den Verhandlungstisch gesetzt — „ohne Vorbedingungen", wie sie sagen. Also ohne daß sie die sofortige Aufhebung der Aussperrung gefordert hätten. Das ist nichts anderes als die offene Anerkennung der Aussperrung durch den IGM-Apparat.

Und in den anderen Tarifbezirken? In Nordrhein-Westfalen, wo sich bei einer Urabstimmung die Metaller mit überwältigender Mehrheit für den Streik ausgesprochen hatten, stellt sich die IGM praktisch tot. Die Tarifkommission hält es nicht für nötig, zu dem eindeutigen Votum der Mitglieder auch nur Stellung zu beziehen, geschweige denn Kampfmaßnahmen einzuleiten. Das einzige, was in der letzten Woche zu hören war, ist die Äußerung von IGM-Boß Loderer, er „erwarte keinen Streikbeschluß für NRW".

In den übrigen Bezirken schleppen die IGM-Bonzen die Verhandlungen durch die Schlichtung, oder die Schlichtung ist — wie bei VW und im Nordverbund — überhaupt erst beantragt. Die Absicht ist deutlich: Die Tarifverhandlungen sollen verzögert, die Kollegen, die auf Kampfmaßnahmen drängen, hingehalten werden. Im VW-Werk Hannover protestierten dagegen am 9. März 5.000 Arbeiter. Sie legten die Arbeit nieder, zogen in Demonstrationen durch das Werk und erklärten ihre Bereitschaft, für die Durchsetzung von acht Prozent Lohnerhöhung in den Streik zu treten.

Acht Prozent — das ist die Forderung, die zu Beginn der Tarifverhandlungen auch die IGM aufgestellt hatte. Eine Forderung, mit der noch nicht einmal die Inflation abgedeckt ist. Aber auch diese acht Prozent haben die Bonzen schon längst fallen lassen. Immer offener haben sie in der letzten Zeit die „Fünf vor dem Komma" ins Gespräch gebracht. So wie bei Stahl steuern sie jetzt auch bei Metall auf einen Lohnraubabschluß hin. Und offenbar war schon Anfang der Woche der Lohnraub beschlossene Sache zwischen den „Tarifpartnern". Denn IGM-Bezirksleiter Steinkühler erklärte, es ginge bei den laufenden Verhandlungen in Baden-Württemberg nur noch um die Fragen der Absicherung gegen Rationalisierung.

Genau wie die IG-Drupa-Bonzen, so haben auch die IGM-Bonzen bewußt die Kollegen der Aussperrung ausgesetzt. Und ihre verräterische Taktik der Schwerpunktstreiks hat den Kapitalisten auch noch die Möglichkeit für andere Provokationen eröffnet. So haben sie in verschiedenen Betrieben NRWs Kurzarbeit angekündigt mit dem Hinweis, daß der Streik in Stuttgart ihre Zulieferbetriebe lahmgelegt habe. Das Daimler-Werk in Bremen soll in dieser Woche sogar ganz stillgelegt werden. Und auch der VW-Konzern hat „Überlegungen" hinsichtlich der Kurzarbeit angestellt.

Der IGM-Apparat hat diese Provokationen nicht nur ermöglicht, er tut auch nichts, um sie jetzt zu unterbinden. Die richtige Antwort darauf ist die Ausweitung des Streiks. Die Arbeiter in allen Bezirken wollen den Kampf. Das haben nicht nur die Kollegen in NRW in der Urabstimmung zum Ausdruck gebracht. Das haben die Metaller von der Küste bis nach Freiburg auch durch ihre Streikaktionen der letzten Wochen deutlich gemacht.

Aber die Bonzen wollen keinen Kampf. Was sie wollen, brachte Steinkühler zum Ausdruck, als er sagte: „Wir möchten das volkswirtschaftliche Risiko möglichst gering halten." Was heißt denn das? Sie möchten die Verluste der Kapitalisten durch den Streik möglichst niedrig halten. Dem gilt ihre ganze Sorge. Die Forderungen der Arbeiter dagegen kümmern sie einen Dreck. Aber sie wollen nicht glauben, daß sie sich so einfach über diese Forderungen hinwegsetzen können. Schon heute wächst bei den Kollegen in den Betrieben die Empörung über den Verrat des IGM-Apparats. Und aus dieser Empörung erwächst bei vielen die Einsicht, daß es notwendig ist, den Kampf in die eigenen Hände zu nehmen und sich der Revolutionären Gewerkschaftsopposition (RGO) anzuschließen.

DGB-Apparat ermöglicht Aussperrung

200.000 Metallarbeiter in Baden-Württemberg wurden am Montag von einer brutalen Waffe der Kapitalisten getroffen — der Aussperrung. Schon vorher waren im gesamten Bundesgebiet in den Druckereien die Setzer, Drucker und Metteure ausgesperrt worden. Zurecht sind diese Kollegen, ist die ganze Arbeiterklasse empört über den brutalen Schlag der Kapitalisten. Zurecht werden überall Kampfmaßnahmen gegen die Aussperrung gefordert.

Denn sie ist nicht nur ein Angriff auf die materielle Existenz der Arbeiter, die ja, wenn sie nicht gewerkschaftlich organisiert sind — beispielsweise weil sie von den Bonzen hinausgeworfen wurden — keinen Pfennig Geld bekommen. Mit der Aussperrung wollen die Kapitalisten der Arbeiterklasse ihre Macht demonstrieren, wollen sie ganz bewußt zeigen, daß sie es sind, denen die Fabriken und Maschinen gehören. Daß sie, wie es ihnen paßt, die Arbeiter für sich schuften lassen oder ihnen den Zutritt zu den Werken versperren können. Eine solche Machtdemonstration soll die Arbeiter entmutigen, soll ihnen vor allem die Initiative im Kampf aus der Hand schlagen. Denn im Gegensatz zum Streik, wo die Arbeiter sich zum Kampf zusammenschließen, wo **sie** die Schließung der Betriebe erzwingen, wo **sie** die Forderungen und Bedingungen stellen, haben bei der Aussperrung erst einmal die Kapitalisten das Gesetz des Handelns auf ihrer Seite.

Das heißt natürlich nicht, daß es nach erfolgter Aussperrung keine Möglichkeit des offensiven Kampfes mehr geben würde. Dieser Angriff kann zum Beispiel mit Betriebsbesetzungen beantwortet werden, mit Ausweitung des Streiks in der betroffenen Branche oder mit Solidaritätsstreiks in anderen Bereichen.

Die Bonzen aber haben an den sogenannten Schwerpunktstreiks festgehalten. Und auch als der offizielle Beschluß der Kapitalistenverbände vorlag, nach dem in beiden Bereichen die Aussperrung durchgezogen werden sollte, haben die Herren von IGM und IG Drupa sich geweigert, den Forderungen der Kollegen nachzukommen und den Streik auszuweiten. Aber was bedeutet das denn? Diese Herren haben mit ihren Schwerpunktstreiks Hunderttausende von kampfbereiten Arbeitern aus dem Kampf heraushalten wollen. Sie haben diese Kollegen nicht in den Streik geführt, sie haben sie in voller Absicht in die Aussperrung geführt. Nur ihnen verdanken es die Kapitalisten, daß sie diese Waffe gegen die Druckerei- und Metallarbeiter anwenden konnten.

Und jetzt stimmen diese Leute ein demagogisches Geschrei gegen die Aussperrung an. Sie konzentrieren sich dabei, unterstützt von den DKP-Revisionisten, vor allem auf die Aussperrung der Druckereiarbeiter in Hessen. Denn dort gibt es einen Paragrafen in der Verfassung, der die Aussperrung verbietet. Nun ist es eine Tatsache, darauf hat gerade unsere Partei immer hingewiesen, daß die Kapitalisten, wenn sie es für notwendig halten, auch ihre eigenen Gesetze brechen. Aber den Herren von DGB und DKP geht es gar nicht darum, diese Tatsache anzuprangern. Es geht ihnen auch nicht darum, die berechtigte Forderung vieler Kollegen nach einem Verbot der Aussperrung zu unterstützen. Daß sie nicht gegen die Aussperrung sind, haben sie ja gerade durch ihre verräterische Haltung in den letzten Wochen in der Praxis bewiesen.

Was sie mit ihrem Geschrei erreichen wollen, ist etwas ganz anderes. Sie wollen vom richtigen und notwendigen Kampf gegen den Aussperrungsterror, nämlich dem Einleiten breiter Kampfmaßnahmen, ablenken und statt dessen den Arbeitern einreden, sie müßten für die Einhaltung der bürgerlichen Gesetze kämpfen. So produzierte z. B. die DKP-Propaganda laufend Berichte über die ausgesperrten Kollegen der Frankfurter Rundschau, die im Kampf gegen den Rationalisierungsfeldzug der Kapitalisten ihren Betrieb besetzt hatten. Und was machte die DKP daraus? Sie log frech, die Kollegen stünden im Kampf für die Verteidigung der Verfassung. Statt konsequentem Kampf gegen die Angriffe der Kapitalisten der Gang zum Verfassungsgericht — darauf läuft dieses Manöver hinaus.

Es ist doch bezeichnend, daß jetzt die Bonzen mit viel scheinradikaler Demagogie gegen die Aussperrung zu Felde ziehen, daß sie aber, je mehr sie davon reden, desto weniger über das sprechen, wofür der Kampf geführt wird: über die Lohnprozente und die Absicherung gegen den Rationalisierungsterror. Damit wollen sie erreichen, daß auch die Kollegen diese Kampfziele aus den Augen verlieren. Am unverschämtesten verhöhnte IG-Drupa-Boß Mahlein die Kollegen. Als er seine Unterschrift unter den neuen verräterischen Tarifvertrag gesetzt hatte, erklärte er, mehr wäre nicht herauszuholen gewesen, weil beide Seiten im Tarifkampf „ungleichmäßige Mittel" eingesetzt hätten. Also auf der einen Seite die Schwerpunktstreiks und auf der anderen Seite die bundesweite Aussperrung. Aber wer trägt denn die Verantwortung dafür, daß diese „Ungleichmäßigkeit" entstehen konnte? Doch nur Mahlein selbst und seine Kumpane vom Drupa-Apparat, die mit ihrer Weigerung, den Vollstreik zu erklären, die Aussperrung überhaupt erst ermöglicht haben.

Das Geschrei, das die DGB- und DKP-Bonzen um die Aussperrung und ihre Verfassungswidrigkeit erheben, die Ankündigungen, die Gerichte anzurufen, all das hat auch noch einen andern Zweck. Damit wollen diese Verräter bei den Arbeitern Vertrauen in den bürgerlichen Staat wecken. Aber dieser Staat ist ein Instrument der Bourgeoisie. Niemals kann die Arbeiterklasse ihm ihre Interessen anvertrauen. Um die Angriffe der Kapitalisten zurückzuschlagen, gibt es nur einen Weg: den konsequenten Kampf Klasse gegen Klasse.

Bericht vom Kampf der Metaller in Stuttgart
"Man sollte überhaupt keinen durchlassen!"

Kein Wort dringt über Rundfunk und Fernsehen über den Verlauf des Streiks von rund 80.000 Metallern im Raum Stuttgart. Eine Mauer des Schweigens ist errichtet worden um die Arbeiter, die von Tag zu Tag mutiger und entschlossener im Kampf stehen. Totgeschwiegen werden die Angriffe auf die Streikenden, die brutale Gewalt, mit der die Streikbrecher gegen die Streikposten vorgehen und das empörende Urteil eines Stuttgarter Gerichts, das allen Streikposten befiehlt, für Streikbrecher eine drei Meter breite Gasse freizuhalten. Wer sich nicht daran hält, dem wird mit einem Ordnungsgeld bis zu 10.000 DM gedroht!

Groß ins Bild dagegen kommen die IGM-Bonzen. Steinkühler, wie er am Morgen des Streikbeginns vor dem Betriebstor steht. Steinkühler, wie er am Abend des ersten Streiktages scheinradikale Reden schwingt und gleichzeitig zu Ruhe und Besonnenheit aufruft. IGM-Funktionäre, die jammern, daß ihnen die Kapitalisten diesen Streik aufgezwungen hätten.

In der Tat. Dieser Streik wurde dem IGM-Apparat aufgezwungen. Aber nicht von den Kapitalisten, sondern von den kampfbereiten Metallern. Und die Bonzen gaben sich alle Mühe, einen kraftvollen, geschlossenen Streik zu verhindern. Obwohl bereits ab Mittwoch gestreikt wurde, sollten erst am Montag die Streikenden registriert werden. Es wurde zudem das Gerücht verbreitet, die Streiklokale würden erst ab Montag geöffnet. So wollte man die Kollegen zersplittern, verhindern, daß sie, wie beim Hafenarbeiterstreik in Hamburg die Organisierung der Streikposten selbst in die Hand nahmen. Aber viele Kollegen machten das nicht mit. So drängten sich am Mittwoch an einem der Tore der Schleifmaschinenfabrik Fortuna, einem kleineren Betrieb mit rund tausend Beschäftigten, etwa hundert Streikende auf dem Bürgersteig. Auch Verteiler der KPD/ML sind da. Sie verteilen die neueste Ausgabe des „Roten Morgen" mit der Schlagzeile „Arbeiter in den Metallbetrieben fordern: Vollstreik". Obwohl ein IGM-Bonze dagegen hetzt, nehmen mehr als 20 Kollegen die Zeitung.



Genossen der Partei verteilen vor den bestreikten Metallbetrieben den „Roten Morgen" an die Kollegen.

Vollstreik! Diese Forderung der Kollegen haben die IGM-Bonzen nicht nur dadurch verraten, daß sie nur im Raum Stuttgart zum Streik aufgerufen haben. Denn noch nicht einmal hier streiken alle.

IGM-Apparat spaltet die Streikfront

In verschiedenen Betrieben haben die Gewerkschaftsbonzen die Angestellten nicht in den Streik einbezogen. Dann gibt es Betriebe mit verschiedenen Zweigwerken im bestreikten Tarifbezirk Nordwürttemberg/Nordbaden. Aber nur das Stuttgarter Werk ist in den Streik einbezogen. So werden die Belegschaften gespalten. Bei Mahle z. B. trifft beides zusammen. Die Kapitalisten nutzen solche Lücken in der Streikfront. In der Woche zwischen Urabstimmung und Streikbeginn verlagern sie aus dem Stuttgarter Werk Maschinen in die Werke Gröningen und Aldingen, wo jetzt damit produziert wird. Als einmal Mitglieder der Zentralen Streikleitung am Tor bei Mahle erscheinen, halten Kollegen ihnen dies vor. Einziger Kommentar der Bonzen: „Diese Werke gehören nicht zur Verwaltungsstelle Stuttgart."

Empörung herrscht auch darüber, daß die Angestellten bei Mahle im Gegensatz zu anderen Betrieben, nicht zum Streik aufgerufen worden sind. Die Werksleitung hat am zweiten Streiktag einige Angestellte aufgefordert, in anderen Abteilungen produktiv zu arbeiten. Das konnte allerdings von den Streikposten verhindert werden. Ein Kollege berichtet:

„Wir haben mit dem Megaphon hochgerufen. Die Angestellten kamen herunter. Wir informierten sie, daß es ein Gerichtsurteil gibt, wonach sie nicht zu solcher Streikbrecherarbeit gezwungen werden können. Da haben sie sich entschlossen, diese Arbeit zu verweigern." Der Kollege erzählt weiter: **„Organisationsgrad der Angestellten ist 31 Prozent. Die organisierten und auch viele unorganisierte Angestellte haben ihren Streikwillen gegenüber der IGM-Ortsleitung bekundet. Trotzdem hat die Streikleitung es abgelehnt, sie in die Streikfront mit einzubeziehen."**

2.000 Sonderausweise bei Daimler-Benz

Besonders empört aber sind die Kollegen über die sogenannte Notdienstregelung. Äußerst großzügig geben die Streikleitungen Sonderausweise für Notdienste aus. Was es mit diesen sogenannten Notdiensten auf sich hat, zeigt sich am deutlichsten bei Daimler-Benz in Untertürkheim. Verbittert berichtet ein Streikposten, daß der Betriebsrat hier 2.000 Sonderausweise ausgestellt hat, 1.600 davon im gewerblichen Bereich. Und obwohl auch die Angestellten zum Streik aufgerufen sind, ist das Rechenzentrum voll in Betrieb, was für die Kapitalisten sehr wertvoll ist. Notdienst? Streikbrecherdienst ist das! Vom IGM-Apparat genehmigter Streikbruch!

Und die IGM-Bonzen gehen noch weiter. Sie schleusen sogar solche Streikbrecher in den Betrieb, die keinen Passierschein vorweisen können. So wie bei Fortuna. Die Kollegen hier bringen jeden PKW, jeden LKW, der durchs Werktor fahren will, zum Stehen, keilen die Fahrzeuge ein. Hat einer eine Sondergenehmigung, lassen sie ihn zähneknirschend durch. Bei allen anderen aber gibt es Buhrufe, gellende Pfiffe, Schimpfworte: „Hau ab, scher dich zum Teufel!" schreien die Kollegen. Der anwesende IGM-Bonze aber schreit nicht den Streikbrecher an, sondern die Streikenden: „Macht keinen Blödsinn! Gasse bilden, laßt ihn durch!" — und drängt die Kollegen zur Seite, die nur widerwillig und fluchend nachgeben. Sie fühlen, daß man insgesamt mit dem Streikbruch Schluß machen müßte. **Einer protestiert: „Warum hat er einen Streikbrecher durchgelassen? Man sollte überhaupt keinen mehr durchlassen!"**

Die Streikbrecher kennen keine Skrupel

Und immer wieder kommt es zu Auseinandersetzungen zwischen den Streikposten und Streikbrechern, die sich mit brutaler Gewalt Einlaß in die Betriebe verschaffen wollen. Auch hier hat der IGM-Apparat den Kapitalisten in die Hände gearbeitet. Die Kette der Streikposten ist dünn, die Gruppen der Streikposten sind klein. Nehmen wir das Tor am Steg bei Daimler-Benz. Ununterbrochen sind hier über eine Eisenbahnüberführung Streikbrecher im Anmarsch, die durch das Tor wollen. Höchstens zehn Streikposten stehen hier. Machtlos müssen sie mit ansehen, wie ein Teil der Streikbrecher die Lücken in der Kette der Streikposten nutzt und über den Zaun in den Betrieb klettert. Andere Streikbrecher warten, bis sich eine Gruppe ihresgleichen gesammelt hat und versuchen dann, gewaltsam durchzubrechen. Aber die Streikposten, so wenig sie auch sind, geben nicht nach. Sie stehen untergehakt, eine Kette bildend, entschlossen, dem Angriff standzuhalten. Die Streikbrecher gehen mit brutaler Gewalt gegen die Streikposten vor. Eine Streikbrecherhorde stürmt mit Regenschirmen auf die Posten los, rücksichtslos draufschlagend. Die Streikenden wehren sich unerschrocken. Aber sie sind zu wenig. Sie können nicht standhalten. An einem kleineren Betrieb schleudert ein Streikbrecher einem Streikposten einen Feuerlöscher ins Gesicht. Der Kollege muß schwerverletzt ins Krankenhaus gebracht werden.

Bei Scheer in Zuffenhausen wird ein Streikposten von einem Streikbrecher mit dem Auto angefahren und muß zur ambulanten Behandlung ins Krankenhaus. Das ist kein Einzelfall. Es ist reines Glück, daß nicht mehr Kollegen verletzt werden. Immer wieder kommt es zu Szenen wie dieser, die sich bei Daimler-Benz abspielte: Ein Streikbrecherauto will durchs Tor. Sechs oder sieben Streikposten stemmen sich mit aller Kraft gegen das Auto. Es gelingt ihnen kurze Zeit, das Fahrzeug aufzuhalten. Aber dann tritt der Streikbrecher skrupellos aufs Gaspedal. Die Kollegen müssen zur Seite springen, um nicht umgefahren zu werden. Einer wird umgerissen, fast hätte es ihn erwischt.

An manchen Toren lassen die Bosse die Streikposten filmen. Es ist klar, warum: Sie wollen die kämpferischen Kollegen ermitteln und maßregeln. Aber auch hier setzen sich die Metaller zur Wehr. Mindestens in einem Fall konnten Streikende die Herausgabe des Films erzwingen.

Und was haben die IGM-Bonzen zu alledem zu sagen? Prangern sie die Gewalttätigkeit dieser Hilfstruppen der Kapitalisten an? Verstärken sie die Streikposten, schließen sie die Kollegen enger zusammen, organisieren sie den Widerstand? Nichts dergleichen. Kein Wort finden die IGM-Bonzen gegen diese reaktionäre Gewalt. Stattdessen hämmern sie immer wieder den Kollegen ein: „Keine Gewalttätigkeiten, laßt euch nicht provozieren!" **Ja, sie scheuen nicht einmal davor zurück, sich öffentlich davon zu distanzieren, daß die Kollegen „Arbeitswillige" am Betreten der Betriebe hindern!**

Gericht befiehlt: drei Meter breite Gasse für Streikbrecher

Keine Gewalttätigkeiten? Wie sonst als mit Gewalt, mit der gerechten Gewalt der Massen, können denn die Streikenden ihren Kampf erfolgreich weiterführen, wenn der Gegner, wie sie es täglich erleben, vor keiner Brutalität zurückschreckt? Die Werktätigen können sich in ihrem Kampf nicht auf den Rahmen der Legalität beschränken. Denn was in diesem kapitalistischen Staat legal ist und was nicht, das bestimmen allein die Kapitalisten. Wozu haben sie denn ihre Gerichte? Das zeigte sich auch hier, beim Kampf der Metaller im Raum Stuttgart:

Am Freitag wird bekannt: Auf Antrag einiger Firmen hat das Stuttgarter Amtsgericht eine einstweilige Verfügung gegen die Streikenden erlassen. Den Streikposten wird zur Auflage gemacht, eine drei Meter breite Gasse zu bilden, damit die Streikbrecher ungehindert in die Betriebe gelangen können. Bei Zuwiderhandlung ist ein Ordnungsgeld von 10.000 DM angedroht!

Zynischer geht es kaum. Die Klassenjustiz verbietet dir nicht zu streiken, sie verbietet dir auch nicht, Streikposten zu stehen. Oh nein, schließlich urteilen die Gerichte ja im „Namen des Volkes" und der „freiheitlich-demokratischen Grundordnung"! Und deshalb wahren sie die Form. Streikposten stehen darfst du, aber jeden Streikbrecher mußt du durchlassen! Streiken darfst du, aber nicht so, wie du es willst, kämpferisch und konsequent, sondern so, wie die Kapitalisten es wollen! Alles andere ist illegal. Bei „Zuwiderhandlung" drohen sie dir heute noch mit Geldstrafen. Und morgen? Bei den sogenannten „wilden" Streiks stehst du schon heute mit einem Bein im Gefängnis. In Amerika verbieten die Kapitalisten schon heute den Bergarbeitern über die Klassengerichte, ihren Streik weiterzuführen und lassen


Mittwoch morgen vor der Schleifmaschinenfabrik Fortuna in Stuttgart: Streikende Metaller blockieren ein Streikbrecherauto.

über die Regierung der Armee den Einsatz gegen Streikende befehlen. Kann man ernsthaft glauben, daß „unsere Kapitalisten" nicht zu diesen Mitteln greifen werden wenn sich der Klassenkampf hier in der Bundesrepublik und Westberlin weiter verschärft? Aber unabhängig davon, welches Ausmaß der Terror der Kapitalisten und ihres Staates gegen die Arbeiterklasse hat, ob sie „nur" ihre Streikbrecherarmeen einsetzen oder das Mittel der Aussperrung oder größere Geschütze auffahren. Immer kann es nur eine Antwort geben: Der reaktionären, ungerechten Gewalt der Kapitalistenklasse muß die gerechte, revolutionäre Gewalt der Arbeiterklasse entgegengesetzt werden. Wer, wie die IGM-Bonzen, angesichts des Terrors der Unternehmer den Arbeitern zuruft: „Bloß keine Gewalt", der sabotiert und verrät ihren Kampf und bahnt seiner Niederschlagung den Weg.

Wie sah denn die Antwort des IGM-Apparats auf den empörenden Gerichtsbeschluß des Stuttgarter Amtsgerichts aus, den die Geschäftsleitungen provokativ an den Pforten aushängten? Sie redeten auf die wütenden Kollegen ein, malten ihnen aus, was alles passieren könne, wenn sie sich zu „unbesonnenen" Aktionen hinreißen ließen und versuchten so, den Gerichtsbeschluß durchzusetzen. An einigen Betrieben sah das dann so aus, daß die Kollegen zähneknirschend eine Gasse bildeten und die Streikbrecher an Transparenten wie „Hier ist die drei Meter breite Gasse für die Streikbrecher" vorbei Spießruten laufen mußten.

Vorwärts mit der RGO!

An anderen Betrieben aber gab es **offenen Widerstand**. So bei Mahle. Gerade am Freitag, als das Schandurteil des Stuttgarter Amtsgerichts bekannt wurde, konnten die Kollegen an diesem Betrieb zum ersten Mal einen der drei Streikbrecher unter den Arbeitern aus dem Betrieb heraushalten, obwohl man versuchte, ihn gewaltsam ins Werk zu bringen.

Mahle ist kein Einzelfall. Viele Arbeiter spüren und erkennen im Verlaufe dieser Streiktage: Der Kampf für ihren Lohn, gegen die brutalen Rationalisierungsangriffe der Kapitalisten, muß rücksichtslos geführt werden. Ohne daß man sich dabei Sorgen um die Profite der Unternehmer macht. Die Streikbruchtaktik des DGB-Apparats ruft nicht nur Verbitterung und Wut hervor, sondern auch den Willen, etwas dagegen zu tun. Die Metallergenossen unserer Partei, die als Streikposten an den Toren kämpfen, haben schon mit vielen Kollegen darüber gesprochen. Wie dieser Streik auch ausgehen wird, eines ist sicher: Viel mehr Kollegen als zuvor werden sich zusammentun, um sich gegen den Verrat des DGB-Apparats künftig besser wehren zu können. Der Aufbau der RGO in Stuttgart wird einen entscheidenden Schritt vorankommen. Der Grundstock wird geschaffen, aus dem die Arbeiter sich eine mächtige Waffe für ihren Kampf gegen die kapitalistische Ausbeutung und Unterdrückung schmieden werden.

Betriebszeitung „Der rote Greifer" mit Geldstrafe bedroht

Der Wahlvorstand für die Betriebsratswahlen der Firma Thyssen AG in Duisburg hat gegen den presserechtlich verantwortlichen Redakteur der Betriebszeitung der KPD/ML für Thyssen eine einstweilige Verfügung gegen einen Artikel erwirkt. Joachim Beyer wird eine Strafe in Höhe von 500.000 Mark angedroht, falls die Betriebszeitung weiter über gewisse Unregelmäßigkeiten bei den Betriebsratswahlen berichtet.

Tarifrunden

Lohnerhöhungen von 3,5 Prozent haben die Privatbanken für die 300.000 Beschäftigten des Bankgewerbes angeboten. Den 2,3 Millionen Arbeitern und Angestellten im Öffentlichen Dienst sowie bei Bahn und Post wollen die staatlichen Unternehmen ebenfalls nur 3,5 Prozent mehr geben. ÖTV, Postgewerkschaft und Gewerkschaft der Eisenbahner fordern 7,5 Prozent • Die Tarifverhandlungen für die 20.000 Beschäftigten der holzverarbeitenden Industrie in NRW sind vertagt. Die Gewerkschaft Holz und Kunststoff fordert eine 8,5prozentige Erhöhung der Ecklöhne • Die Gewerkschaft Textil/Bekleidung hat beschlossen, für die 580.000 Beschäftigten der Textilindustrie eine siebenprozentige Lohnerhöhung zu fordern. • Für das KFZ-Handwerk Nordwürttemberg/Nordbaden und Südwürttemberg/Hohenzollern wurde ein Tarifabkommen abgeschlossen. Die KFZ-Handwerker erhalten 6,1% mehr Lohn.

Hamburger Müllmänner machen Warnstreik

Am 6. März kamen insgesamt 2.500 Hamburger Müllmänner eineinhalb Stunden später als gewohnt zur Arbeit. Damit protestierten sie gegen eine Kürzung der Leistungsprämien, die die Stadtverwaltung durchsetzen will.

Streik in einem Verlag

Im Betriebswirtschaftlichen Fachverlag, einem Betrieb mit etwa 30 Angestellten, streikten am 10. 3. vier Kollegen wegen eines unbeheizten Zimmers. In dem Gebäude des Verlages gibt es nur Ölöfen. Schon Tage vorher hatten die Kollegen der Chefin gesagt, sie müsse Öl bestellen, der Tank sei leer. Am Freitag war es dann soweit: In einem Zimmer war der Ofen leer, im Öltank kein Tropfen mehr. Die vier betroffenen Kollegen weigerten sich bis zur Mittagspause, zu arbeiten. Mittags kam dann das Öl. Die übrigen Kollegen sagten, sie hätten es genauso gemacht.

Streik der Mattenlegerinnen bei Siemens

Am Mittwoch, den 15. 3. 78 traten die Arbeiterinnen der Mattenlegerei bei Siemens in Witten für mehrere Stunden in den Streik. Sie gingen zum Betriebsrat und protestierten dort gegen unverschämte Akkordkürzungen von 40% und mehr. Hatte es anfangs geheißen, die Akkorde würden um 40% gekürzt, so stellte sich jetzt heraus, daß bei vielen Matten die Akkordkürzung weit über 40% lag. „Roter Lautsprecher", Betriebszeitung der KPD/ML bei Siemens, schreibt: „Der mutige Schritt der Mattenlegerinnen, im Vertrauen auf die eigene Kraft in den Streik zu treten, ist genau der richtige Weg, sich gegen diese unverschämte Ausbeutung zur Wehr zu setzen. Die Siemens-Kapitalisten müssen merken, daß sie mit uns nicht alles machen können."

GRF propagiert bei VW Wolfsburg: Wählt IG Metall!

Bei VW Wolfsburg standen vier reaktionäre Listen zur Wahl, darunter die von der IGM, dem CMV und der DAV, die mit Neofaschisten durchsetzt ist. Da die revolutionären Kollegen noch keine RGO-Liste aufstellen konnten, traten sie dafür ein, die Wahl zu boykottieren, da keine der Listen ein wirkliches Kampfprogramm repräsentierte. Bei diesen Wahlen zeigte sich einiges über die Rangeleien der reaktionären Gewerkschaftslisten. So verteilte der CMV ein Flugblatt, in dem die Schiebereien der IGM bei der Listenverlosung aufgedeckt wurden. So erhielt bei den Verlosungen der letzten Jahre und auch dieses Mal die IGM immer den Listenplatz 1. Im Werk Salzgitter ist aufgeflogen, daß auf jedem Los der Name IGM stand und folglich bei zwei Listen IGM als erstes gezogen wurde. Ein Gericht ordnete eine Neuauslosung an. Während die Genossen und andere revolutionäre Kollegen kleine Parolen klebten: „Listen 1-4 ist alles Schmier! Boykottiert die Wahl! RGO", haben die Mitglieder der Gruppe Rote Fahne die Losung ausgegeben: „Wählt IG Metall!" Dieser Schritt war aufgrund ihres Verräterkurses früher oder später zu erwarten.

Streik bei Bauer-Druck/Köln

Korrespondenz. Nach der Aussperrung, die bis Dienstag,den 7. 3., 12 Uhr dauerte, wurde von der IG Druck ja zusätzlich zu den bisherigen vier Schwerpunktstreiks auch der Streik für Bauer in Hamburg und in Köln ausgerufen. In Köln hatten 97 Prozent für Streik gestimmt, der Betrieb hat 1.400 Beschäftigte. Am Dienstag morgen versammelten sich viele Kollegen am Streiklokal, um zu erfahren, wie es weitergehen sollte. Wir verteilten RGO-Broschüren und sprachen mit vielen Kollegen über die Notwendigkeit eines geschlossenen Streiks aller Druckereiarbeiter und die Sabotage der Gewerkschaft am Kampf der Kollegen. Als um 10.30 Uhr ein Betriebsrat den Kollegen berichtete, der Hauptvorstand habe der Erweiterung des Streiks auf Bauer zugestimmt, klatschten die Kollegen Beifall und sehr viele trugen sich als Streikposten ein.

Von morgens bis abends waren wir an jedem Streiktag vor den Toren und sprachen mit den Kollegen, gaben ihnen die RGO-Broschüre, den „Roten Morgen". Die Betriebsräte ließen sich nur ausnahmsweise, um die Kollegen zu kontrollieren, an den Toren sehen. Schon für Dienstag hatten sie eine Demonstration angekündigt, die sie dann von Tag zu Tag verschoben und schließlich platzen ließen. Die Erbitterung der Kollegen über die Betriebsräte wuchs von Tag zu Tag. Vielen wurde immer bewußter, daß ohne eine entschlossene Führung der Streik nicht zum Erfolg führen konnte. Während etwa die Hälfte der Belegschaft den Streik aktiv trug, blieben doch eben auch fast die Hälfte der Kollegen zu Hause und ließen die anderen machen. Die Gewerkschaft tat natürlich keinen Handschlag, um diese Kollegen auch zu mobilisieren, im Gegenteil, sie beäugten jeden mißtrauisch, der nicht ausdrücklich als Streikposten vor den Toren stand.

In dieser Woche gaben wir den Kollegen ca. 350 RGO-Broschüren. Die „gelben Heftchen" waren am Ende der Streikwoche für jeden Bauer-Kollegen ein Begriff geworden. Sie lagen auf den Tischen im Streiklokal, und viele Kollegen sagten uns, sie hätten sie gelesen und stimmten mit vielen Punkten überein. Am Freitag nachmittag kam in den Nachrichten, daß der IG-Druck-Hauptvorstand beschlossen habe, die Streiks in den beiden Bauer-Betrieben Hamburg und Köln auszusetzen, „um den Arbeitgebern die Rückkehr an den Verhandlungstisch zu erleichtern". Als wir das im Streiklokal erzählten, kamen aus allen Ecken Kollegen und holten sich „das gelbe Heftchen". Am Samstag morgen machte dann die Gewerkschaft in den Sartory-Sälen eine Kundgebung, wo sie die Kollegen von Bauer vorsichtig auf das Streikende einstimmen wollten (ca. 1.100 Besucher, die Hälfte von Bauer). Zum Schluß der Versammlung tönte der Betriebsratsvorsitzende von Bauer herum: „Kollegen, der Kampf geht weiter, alle am Montag morgen zu Schichtbeginn ans Tor." Und da stand er auch am Montag morgen mit seinen Kumpanen: Er lotste die empörten Kollegen in den Betrieb. Weil die Kollegen darauf nicht vorbereitet waren, weil sie einzeln ankamen und es in Strömen regnete, weil ihnen noch die revolutionäre Führung fehlte, wurden sie überrumpelt.

Am Samstag vor der Veranstaltung verteilte die Partei massiv ein Flugblatt: „Alle Druckarbeiter in den Streik!", 130 „Rote Morgen" und RGO-Broschüren. Eine größere Gruppe von Kollegen ist inzwischen am Aufbau einer RGO bei Bauer sehr interessiert, sie werden mit uns das Programm der RGO diskutieren, vier Tage Streik und die jetzige Aussperrung haben ihre Wut und Kampfbereitschaft gesteigert. Viele sehen jetzt klarer, daß sie nur etwas werden können, wenn sie sich auf sich selbst und ihre Kollegen verlassen, daß die IG Druck sie verrät und verkauft.

Neue Listen zur BR-Wahl

RGO-Liste im Hamburger Hafen

Die Hamburger Hafen- und Lagerhaus Aktiengesellschaft (HHLA) ist mit 4.000 Beschäftigten der größte Hafenbetrieb Westdeutschlands. Eigentümer ist die Stadt Hamburg. Seit den Tagen des Hafenarbeiterstreiks arbeitet in diesem Hafenbetrieb eine RGO-Gruppe. Sie kämpft für eine RGO-Liste. Kandidat ist Wolfgang Weskamp. Dieser Betrieb ist zu 100% in der ÖTV organisiert, bis auf Wolfgang, der 1976 durch den Gewerkschaftsapparat ausgeschlossen wurde.

Der Vertrauensleutekörper hatte sich für eine Einheitsliste stark gemacht, auf der auch Wolfgang hätte kandidieren können. Aber dies wurde vom ÖTV-Apparat abgelehnt. So unterstützten viele Kollegen die Kandidatur des Kommunisten Wolfgang auf der RGO-Liste. Vor allem an seinem Arbeitsplatz. Dort haben von 120 Kollegen etwa 90 Prozent unterschrieben! Einige Kollegen haben selbständig Unterschriften gesammelt, obwohl ein HHLA-Betriebsrat drohte, daß sie aus der Gewerkschaft fliegen würden. So hatte der RGO-Kandidat die notwendigen Unterschriften schon 14 Tage, bevor das Wahlausschreiben aushing, zusammen.

Es war klar, daß der ÖTV-Apparat darauf reagieren würde. Vor dem Tag, an dem das Wahlausschreiben ausgehängt wurde, schickte die Betriebsleitung Wolfgang auf Nachtschicht, so daß er an diesem Tag nicht im Betrieb war. Die ÖTV nutzte seine Abwesenheit, um am Burchardt-Kai, wo etwa 600 Kollegen arbeiten, ein Flugblatt zu verteilen, in dem gegen die KPD/ML, vor allem aber gegen die RGO gehetzt wurde und man allen, die die RGO-Liste unterschreiben, den Gewerkschaftsausschluß androhte. Doch die Kollegen waren keineswegs eingeschüchtert, sondern unheimlich empört. Ein freigestellter Betriebsrat, der bei Wolfgangs Kollegen verteilte, wurde von den Kollegen fast rausgeschmissen. Hier drückt sich die Erfahrung des Streiks aus, der bei der Urabstimmung gegen die Bonzen die Kraft der Arbeiter gegen den Apparat gezeigt hatte.

Gerade weil der OTV-Apparat so hetzte, diskutierten jetzt viele Kollegen über die RGO und ihre Ziele. Am Montag erschien ein Flugblatt der RGO, in der die Vertrauensleute aufgerufen wurden, sich nicht vom ÖTV-Apparat unterdrücken zu lassen und sich für die Einheitsliste zu entscheiden. Wenn das geschieht, ist die RGO-Liste sogar bereit, unter bestimmten Bedingungen die Liste zurückzuziehen. Denn die Mehrheit der Kollegen sind für die Einheitsliste mit Persönlichkeitswahl, und es ist wichtig, daß die Kollegen sehen, daß die RGO den Kampf darum führt. Allerdings ist nicht zu erwarten, daß der ÖTV-Apparat dieser Forderung der Kollegen zustimmen wird. Um die Einheit der klassenkämpferischen Kollegen zu stärken, hat die RGO auch die Betriebsgruppe „Alternative", auf die der KB Nord einen gewissen Einfluß hat, zu gemeinsamen Aktivitäten aufgefordert. Die Gruppe „Alternative" hat jedoch abgelehnt. In ihrem Kampf für revolutionäre Betriebsräte wird die RGO auch im Hamburger Hafen ihren Einfluß ausweiten und stärken!

Liste 'Frischer Wind' bei KWU

Sechs Kollegen kandidieren auf einer Liste „Frischer Wind" bei den Betriebsratswahlen bei der Kraftwerksunion in Westberlin, um der alten, reaktionären Betriebsratsclique um Teske eine Alternative entgegenzusetzen. Sie sind mit einem Programm hervorgetreten, in dem die wichtigsten Forderungen der KWU-Kollegen enthalten sind. Zu diesem Forderungsprogramm schreiben die Kollegen: „Wir verbreiten nicht die Illusion, daß uns das alles in den Schoß fällt, wenn ihr uns wählt... Jede Forderung muß von den Kollegen letztlich selbst erkämpft werden."

Kaum war die Liste angemeldet, wurden zwei der Kandidaten von der Geschäftsleitung zwangsbeurlaubt, weil sie Unterschriften im Betrieb gesammelt hatten. Diese Maßnahme, die sogar den Bestimmungen des Betriebsverfassungsgesetzes widerspricht, löste unter den Kollegen große Empörung aus.

Die Kandidaten der Liste „Frischer Wind" erkämpften durch das Arbeitsgericht, daß zwei der Kollegen für zwei Stunden während der Arbeitszeit und die anderen in der Pause sammeln konnten. Die Geschäftsleitung versuchte auch mit anderen Mitteln, die Aufstellung der Liste zu verhindern. Mehrere Kollegen wurden bedrängt, ihre Unterschrift zurückzuziehen, wenn sie ihren Arbeitsplatz nicht verlieren wollen. Trotz alledem! Die Kollegen können melden: Die Liste „Frischer Wind" steht. Der Wahlvorstand mußte sie als gültig anerkennen.

Oppositionelle Liste bei Kammerich

BIELEFELD

Die Mannesmann-Kapitalisten, denen der Betrieb Kammerich gehört, und die Betriebsratsclique um Zurmühlen versuchten auch dieses Mal zu verhindern, daß entschlossene und kämpferische Kollegen in den Betriebsrat kommen. So erreichten sie zunächst mit üblen Tricks und brutaler Unterdrückung, daß der Kollege Norbert Wiedeke nicht als Kandidat der Achspressenstraße auf die Einheitsliste kam. Als daraufhin 28 Kollegen Unterschriften für die Neuwahl des Kandidaten sammelten, bekannten die alten Betriebsräte: „Den wollen wir nicht im Betriebsrat haben." Denn Norbert hatte auf der letzten Betriebsversammlung ihren Verrat offen angegriffen.

Unter diesen Umständen unterstützten die Kollegen, daß Norbert mit einer Oppositionellen Liste kandidierte. Es gab kein Zurück, denn die Zurmühlen-Clique forderte offen die Entlassung des Kollegen Norbert Wiedeke. In drei Tagen waren 91 Unterschriften zusammen, genug für die Kandidatur. Als die IGM-Clique merkte, daß die Oppositionelle Liste die notwendigen Unterschriften besaß, hetzten sie besonders unter den ausländischen Kollegen: „Norbert ist schuld, daß kein ausländischer Kollege in den Betriebsrat kommt." Der erste ausländische Kandidat auf der IGM-Liste ist auf Platz 13, es gibt aber nur 11 Betriebsräte in diesem 850-Mann-Betrieb!

Doch die ausländischen Kollegen, besonders die türkischen Arbeiter, wissen, daß die Zurmühlen-Clique sich nie um ihre Interessen gekümmert hat. Auch viele deutsche Kollegen freuen sich, daß nach 17jähriger Herrschaft der Zurmühlen-Clique nun ein frischer Wind aufkommt. Bei der Auslosung erhielt die Oppositionelle Liste die Listennummer 1.

Rote Liste bei HDW in Kiel

Mit 111 Unterschriften mußte der Wahlvorstand bei HDW in Kiel zähneknirschend die Rote Liste (RGO) zur Betriebsratswahl anerkennen. Auf ihr kandidieren: Der Schweißer Jochen Auer (als Listenführer), der Elektriker Rolf Kähler und der Tischler Lothar Lange. Getragen ist die Rote Liste (RGO) von der RGO-Gruppe bei HDW. Die Betriebsleitung und der Gewerkschaftsapparat bei Howaldt hatten mit allen erlaubten und unerlaubten Mitteln versucht, die Kollegen von der Unterstützung der Roten Liste abzuhalten. Zu gut war ihnen die letzte Betriebsratswahl in Erinnerung, bei der vier revolutionäre Kollegen in den Betriebsrat gewählt worden waren (unter ihnen Genosse Bernd Woitalla).

Um Stimmung gegen die Liste zu machen, hatten die IGM-Bonzen, vor allem aber auch die DKP-Revisionisten, die Illusion verbreitet, durch Persönlichkeitswahl hätte man Einfluß auf die personelle Zusammensetzung des Betriebsrats und könnte insbesondere dafür sorgen, daß der reaktionäre Betriebsratsvorsitzende Otto Böhm nicht wiedergewählt würde. Von daher hetzten sie gegen die Rote Liste, weil sie die Persönlichkeitswahl kaputtmache. Darüber hinaus wurde jedem Kollegen, der die Liste unterschrieb, der Gewerkschaftsausschluß angekündigt. Auch wurde vielen Kollegen mit der Entlassung aus dem Betrieb gedroht.

Dabei muß man wissen, daß durch die geplante Schließung des Werkes in Dietrichsdorf mindestens 1.100 Kollegen in absehbarer Zukunft entlassen werden sollen. Diese Tatsache nutzen die Bonzen skrupellos aus, wenn sie jetzt den Kollegen mit Rausschmiß drohen.

Aber auch die Kandidaten wurden am Sammeln gehindert, so daß sie nur die Arbeitspausen zum Sammeln ausnutzen konnten. Dem Listenführer wurde mit Entlassung gedroht. Trotz dieses Terrors kamen die 111 Unterschriften zustande, von denen keine zurückgezogen wurde!

Liste 'Arbeiteropposition' steht

Am 17. März mußte der Wahlvorstand in dem 3.000-Mann-Betrieb Daimler Benz/Westberlin die Liste „Arbeiteropposition" als gültig anerkennen. Eine genaue Zahl der gültigen Stimmen wurde nicht mitgeteilt, aber es sind über 120. Unter den Kollegen herrscht große Freude. Bei der Listenauslosung bekam die Liste die Nummer 1. Die Fronten in diesem Betrieb sind jetzt klar: Liste „Arbeiteropposition" gegen die IG-Metall-Liste.

Ausbau des Bundeskriminalamtes

Wie zur Zeit Himmlers

Polizeibehörden, Minister und Politiker liegen sich in den Haaren. Wie geschah die „Panne" bei der Schleyer-Fahndung? Wer auch immer den „Schwarzen Peter" erhalten wird, eines ist sicher: Die Regierung wird die Diskussion um diese angebliche „Panne" dazu ausnutzen, um ihre Gesetze zum Ausbau des Bundeskriminalamtes voranzutreiben. Gesetze, die den Polizeiapparat nach dem Vorbild der faschistischen Staatspolizei Himmlers zentralisieren sollen.

Bereits während der Schleyer-Fahndung im letzten Herbst wurde praktiziert, was Maihofer in einem Regierungsentwurf zur Regel machen will. Das Bundeskriminalamt war bei dieser Terroraktion Leitzentrale für etwa 80.000 Länderpolizisten. Die Sonderpolizeieinheiten (SEK und MEK) sowie die Bundesgrenzschutzangehörigen und die Verfassungsschutzämter waren direkt dem Befehl des Bundeskriminalamtes unterstellt. Die Entscheidung über diese „Sicherheitspolizei"-Truppen wurde im sogenannten „kleinen Krisenstab" getroffen. Mitglieder: der Bundeskanzler, einige Minister, Manfred Schöler vom Bundeskanzleramt (Koordinator der Geheimdienste) und BKA-Präsident Horst Herold sowie Generalbundesanwalt Rebmann. Ein „Notstandsregime", ohne daß der Notstand ausgerufen worden wäre.

Viele haben während dieser zwei Monate „Schleyer-Fahndung" den Terror der vom BKA geführten Truppen erlebt. Razzien ohne Hausdurchsuchungsbefehle, Polizeikontrollen auf den Autobahnen, zivile Fahnder, die sich bei Nachbarn erkundigten. BKA-Beamte, die während der Zeit der Kontaktsperre die Gewalt in den Gefängnissen übernahmen und die politischen Gefangenen überwachten. Das Bundeskriminalamt mit einer regelmäßigen Sendereihe im Fernsehen. Diese Zeit, in der, unabhängig von der „Länderhoheit", die Polizeitruppen zentral durch die Befehle des BKA geführt wurden, erinnerte viele an die Zeit des Faschismus.

Und nicht zu Unrecht. Denn mit der Machtübernahme entwickelten die Nazis sofort Pläne, um die Polizei in der Hand des Reichsinnenministeriums zusammenzufassen. Anfang 1934 wurde die Polizeihoheit der Länder aufgelöst. Bis Mitte 1936 war die gesamte Polizei zentralisiert. Die Kriminalpolizei wurde mit der Gestapo zur Sicherheitspolizei vereinigt und dem Reichsführer der SS, Heinrich Himmler, als Chef der deutschen Polizei unterstellt. Und was das bedeutete, wissen alle Antifaschisten. Damit entstand ein straff zentralisierter, gewaltiger Machtapparat, den die Faschisten skrupellos einsetzen, um die Antifaschisten aufzuspüren, die Werktätigen zu terrorisieren und sie oft genug in den Kellern zu Tode zu foltern.

Eben diesen Weg beschreitet die Regierung mit dem Ausbau des Bundeskriminalamtes, mit dem Aufbau der Sondereinheiten, wie z. B. der GSG 9, die durch das BKA geleitet werden. Gerade das Bundeskriminalamt hat bei dem Ausbau eines straff durchorganisierten Polizeistaates eine entscheidende Schlüsselrolle. Als es 1951 gegründet wurde, galt diese Behörde als „zentrale Informationsstelle" von angeblich unabhängigen Landeskriminalämtern. Und so wird dieses Amt auch weiterhin der Öffentlichkeit präsentiert: als eine Art gewaltiger Computer, in dem Daten gespeichert und ausgewertet werden.

Doch dies ist nur die eine Aufgabe dieses zentralen Terrorapparates. Bereits 1973 wurde dem BKA durch ein entsprechendes Gesetz die selbständige Ermittlung und Fahndung übertragen. Und zwar nicht nur bei Rauschgifthandel, sondern auch bei „Straftaten", die sich gegen staatliche Organe richten. Nach diesem Gesetz konnte der Bundesinnenminister bereits „aus schwerwiegenden Gründen" anordnen, daß das BKA den Landeskriminalämtern Weisungen erteilt und über Bundesgrenzschutztruppen bei der Fahndung und Verfolgung verfügt. 1975 wurde dann die berüchtigte Abteilung T (Terrorismus) aufgebaut, die Leitzentrale für die seit 1971/72 aufgebauten „Sonderkommandos" der Länder und des Bundes. Heute sind es schon mehr als tausend zivile Polizisten, die in diesen „Sonderkommandos" die Bevölkerung terrorisieren. Und es sollen noch weit mehr werden. Das Kabinett hat im September letzten Jahres allein 870 Millionen Mark bewilligt, um die Terrortruppen vom Bundesgrenzschutz, Bundeskriminalamt und Verfassungsschutz personell zu verstärken.

Der im Dezember 1977 von Innenminister Maihofer dem Bundeskabinett vorgelegte Gesetzesentwurf für das Bundeskriminalamt will nun die Arbeit dieses zentralen Gewaltapparats noch weiter ausbauen. So soll das BKA künftig allein für die „Aufklärung von Fällen der Bildung einer kriminellen oder terroristischen Vereinigung" zuständig sein. Es soll selbständig, ohne Rücksicht auf die Zuständigkeit anderer Polizeibehörden, nach Mitgliedern dieser „terroristischen Vereinigungen" fahnden können. In dem Entwurf heißt es weiter, daß „das BKA den Polizisten des Bundes- und der Landeskriminalämter bei Gefahr im Verzuge auch anderen Polizeibehörden Weisungen für die Zusammenarbeit geben kann." Und nicht nur Weisungen. An anderer Stelle heißt es, daß das BKA „alle notwendigen Maßnahmen treffen" kann, um angebliche Gefahren für die öffentliche Sicherheit abzuwehren!

Dieses Gesetz bedeutet eine entscheidende Ausweitung der Kompetenzen des BKA. Es bedeutet: Zentralisierung der Kriminalpolizei, Zentralisierung des Macht- und Verfolgungsapparats. Ein weiterer Schritt zur Faschisierung. Die „Länderhoheit" der Polizei, die von den alliierten Besatzern in das Grundgesetz der Bundesrepublik geschrieben wurde, um angeblich das Wiederaufleben einer faschistischen Sicherheitspolizei zu verhindern, wird hier an entscheidender Stelle durchbrochen. Es ist charakteristisch, daß dieses Gesetz wesentliche Bestandteile jener Notverordnung, die seit der Verabschiedung der Notstandsgesetze in der Schublade des Innenministeriums liegt, zum Regelfall machen will. Dort heißt es in § 3: „Die Landeskriminalämter und die örtlichen Dienststellen der Kriminalpolizei unterliegen den Weisungen des Bundeskriminalamtes."

Die alleinige Zuständigkeit des BKA für Fälle von „kriminellen Vereinigungen" macht deutlich, daß sich dieser zentralisierte und unkontrollierte Terrorapparat gegen Revolutionäre und kämpfende Werktätige richtet. Was die Staatsbehörden unter einer „kriminellen bzw. terroristischen Vereinigung" verstehen, zeigt etwa der Versuch, unsere Partei im Oßwald-Schulte-Prozeß 1974 als „kriminelle Vereinigung" zu verurteilen. Und ein Urteil des Bundesgerichtshofes aus jüngster Zeit droht, daß „Personen, die sich an den vorbereitenden Planungen für eine gewalttätige Demonstration beteiligen, strafrechtlich bereits als Angehörige einer terroristischen Vereinigung angesehen werden können." Die Gestapo-Vollmachten für das Bundeskriminalamt richten sich somit gegen alle revolutionären und fortschrittlichen Menschen in der Bundesrepublik. Kämpfen wir gegen die Polizeistaats-Gesetze! Verstärken wir unsere Anstrengungen, die Front gegen Reaktion und Faschismus aufzubauen!

Nieder mit der braunen Pest!



Am 11. 3. versuchten die NPD-Faschisten auch in Emsdetten/Münsterland eine Kundgebung auf dem Marktplatz abzuhalten. Gegen diese Provokation kämpften Hunderte von Antifaschisten. Die Partei und die Rote Garde standen bei dieser Aktion in den ersten Reihen. Bevor die Polizei auftauchte, zerstörten die Antifaschisten bereits das gesamte Hetzmaterial, den Büchertisch und die Fahne der Faschisten. Die Polizisten bildeten dann eine Schutzkette um die Faschisten. Durch Greiftrupps von 10 Polizisten versuchten sie dann, Antifaschisten festzunehmen. Zwei Antifaschisten wurden so zusammengeschlagen und festgenommen, ein dritter konnte freigekämpft werden. Als die Faschisten über Lautsprecher zu reden anfingen, riefen die Antifaschisten Parolen und pfiffen, so daß kein Wort mehr zu verstehen war. Genossen der Roten Garde ließen ein vier Meter langes Transparent mit der Aufschrift „Tod dem Faschismus" vom Dach eines Kaufhauses herunter. Als die Faschisten unter Polizeischutz abfahren wollten, mußten sie mit platten Reifen abziehen. Für die braune Pest war dieser Tag eine Niederlage. Anschließend sammelten sich noch Hunderte Antifaschisten vor der Polizeiwache, um die Freilassung der verhafteten Antifaschisten zu fordern.

NPD-Kundgebung verhindert

Bremen. Für Samstag, den 17. März, hatte die NPD in Bremen eine Kundgebung geplant. Sofort setzte ein breiter Protest der Bevölkerung gegen diese Provokation ein. Der Bremer Senat sah sich so gezwungen, die Kundgebung zu verbieten. Die NPD erhob Einspruch und ging bis zum Oberlandesgericht. Die Partei verteilte Flugblätter in der Innenstadt und hatte sich vorbereitet, gegen die NPD-Kundgebung kämpferisch aufzutreten. Aufgrund der großen Empörung vieler Antifaschisten wagte die NPD es jedoch nicht, in Bremen aufzutreten. Tod dem Faschismus!

Polizisten mißhandeln Demonstranten mit Jauche

Köln. Gegen den Besuch des brasilianischen Faschisten Geisel protestierten letzte Woche in Köln 400 Demonstranten. Nach der Demonstration versammelten sich etwa 40 Demonstranten vor dem Gürzenich, in dem 1.000 Vertreter aus Staat und Wirtschaft die Zusammenarbeit mit den brasilianischen Faschisten feierten. 700 Polizisten bewachten dieses Treffen. Als angeblich aus der Gruppe dieser Demonstranten Jauchebeutel flogen, überfielen die Polizisten die protestierenden Antifaschisten. Sie verprügelten eine zwanzigjährige Studentin und nahmen weitere sechs fest. In der Polizeiwache prügelten die Polizisten auf die Festgenommenen ein und überschütteten sie mit Jauche! Diese ungeheure Mißhandlung der Festgenommenen zeigt deutlich, daß die Polizei zunehmend zu faschistischen Methoden greift. Kampf dem Polizeiterror!

VHS-Mitarbeiter für Schülerzeichnungen gemaßregelt

Bremen. Die Volkshochschule Bremen veranstaltet seit einiger Zeit einen Lehrgang, in dem arbeitslose Jugendliche unter Anleitung von zwei Sozialarbeitern unter anderem Klebearbeiten anfertigen, um „die Integration in den Arbeitsprozeß zu erleichtern". Als diese Collagen nun in der Weserburg ausgestellt wurden, griff die Staatsanwaltschaft ein. Nach Angaben der Polizei sind auf den Klebebildern den Herren Schleyer, Buback und anderen Politikern in Sprechblasen „verunglimpfende Äußerungen zugeschoben worden". Senator Franke hat die beiden Sozialarbeiter sofort vom Dienst suspendiert. Zahlreiche Mitarbeiter der VHS haben sich daraufhin hinter die gemaßregelten Sozialarbeiter gestellt und dagegen protestiert, „daß hier in Wirklichkeit eine exemplarische Disziplinierung vollzogen wird". Kämpfen wir gegen die politische Unterdrückung an Schulen und Universitäten!

Für eine Stelltafel gegen KOB's verurteilt

Westberlin. Im September letzten Jahres protestierte die RHD durch eine Stelltafel gegen das Terrorurteil für Genossen Reinhold H., der wegen angeblicher Beleidigung der Kontaktbereichsbeamten verurteilt worden war! Sofort versuchten Polizisten die Stelltafel zu entfernen. Sie verlangten die Personalien der Frau des verurteilten Genossen, die bei der Stelltafel stand. Als sie sich weigerte, forderte die Polizei Verstärkung an. In der Zwischenzeit hatten sich etwa hundert Leute angesammelt, die überwiegend empört waren. Schließlich sammelten sich etwa 20 Polizisten. Sie nahmen die Personalien der Ehefrau und von zwei Männern auf, die neben ihr standen und sich ebenfalls über das brutale Vorgehen der Polizei empört hatten. Am 10. März fand nun ein Prozeß vor dem Amtsgericht wegen angeblicher Beleidigung der Kontaktbereichsbeamten statt, da sie auf der Stelltafel als Spitzel und Denunzianten bezeichnet worden seien. Obwohl es keinerlei Beweise gab, behauptete der Richter, daß die Frau des Genossen Reinhold H. für die Aktion verantwortlich sei, da es sich bei der Aktion um ihren Mann handelte. Aufgrund dieser Sippenhaftung verurteilte er die Ehefrau zu 1.200 Mark Geldstrafe und die beiden jungen Männer zu 2.400 Mark und 650 Mark. Die Zuschauer waren empört und riefen: „Terrorurteil!" Kampf der bürgerlichen Klassenjustiz!

Staat verlangt Gehalt zurück

Reutlingen. Renate Groos wurde im Zusammenhang mit einem Berufsverbotsverfahren am 1. 4. 75 aus dem Schuldienst entlassen. Die Lehrerin legte gegen diese Entlassung Widerspruch ein und blieb darum zunächst im Schuldienst. Im Juni 77 erklärte nun das Landesverwaltungsgericht die Entlassung vom 1. 4. 75 für rechtskräftig. Bis zum Beginn der Sommerferien 77 arbeitete Frau Groos noch weiter, dann schied sie aus dem Schuldienst aus. Im März dieses Jahres erhielt Frau Groos nun ein Schreiben aus Stuttgart, daß sie 71.000 DM angeblich zu viel bezahlter Gehalts-Bezüge zurückzahlen soll. Das heißt: Sie soll ihr ganzes Gehalt seit April 75 zurückzahlen, obwohl sie noch bis Juli 77 normal in der Schule weitergearbeitet hatte. Diese Forderung ist ein unverschämter Versuch, dieser Lehrerin nicht nur den Beruf zu verbieten, sondern sie auch finanziell zu ruinieren! Frau Groos hat gegen diesen Bescheid Einspruch erhoben. Weg mit den Berufsverboten!

Solidarität mit Rechtsanwalt Groenewold

Hamburg. Über 100 Rechtsanwälte aus der Bundesrepublik haben sich mit RA Groenewold solidarisch erklärt, der zur Zeit in Hamburg wegen „Unterstützung einer kriminellen Vereinigung" vor Gericht steht. Sie erklären, durch das Verfahren werde das Recht auf Strafverteidigung in politischen Verfahren in Frage gestellt. Die Unterzeichner wenden sich gegen die „Methode, Verteidiger in politischen Strafsachen wegen der Konzeption ihrer Verteidigung auf die Anklagebank zu setzen".

Achtung: Spitzel unterwegs!

Hannover. Seit dem 1. März laufen auch in Hannover 28 Kontaktbereichsbeamte durch die Straßen. Weitere sollen folgen. Die Ortsgruppe Hannover hat gegen diesen Polizeiterror ein Flugblatt verteilt, auf dem u. a. eine Bildgeschichte war.



Korrespondenzen

Redaktion „Roter Morgen" Wellinghofer Str. 103 Postfach 30 05 26 46 Dortmund 30

Berufstätige Frauen: Wieviel bleibt vom Lohn tatsächlich übrig?

Liebe Genossen,

Ihr habt zum Internationalen Frauentag die doppelte Ausbeutung und Unterdrückung der Frau völlig richtig dargestellt. Nachträglich möchte ich am Beispiel meiner Schwester — das bestimmt für viele tausend steht — zeigen, daß berufstätige Frauen direkt dafür bestraft werden, daß sie arbeiten gehen.

Seit der Geburt des zweiten Kindes arbeitet L. halbtags als Kassiererin in einem Supermarkt. Das ist bekanntlich schwere Arbeit, die sehr gesundheitsschädigend ist. Dafür bringt sie im Monat 550 DM nach Hause — nicht mal wenig, wenn man die niedrigen Frauenlöhne kennt.

Aber wieviel bleibt davon tatsächlich übrig? Rechnen wir nach! Zuerst einmal wird mein Schwager nun in eine höhere Steuerklasse eingestuft. Das heißt, daß er etwa 80 DM mehr Steuern zahlt, als früher. Die kann man von L.'s Lohn schon mal abziehen. Weiter: Ginge meine Schwester nicht arbeiten, hätte die Familie Anspruch auf 40 DM Wohngeld. Da das Familieneinkommen nun dank ihres „astronomischen" Lohnes über der Grenze liegt, fällt das Wohngeld flach. Das sind zusammen also schon einmal 120 DM, die der „Sozialstaat" der Familie abzieht, einfach deshalb, weil meine Schwester arbeiten geht. Als Strafe, sozusagen.

So absurd das klingt: Für Frauen ist es sehr teuer, berufstätig zu sein. L. hat mit viel Glück die beiden Kinder in einer Krippe untergebracht. Das kostet 330 DM im Monat, und das ist billig, verglichen mit einer privaten Unterbringung bei einer Tagesmutter. Selbst wenn man die 100 DM abzieht, die das Mittagessen kostet, das die Kinder fünfmal in der Woche bekommen, so bleiben doch noch 230 DM übrig, die meine Schwester zusätzlich bezahlen muß, um überhaupt arbeiten zu können. Dazu muß man noch mindestens 30 DM rechnen für Fahrgeld zum Arbeitsplatz und zur Krippe. Es ist bekannt, daß berufstätige Frauen mehr Geld für den Haushalt brauchen und mehr Geld für Garderobe, Schuhe usw. ausgeben müssen als „Nur"-Hausfrauen. Dafür kann man getrost noch einmal 50 DM pro Monat ansetzen.

Rechnet man alles zusammen — das Geld, das L. nicht bekommt, weil sie arbeitet, und das Geld, das sie auf den Tisch blättern muß, um überhaupt arbeiten zu können — kommt man auf die stattliche Summe von 430 DM. Durch die Berufstätigkeit meiner Schwester steigt der Familienstandard also um sage und schreibe 120 DM im Monat!

Und dafür hat sich L. inzwischen einen ständig schmerzenden Arm und eine chronische Erkältung eingehandelt, ist sie täglich bis zu sechs Stunden aus dem Haus und muß zwei Kleinkinder weggeben. Lohnt sich das überhaupt?

Natürlich nicht. Nur: Danach kann eine Arbeiterfrau nicht fragen, wenn der Lohn des Mannes so niedrig ist, daß gerade dieser eine oder zwei Hunderter fehlen, um über die Runden zu kommen.

Rot Front,
eine Genossin aus Dortmund

Plötzlich stand die Polizei im Flur

Ich kenne den „Roten Morgen" und die KPD/ML durch meinen Bruder. Als ich ihm folgenden Fall erzählte, forderte er mich auf, doch an den „Roten Morgen" zu schreiben. Ich glaube, daß das auch die einzige Möglichkeit ist, den Fall bekannt zu machen, da andere Zeitungen so was doch nicht drucken.

Vor einigen Tagen saßen mein Freund und ich am Frühstückstisch, als wir plötzlich Geräusche in der Wohnung hörten. Ich habe die Wohnungstür meistens nicht verschlossen, weil meine Nachbarn sehr ehrliche Menschen sind. Ich ging also zur Tür, um zu sehen, wer gekommen war. Im Flur stand ein gutgekleideter Herr. Ich fragte ihn, was er hier wolle. Darauf antwortete er nur: „Kriminalpolizei, Terroristenfahndung", und zeigte mir seinen Ausweis. Unter dem Vorwand, ich würde einem Terroristen Unterkunft gewähren, verlangte er meinen Ausweis. Während ich ihn holte, schaute er sich meine Wohnung an und entdeckte dabei meinen Freund. Sofort wollte er auch seine Papiere sehen. Nachdem er die Papiere sehr genau studiert hatte, fragte er mich, ob ich einen gewissen ... kennen würde. Ich antwortete ihm, er würde eine Etage tiefer wohnen. Dann verlangte er, ich solle ihm zeigen, wo das wäre. Ich ging mit ihm runter und zeigte ihm die Wohnungstür. Weil der betreffende Bewohner nur sehr selten zu Hause ist, hat er immer viele Briefe vor der Tür liegen. Am Abend vorher hatte ich noch einen großen Packen gesehen, jetzt lagen nur noch zwei Briefe vor der Tür, die jedoch nicht an ihn gerichtet waren. Als ich nach den Briefen schaute, sagte der Kripo-Beamte, er hätte sie sich schon vorher angesehen. Damit hatte er sich entlarvt. Ich nehme an, er hatte sie beim Hinaufgehen gesehen und mitgenommen. Er wußte also auch, wo der Nachbar wohnte, und sein Fragen bei mir war nur ein Vorwand, um sich meine Wohnung anzusehen. Vermutlich kam er auch deshalb in meine Wohnung, weil mein Bruder vor kurzem festgenommen worden war, weil er Plakate geklebt haben soll.

Durch diesen Vorfall erkannte ich, daß mein Bruder doch recht hat, wenn er sagt, daß die Regierung die Terroristenhetze nur betreibt, um dann gegen die einfachen Menschen vorzugehen. Die Regierung bereitet mit den ganzen neuen „Terroristengesetzen" den Weg für ein neues 1933.

Ein Kollege aus Neuss

15jähriger als Terrorist verdächtigt

Liebe Genossen,

vor kurzem erzählte mir mein Freund von dem folgenden Fall, der ihm passiert ist. Wir haben uns zusammengesetzt und folgenden Brief geschrieben. „Vor kurzem fuhr ich mit einigen Freunden nach Holland. Auf dem Rückweg verlangten die Grenzpolizisten wie üblich die Ausweise. Als sie meinen Ausweis sahen, schaute der Polizist mich komisch an und nahm den Ausweis zur Überprüfung mit in seinen Posten. Zugleich postierte sich ein zweiter Grenzpolizist mit einer entsicherten MP hinter unserem Wagen und richtete dabei die MP gezielt auf unsere Köpfe. Ich muß noch dazu sagen, daß ich erst 15 Jahre alt bin. Wir bekamen unheimliche Angst durch die Bedrohung mit der MP. Nach etwa 15 Minuten kam der Grenzpolizist dann zurück, schaute sich noch an, was wir eingekauft hatten und forderte uns dann zum Weiterfahren auf. Durch diesen Vorfall wurde uns etwas klarer, wie weit es mit diesem Staat schon gekommen ist. Fünfzehnjährige Schüler mit langen Haaren sind jetzt schon als Terroristen verdächtig."

Ein Schüler aus Neuß

Veranstaltungen der Gesellschaft der Freunde Albaniens e. V.

Bremen: Fotoausstellung zur Volkskunst, Kunsthandwerk, Bildende Kunst, in den Ausstellungsräumen des BBK Weserburg (Teerhof), tgl. geöffnet von 17-21, Sonn- u. Feiertags 11-21 Uhr, vom 12.-27. März. Gleicher Ort: 27. 3., 19.30 Uhr, **Filmabend:** Dokumentarfilme, Eintritt 1,50 DM. Gleicher Ort: **Gesprächsrunden:** 23. 3., 19.30 Uhr, Albanische Sprache und Literatur, 24. 3., 19.30 Uhr, **Beispiele albanischer Musik.**

Bestellen Sie Informationsmaterial der KPD/ML

○ Ich bitte um Zusendung weiterer Materialien der KPD/ML

○ Ich bitte um Zusendung einer Probenummer des „Roten Morgen"

○ Ich möchte den „Roten Morgen", das Zentralorgan der KPD/ML, abonnieren

○ Ich möchte zu Veranstaltungen der KPD/ML eingeladen werden

NAME ....
WOHNORT ....
STRASSE ....

Ausschneiden und einsenden an das **Parteibüro der KPD/ML, Wellinghoferstr. 103, Postfach 300526, 4600 Dortmund 30.**



Vorwärts zum I. Kongreß der Roten Garde!

„Die Schüler haben ihre Erfahrungen mit diesem Staat gemacht"

Korrespondenz. Am 23. 2. 78 fand in Kiel im Landtagsgebäude eine „öffentliche" Anhörung zum neuen Schulgesetzentwurf statt. Neben mehreren anderen Schülern aus Schleswig-Holstein kamen auch die Vertreter einiger Schulen aus Dithmarschen etwas (ca. 10 Min.!) später. Allen wurde der Einlaß verweigert, und die Schüler bekamen auf ihre konkreten Fragen nur ungenaue bzw. überhaupt keine Antworten. Schließlich ließ man durch einen Polizisten offiziell mitteilen, daß kein Einlaß mehr gewährt werde und unterstrich dieses mit dem Angebot, beim Verlassen des Gebäudes „behilflich" zu sein. Prompt zogen vor der Tür ca. zwei Dutzend Bullen nebst Hunden auf. Die Schüler wollten dann vor der Tür weiter beraten, wurden jedoch auch von dort, unter Hinweis auf die Bannmeile und durch bedenklich nahe rückende Polizei, weggejagt.

Inzwischen hatte im Gebäude der Landesschulsprecher der berufsbildenden Schulen auf die draußen Wartenden aufmerksam gemacht und kam nun selbst herunter. Nochmal wurde ein Versuch unternommen, in das Gebäude zu kommen, da inzwischen feststand, daß dort im Saal noch genug Platz für alle sei. Jetzt waren jedoch auch schon innerhalb des Gebäudes Polizisten, so daß kein Durchkommen war.

Die Empörung der Schüler über diese Behandlung und Unterdrückung war sehr groß. Plötzlich durften dann doch noch, nachdem die Ausweise vorgezeigt waren und eine Polizeigasse durchquert war, acht Schüler hinein (von ca. 23!) Dieses Manöver war eine gut überlegte Spaltungs- und Abwiegelungstaktik. Den anderen Schülern wurde angeboten, hinterher das Protokoll der Anhörung zu kaufen! Die empörten Antworten kamen prompt: „Wir sind doch nicht hier, um etwas zu kaufen!"

Man beschloß, sich später mit denen, die drinnen gewesen waren, zu treffen. Aus den Berichten wurde dann die ganze Farce dieser „öffentlichen" Anhörung deutlich. So bildeten die ca. 70-80 Zuhörer lediglich stumme Zeugen des Frage- und Antwortspiels zwischen Politikern und den Schülervertretern. Diese Anhörung zeigte ganz klar ihre Alibifunktion und zeigte auch deutlich die Standpunkte der Schülervertreter. Der Vertreter der Gymnasien übernahm z. B. die Rolle des total zustimmenden Vertreters der Schülerschaft und handelte sich damit von Seiten der Schüler große Ablehnung ein. Äußerungen wie z. B. „Das sollen unsere Vertreter sein, kein Wunder, wenn das Gesetz durchkommt", und „das sind vielleicht demokratische Methoden", zeigten deutlich den Standpunkt der Schüler.

Die Schüler haben ihre Erfahrungen mit der Demokratie in diesem Staat gemacht und ihnen ist ein ganzes Stück Illusion über diese Demokratie genommen worden. Sie sind aber keineswegs resigniert, sondern bereit, weiterhin für ihre Rechte und die Verhinderung des neuen Schulgesetzes einzutreten. Dabei wird die Rote Garde Dithmarschen auch weiterhin an ihrer Seite stehen und sie tatkräftig mit Informationen, Vorschlägen und Aktionen unterstützen.



Essen. Die Rote Garde Essen berichtet: „Als einige von uns das Theoretische Organ mit der Rede des Genossen Ernst zur Kulturarbeit gelesen hatten, beschlossen wir, eigene Kleber für die Rote Garde herzustellen. Wir schicken sie Euch als Teil unseres Beitrages zur Kampagne, um die Rote Garde breiter bekannt zu machen. In Essen sind jetzt schon an vielen Stellen diese Kleber zu sehen." (Die abgebildeten sind nur ein Beispiel aus einer ganzen Reihe verschiedener Kleber.)

Die Rotgardisten haben sich die Vorschläge in der Rede zu Herzen genommen. Sie haben sich große Mühe gemacht, die Kleber graphisch ansprechend zu gestalten. Die Kleber sind mehrfarbig, sauber und mit einer Folie zum Abziehen ausgestattet. Was hatte Genosse Ernst noch zu den alten Klebern gesagt: „Soviel Spucke hat niemand, daß er 50 Kleber hintereinander befeuchten kann — abgesehen vom schlechten Geschmack im Mund." Bei diesen Klebern allerdings kann man auf den Geschmack kommen!

Wenn du gegen den Notenterror bist...

Augsburg. Allein im letzten Jahr gab es zwei Selbstmorde von Schülern am Holbein-Gymnasium in Augsburg. Als jetzt wieder ein Mitschüler die Anstrengungen und den Druck nicht aushielt und sich umbrachte, gipste eine Schülergruppe „Rote Rose" die Schultüren zu. Damit wollte sie dagegen protestieren, daß die Schulleitung die Schülerselbstmorde einfach ignoriert. In einem Interview mit der „Augsburger Allgemeinen" jammerte der Oberstudienrat Nowak daraufhin über den entstandenen Sachschaden. Die Selbstmorde waren für diesen Zyniker kein Problem.

Genossen der Partei verteilten an der Schule ein Flugblatt, um die Aktion der Schüler zu unterstützen und das kapitalistische Schulsystem zu entlarven. In dem Flugblatt heißt es: „Klar, nicht jeder, dem der Schulstreß über den Kragen geht, begeht gleich Selbstmord. Aber Tatsache ist: In dem Maß, wie die Situation an den Schulen schlimmer wird, wie Notendruck und Leistungsterror ansteigen, in dem Maß steigt auch die Zahl der Selbstmordversuche — und das sind zehnmal mehr als gelingen!

Ein Jahr wiederholen — das muß praktisch jeder Gymnasiast mit einplanen. Nicht zu sprechen von der Angst vor schlechten Zensuren, wenn einem ein bestimmtes Studium, wo ‚Numerus Clausus' herrscht, vorschwebt. Zensuren und Prüfungen, Noten und Punktesystem üben einen ständigen Druck auf Dich aus. So ist es ihnen gerade recht, den Schulbürokraten: Du sollst nichts anderes im Kopf haben als Deine Zensuren, dein Ansehen beim Lehrer, dein späteres berufliches Fortkommen. Es ist die kapitalistische Wolfsmoral, die sie dir eintrichtern wollen..."

Die Genossen fordern die Schüler auf, sich gegen diesen Noten- und Leistungsterror zusammenzuschließen. Das Flugblatt ging schnell weg. — Ein Schüler gab den Flugblattverteilern seine Adresse, um mit ihnen weiter über die Ziele der Partei und der Roten Garde zu sprechen. Mit dieser Aktion haben die Genossen den Aufbau der Roten Garde am Ort tatkräftig unterstützt. Ein Beispiel dafür, wie auch die Partei die Kampagne der Roten Garde unterstützen kann.




Glückwunsch für den ersten Platz: „Das Rote Sprachrohr", Hamburg.



„Wem gehört die Welt?" — Unter diesem Motto stand das erste Arbeitertheater-Festival seit bald 50 Jahren am 18. 3. 78 in Dortmund. Die elf Agitproptrupps aus der Bundesrepublik und Westberlin, die an diesem Tag in der Dortmunder Westfalenhalle auftraten, blieben die Antwort nicht schuldig. Mit Liedern, Theaterstücken, Pantomimen und Gedichten, auf satirische und ernste Weise, geißelten sie den Kapitalismus und propagierten den revolutionären Kampf der Arbeiterklasse. Die Zuschauer — rund 3.000 waren gekommen — gingen begeistert mit. Sie waren sich mit den Agitproptrupps einig: Diesem ersten Arbeitertheater-Festival müssen auf jeden Fall weitere folgen! Und als Zuschauer und Agitproptrupps am späten Abend des 18. März zum Ausklang dieses Tages gemeinsam das Solidaritätslied sangen, da erschallte auf die Frage „Wessen Morgen ist der Morgen, wessen Welt ist die Welt?" die gemeinsame, begeisterte Antwort: „Unsere Welt!"


Genosse Ernst Aust eröffnet das Arbeitertheater-Festival.


Begeistert verfolgt das Publikum die Beiträge der AP-Trupps.


Viel Beifall für das abwechslungsreiche und kämpferische Programm


In den Pausen Volksmusik mit den Hamburger „Elbspeelers"



Die Dortmunder Tanzgruppe „Slürdanz" erfreut mit Volkstänzen.

Sieger der Einzelwertung



Sieger in der Einzelwertung AP-Stück: „Rotes Sprachrohr“, Hamburg.

Theaterstück

Als das beste AP-Stück wurde die Szenenfolge „He lücht!“ vom Hamburger Agitproptrupp „Rotes Sprachrohr“ ausgezeichnet. Bei diesem Stück über den Hafenarbeiterstreik war zu spüren, daß dieser AP-Trupp von Anfang an auf Straßen und Plätzen aufgetreten ist. Die Darstellung der kämpfenden Hafenarbeiter war wirklichkeitsnah und humorvoll. Gut gelungen war auch die Darstellung des verräterischen ÖTV-Bonzen und der vorbildliche und kämpferische Einsatz der Kommunisten im Streik. Ein lebendiges Stück Straßentheater.

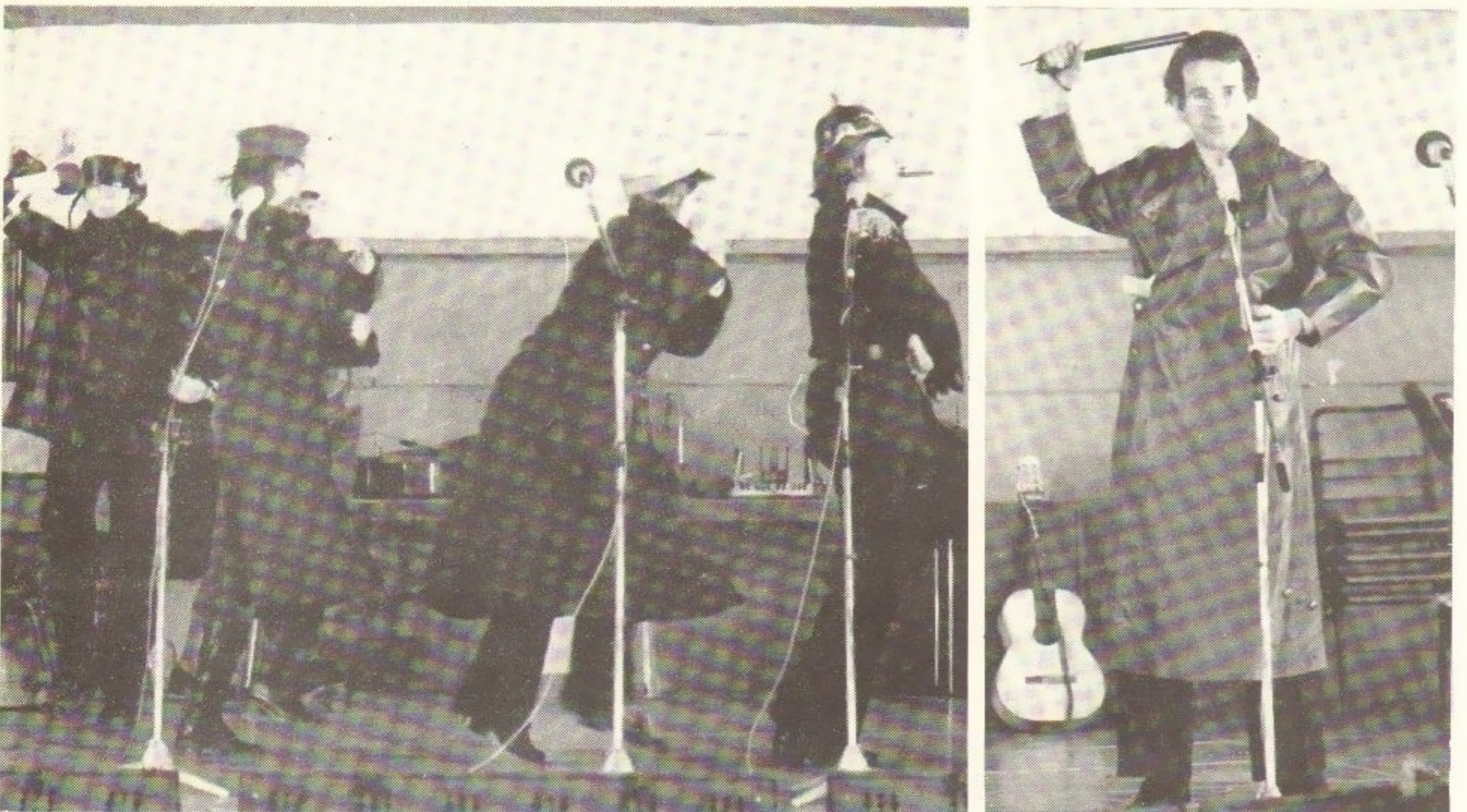
Pantomime

Den Preis für die beste Pantomime erhielt der Agitproptrupp „Roter Pfeffer“ aus Westberlin. In der Szene „Der Bulle mit dem biederen Gesicht“ entlarvten die Genossen die Kontaktbereichsbeamten, die in Westberlin als Spitzel und Denunzianten gegen die Bevölkerung eingesetzt werden. Die Pantomime war nicht nur darstellerisch gut gelungen, auch der Einsatz der Musik und der Bühnentechnik war vorbildlich. Daß diese Pantomime ein aktuelles Thema des Klassenkampfes aufgriff, zeigt sich schon daran, daß die Bourgeoisie vier Prozesse gegen Mitglieder des „Roten Pfeffer“ anstrengte. Unter anderem wegen eines Gedichtes über die Kontaktbereichsbeamten.


Die beste Pantomime zeigte der AP-Trupp „Roter Pfeffer“, Westberlin.

Gedicht

Der Kieler AP-Trupp „Rotes Sprachrohr“ trug das Gedicht „Die Schupo macht Platzkonzert“ von Erich Weinert vor. Der Vortrag wurde ausgezeichnet, weil die Genossen dieses Gedicht kämpferisch und mit einem Schuß Humor vorgetragen haben. Das Gedicht entlarvt den Versuch der Polizei, mit „süßen Tönen“ und Blasmusik vergessen zu machen, daß sie nichts als eine Knüppelgarde ist. Die Kieler Genossen erinnerten daran, daß jedes Jahr während der Kieler Woche diese „Platzkonzerte“ zu hören sind, um diese Schau des westdeutschen Militarismus zu „versüßen“. Allerdings ist dann auch der Kieler AP-Trupp auf den Straßen...


„Rotes Sprachrohr“ Kiel belegte Platz eins für das beste Gedicht.

Neugeschriebenes Lied

Im Wettbewerb wurde auch das beste selbstgeschriebene neue Lied prämiert. Hier gefiel am besten das „Schleyer-Lied“ des Agitproptrupps „Rote Reporter“ aus Bremen. Ein aktuelles Lied, das den Nagel auf den Kopf traf! Diesem Herrn Schleyer weint kein Werktätiger eine Träne nach. Der AP-Trupp trug das Lied mit großem Schwung vor und erntete damit großen Beifall beim Publikum. Es ist zu wünschen, daß noch viele derart lebendige und aktuelle Lieder entstehen.

Traditionelles Lied

Traditionelle Lieder der deutschen oder internationalen Arbeiterbewegung wurden schon lange von den AP-Trupps der KPD/ML gepflegt. In dieser Sparte wurde der Dortmunder AP-Trupp „Rote Raketen“ ausgezeichnet. Die Dortmunder Genossen hatten ein altes Lied wiederentdeckt. „Glück auf!“, ein Lied des Bergarbeiterführers Heinrich Kämpchen. Es ist etwa um 1890 entstanden. Die Prämierung dieses Liedes wird sicherlich auch andere AP-Trupps anregen, aus dem reichen Vorrat der deutschen Arbeiter- und Volkslieder noch andere schöne und singbare Lieder wiederzuentdecken.


Den Preis für das beste selbstgeschriebene Lied erhielten die „Roten Reporter“, Bremen.


In der Sparte „traditionelle Lieder“ siegten die „Roten Raketen“ aus Dortmund.

Weitere Agit-Prop Trupps

„Kolonne links", Münster

Der AP-Trupp aus Münster steht in seiner jetzigen Zusammensetzung am Anfang seiner Agitproparbeit. Die Truppmitglieder der „Kolonne links" fanden sich zusammen, weil sie Spaß am Agitproptheater, am Kabarett und an Pantomime haben. In der Pantomime „Kunst" entlarvten sie den kapitalistischen Kunstunsinn. Die Genossen trugen ebenfalls ein Gedicht von Erich Weinert vor: „Lokalberichterstatter". Ihr Theaterstück „Fünf Finger sind eine Faust" griff das Thema Entlassung auf. Das Programm schloß mit dem „Lied von der roten Fahne" ab.

„Rote Kolonne", Frankfurt

Die „Rote Kolonne" aus Frankfurt trat mit einer Kulturkampfrevue „Es ist nicht alles Kultur, was glänzt" auf. Dieser AP-Trupp besteht seit Herbst 1974. Unter anderem bestritt er schon ganze Kulturabende mit Theaterstücken und -szenen. In satirischer Form zerpflückte der AP-Trupp die dekadente Kultur der imperialistischen Bourgeoisie und legte bloß, wie die bürgerliche Kultur die Massen täuschen soll. Die einzelnen Nummern der Revue wurden durch kommentierende Zwischentexte in Gedichtform verbunden.

„Die Distel", Kassel

Erst etwa ein Jahr alt ist „Die Distel" aus Kassel. Da der AP-Trupp sich hauptsächlich aus Schichtarbeitern und Angestellten zusammensetzt, bereiten die Proben bei den ständig wechselnden Arbeitszeiten große Schwierigkeiten. Aber die Genossen haben an ihrer AP-Arbeit Spaß. Sie trugen das Lied „Ihr sitzt auf einem Pulverfaß" vor. Anschließend spielte der Kasseler AP-Trupp zwei Szenen, eine zur Betriebsratswahl, eine andere auf dem Arbeitsamt. Zum Thema Arbeitslosigkeit war auch sein Gedichtvortrag. Er hatte ein Gedicht von B. Brecht ausgewählt. Auch das Lied war von Brecht: „Sklave, wer wird dich befrein?".

„Alarm", Köln

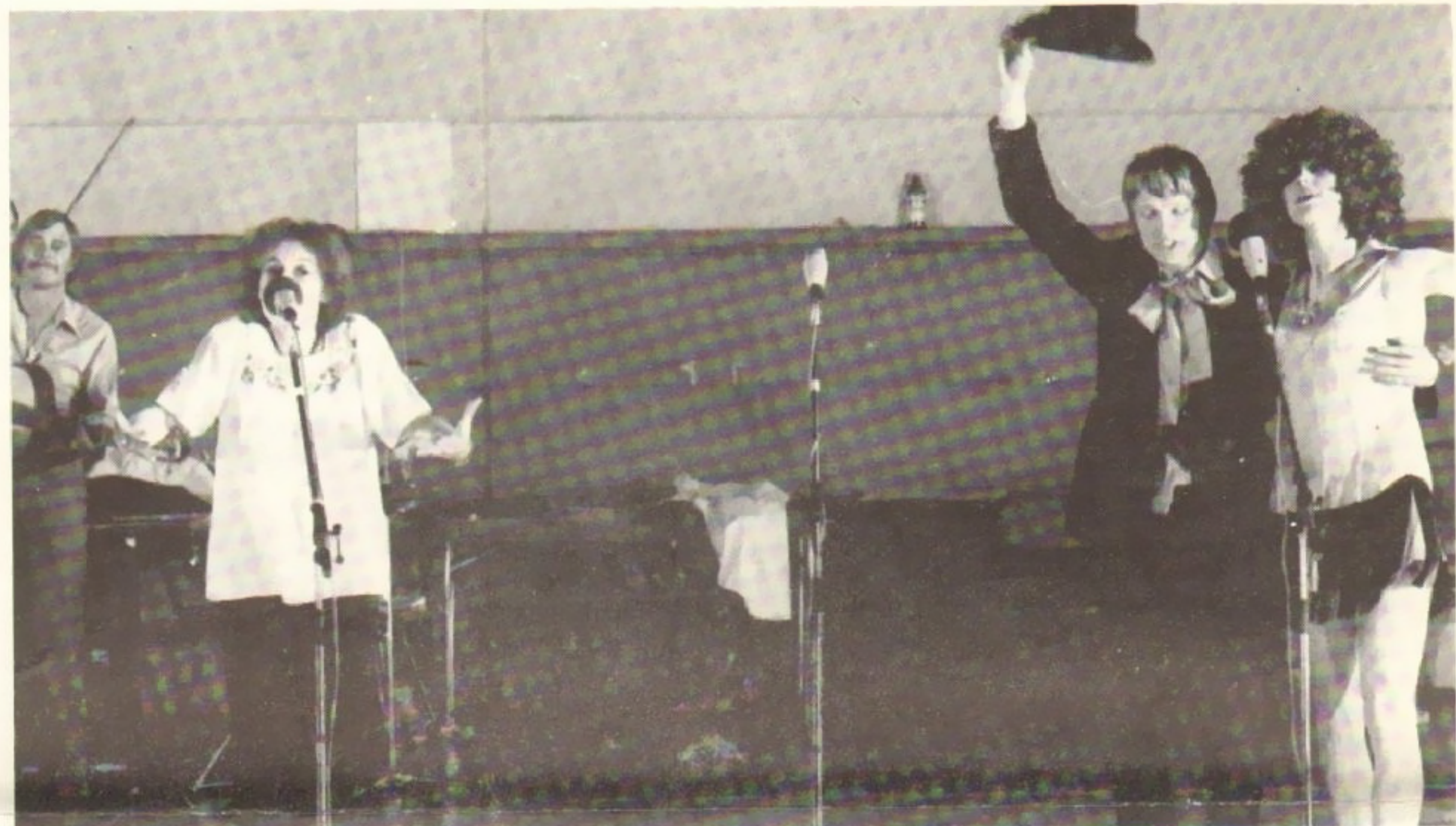
Der Agitproptrupp „Alarm" aus Köln besteht in der jetzigen Zusammensetzung seit 1977. Er ist vor allem durch die Erarbeitung revolutionärer Theaterstücke und -szenen hervorgetreten. Unter anderem studierten die Genossen Teile aus Brechts Stück „Die Mutter" ein. Das Wettbewerbsprogramm des Kölner Trupps brachte Teile aus seiner Silvester-Revue. Er begann mit einem Prolog von Erich Weinert: „Unsere Kunst hat nur einen Ton." Anschließend spielten die Genossen eine satirische Szene: „Unterrichtsstunde bei der Bundeswehr." Ihr Programm schloß mit dem „Hundertschaftenlied".

„Zeitzünder", Rheinland

Der AP-Trupp „Zeitzünder" besteht erst seit Anfang dieses Jahres. Der Spieltrupp wird von Freunden und Genossen aus Düsseldorf und Aachen aufgebaut. Sie arbeiten mit viel Elan und Schwung an ihrer neuen Aufgabe. Ihr Wettbewerbsprogramm war zugleich der erste öffentliche Auftritt. Der „Zeitzünder" begann mit dem Lied „Rote Matrosen". Anschließend folgte die Pantomime „K(l)assenpatient" über das kapitalistische Gesundheitswesen. Dann ein Gedicht von Erich Weinert: „Der humane Strafvollzugsarzt." Zum Abschluß sangen die Genossen ein selbstgeschriebenes Lied: „Recht auf Arbeit, ruft die DKP."




„Kunst" — Pantomime des AP-Trupps „Kolonne links" aus Münster



„Rosaliii" — ein Spottlied des AP-Trupps „Rote Kolonne", Frankfurt





Szenen des Agitproptrupps „Die Distel" aus Kassel



„K(l)assenpatient" — eine Pantomime des AP-Trupps „Zeitzünder" aus dem Rheinland




„Unterrichtsstunde bei der Bundeswehr" — AP-Trupp „Alarm" aus Köln

"Nicht Mitleid, sondern Kampf muß unsere Parole sein!"

Als vor einiger Zeit unsere Partei die Initiative ergriff zu einem Arbeitertheater-Festival von Agitproptrupps, war das Echo groß. Elf Agitproptrupps meldeten sich zur Teilnahme an, viele Freunde und Genossen unserer Partei, aber auch Außenstehende, begrüßten diese Initiative zur Eröffnung einer revolutionären Kulturfront. Aber es gab auch Zweifel. Würden die teilweise noch sehr jungen und unerfahrenen Agitproptrupps die hohen Anforderungen erfüllen können? War es nicht etwas gewagt, diesen ersten organisierten Erfahrungsaustausch und Wettbewerb der Agitproptrupps gleich vor einem so großen Publikum zu veranstalten? Und sicherlich wird auch so manches Agitproptrupp-Mitglied hin und wieder gedacht haben: Werden wir es schaffen, haben wir uns nicht zu viel vorgenommen?

Heute, nach dem 18. März, gibt es solche Fragen sicherlich nicht mehr. Der Erfolg dieses Arbeitertheater-Festivals war für viele Zuschauer überwältigend. Fast alle Agitproptrupps boten ein volles Programm: ein Theaterstück, ein selbstgedichtetes bzw. komponiertes Lied, eine Pantomime, trugen ein Lied aus der Geschichte der Arbeiterbewegung und ein revolutionäres Gedicht vor. An Ideen, an Formen der künstlerischen Darstellung und an Themen herrschte kein Mangel. Das Entscheidende aber war, daß sich wie ein roter Faden durch die Darbietungen der Agitproptrupps die Parteilichkeit für den revolutionären Kampf des Proletariats zog. Da gab es keine falsche und verlogene „Neutralität der Kunst". Da wurden überall die Worte von Karl Marx beherzigt, an die Genosse Ernst Aust, der Vorsitzende unserer Partei, in seiner Begrüßungsrede erinnerte: „Nicht Mitleid, sondern Kampf muß unsere Parole sein!" Viele Agitproptrupps hatten sich bemüht, ihr Programm konkret auf den aktuellen Klassenkampf auszurichten:

Auf Kämpfe der Arbeiterklasse wie den Streik der Hafenarbeiter, auf die Betriebsratswahlen und die Propagierung der Revolutionären Gewerkschaftsopposition, auf den Kampftag gegen Reaktion und Faschismus, der am 30. Januar stattfand, gegen die „Kontaktbereichsbeamten" (KOBs) in Westberlin usw. usf. In all diesen Darbietungen wurden die Kapitalisten und ihre Handlanger schonungslos gegeißelt. Und es wurde die Kraft der Klasse gezeigt, die berufen ist, die Menschheit vom Joch des Kapitalismus zu befreien. Die Kraft der Arbeiterklasse.

Es fiel nicht leicht, unter diesen Agitproptrupps den besten zu bestimmen. Alle gaben ihr Bestes, und alle dargebotenen Programme enthielten wertvolle Anregungen für die anderen. Denn perfekt ist niemand. Und selbstverständlich auch unsere noch jungen Agitproptrupps nicht. Aber dieses Festival hat bewiesen: Sie verstehen zu lernen — und schnell zu lernen. Und deshalb läßt sich mit Sicherheit voraussagen, daß — gestützt auf die Erfahrungen dieses ersten Arbeitertheater-Festivals — die Agitproptruppbewegung in Zukunft einen großen Aufschwung nehmen wird. Man darf gespannt sein auf das zweite — hoffentlich in nicht allzulanger Zeit folgende — Arbeitertheater-Festival.

Sieger der Gesamtwertung

1. "Rotes Sprachrohr" - Hamburg

Den ersten Preis im Wettbewerb der Agitproptrupps gewann das „Rote Sprachrohr" aus Hamburg für sein Programm „Frischer Wind im Hafen". Was vor allem begeisterte an diesem Programm, war die kämpferische, lebendige und von revolutionärem Optimismus erfüllte Darstellung der Arbeiterklasse, wie sie etwa im Theaterstück „He lücht" zum Ausdruck kam. Man merkte bei jeder Szene, bei jedem Satz: Hier spielen Arbeiter für Arbeiter. Sie wissen, wovon sie reden, wenn sie in ihrem Stück die Pensumschinderei im Hafen darstellen, wenn sie den freien Samstag für die Hafenarbeiter fordern und am Beispiel des Hafenarbeiterstreiks zeigen, daß die Hafenarbeiter konsequent, geschlossen und unerschrocken zu kämpfen verstehen. Das alles ist wirklichkeitsgetreu — aus dem Leben gegriffen. Aber kein bloßes Abbild der Wirklichkeit. Das Stück mobilisiert die Zuschauer: gegen die Hafenkapitalisten und gegen den reaktionären ÖTV-Apparat — für die Revolutionäre Gewerkschaftsopposition, die die Forderungen der Kollegen vertritt und für den unversöhnlichen Klassenkampf für ihre Interessen steht. Und nicht zuletzt lernen die Zuschauer in diesem Stück — in Gestalt eines kommunistischen Hafenarbeiters und der Zeitung der Partei für die Hamburger Häfen „Roter Handhaken" — die Partei kennen, wie sie wirklich ist: als Teil der Klasse und als ihre Vorhut, eng verbunden mit den Massen und im täglichen Kampf ihr Vertrauen gewinnend. Und das alles mit Witz, Schlagfertigkeit und einfallsreichen Requisiten gespielt. Ein Stück, das sich, etwas gestrafft und konzentriert, hervorragend für das Spiel auf der Straße eignet.

Schwung und Witz auch in der Pantomime „Anscheeten", die schildert, wie man der Polizei beim nächtlichen Parolenmalen ein Schnippchen schlagen kann. Positiv auch die Themenwahl bei dem neugeschaffenen Lied „Im Oktober vor 50 Jahren". Der Hamburger Aufstand ist ein sehr wichtiges Datum in der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, und es ist sehr zu begrüßen, daß der Agitproptrupp des heldenhaften Kampfes der Hamburger Arbeiter in seinem Programm gedenkt. Natürlich gab es auch hier nicht nur Positives, sondern auch Mängel und Schwächen. Aber insgesamt eroberte sich der Hamburger Agitproptrupp in Dortmund sowohl was den Inhalt als auch die künstlerische Darstellung seines Programms angeht, einen verdienten ersten Platz. Wir wünschen dem „Roten Sprachrohr" viel Erfolg bei seiner Gastspielreise durch die Sozialistische Volksrepublik Albanien.





2. "Rotes Sprachrohr" - Kiel

Den zweiten Preis — ein Episkop — gewann der Agitproptrupp „Rotes Sprachrohr" aus Kiel. Dieser Agitproptrupp begann sein Programm mit dem Stück „Wählt Rote Betriebsräte auf HDW", das konkret auf die Situation bei HDW einging, die reaktionären Betriebsräte entlarvt und für die Liste der Revolutionären Gewerkschaftsopposition wirbt. Dieses Stück wurde bereits vor dem Betrieb und im Stadtteil mit Erfolg aufgeführt. Mit einem neu getexteten und komponierten plattdeutschen Bauernlied bekam der Agitproptrupp viel Beifall. Dieses volkstümliche Lied wird sicherlich eine sehr gute Unterstützung bei der revolutionären Arbeit auf dem Land sein. Als traditionelles Lied wählte das „Rote Sprachrohr" das „Aufbaulied" aus der DDR. Große Begeisterung bei den Zuschauern löste schließlich auch der Vortrag des Gedichts „Die Schupo macht Platzkonzert" aus, wofür das „Rote Sprachrohr" auch den ersten Platz in der Einzelwertung bekam.

3. "Pfeffermühle" - Bochum

Den dritten Preis — ein Akkordeon — bekam der Agitproptrupp „Pfeffermühle" aus Bochum. Die „Pfeffermühle" stellte sich mit einem schwungvoll vorgetragenen selbstgedichteten Auftrittsgedicht vor. Es folgte „Das Stück von den zwei Staatsanwälten", das auf satirische Weise den Geist der Klassenjustiz entlarvt, indem es zwei Staatsanwälte „unter sich" aus der Schule plaudern läßt. Die Pantomime „Das Ende der Nacht" stellt die jüngste deutsche Geschichte dar. Von 1945 bis 19?. Von der Wiedererrichtung des deutschen Kapitalismus bis zu seiner Zerschlagung in der gewaltsamen proletarischen Revolution. Ein Stück, das sehr viel Beifall bei den Zuschauern fand. Als altes Lied wählte die „Pfeffermühle" das antifaschistische Lied „Mein Vater wird gesucht". Ihr neu nach einer alten Melodie getextetes Lied heißt „Die rote Front wächst an".



Der israelische Zionismus - Todfeind der Völker

„Ein Akt der Selbstverteidigung" — so kommentierte der israelische Regierungschef Begin den Überfall seiner Truppen auf den Libanon. Wie hätte es auch anders sein sollen. Ob in der Vergangenheit die israelischen Panzer vor Damaskus oder Kairo standen, ob ihre Bomber die Flüchtlingslager im Libanon in Schutt und Asche legten, stets kam prompt aus Tel Aviv der zynische Kommentar: „Selbstverteidigung". Und in der bürgerlichen Presse unseres Landes wird seit jeher die Geschichte vom kleinen israelischen David breitgetreten, der sich gegen einen übermächtigen arabischen Goliath heldenmütig verteidigt. Wird das Märchen verbreitet von Israel als der Heimstätte der Juden und den Arabern, die aus irgendeinem hinterhältigen Antrieb diese Juden ins Meer jagen wollen.

In dieser und der folgenden Ausgabe des „Roten Morgen" werden wir auf einige dieser Fragen eingehen und der bürgerlichen Lügenpropaganda die Tatsachen entgegensetzen.

Ist Israel die Heimat des jüdischen Volkes?

Zunächst einmal: Es gibt weder ein jüdisches Volk noch eine jüdische Rasse. Die Juden in aller Welt haben nichts weiter gemeinsam als ein religiöses Bekenntnis und bestimmte kulturelle Traditionen, die sich aus diesem Bekenntnis ableiten. Ansonsten gehört beispielsweise ein deutscher Jude zum deutschen Volk, ein algerischer Jude zum algerischen usw. (Siehe auch Stalin, Werke, Bd. 2, S. 274.) Die überwiegende Mehrzahl der Juden in den verschiedenen Ländern fühlt sich ihrem jeweiligen Volk zugehörig und weist die Behauptung, einem besonderen jüdischen Volk anzugehören, entschieden zurück.

Was die Menschen in Israel betrifft, so sind sie selbst, bzw. ihre Eltern aus Europa, aus dem Nahen Osten, aus Amerika eingewandert. Dadurch aber, daß Menschen verschiedener Völker in einem Staat zusammenleben, bilden sie auch nicht ein neues „eigenes" Volk. Das zeigt sich z. B. daran, daß sie noch nicht einmal eine gemeinsame Sprache haben. Nach der Gründung Israels wurde eine künstliche Sprache geschaffen, die alle Einwanderer erlernen müssen. Auch von den Lebensgewohnheiten und dem kulturellen Erbe her sind die aus dem Nahen Osten nach Israel eingewanderten Juden Orientalen, wie alle Menschen dieser Region, die aus Europa eingewanderten Russen, Polen, Deutsche usw.

Daß alle diese Menschen, die aus den verschiedensten Ländern und Nationen stammen, ein Volk bilden, und daß zu diesem Volk auch alle anderen Juden auf der ganzen Welt gehören — ob sie nun wollen oder nicht — das behaupten diejenigen, die in Israel die Macht ausüben, die Zionisten.

Der Landraub der Zionisten in Palästina und anderen arabischen Gebieten



Was ist der Zionismus?

Der Zionismus ist eine reaktionäre, rassistische Theorie, die im vorigen Jahrhundert von bürgerlichen jüdischen Elementen ausgeheckt wurde. Warum reaktionär? Sehen wir uns die Haltung der Zionisten zur Judenfrage an. Bekanntlich wurden über Jahrhunderte hinweg die Juden vor allem in Europa grausam verfolgt. Von den mittelalterlichen Feudalherren über die russischen Zaren bis hin zu den deutschen Faschisten, erklärten die finstersten Kräfte der Reaktion, die schlimmsten Peiniger des Volkes, die Juden zur Quelle allen Übels in der Welt, zum Bösen schlechthin, das man rücksichtslos ausrotten müßte. Und dieser grausamen Hetze ließen sie ebenso grausame Taten folgen. Davon zeugen gerade die von den Hitlerfaschisten ermordeten Millionen Juden. Alle Revolutionäre sind stets erbittert und entschieden dem Antisemitismus (der Judenfeindschaft) entgegengetreten. Sie waren ebenso wie alle ehrlichen und klar denkenden Menschen davon überzeugt, daß der Antisemitismus, die furchtbaren Massaker an den Juden, nur einem Ziel dienten: den Haß der Unterdrückten von ihren Unterdrückern abzuleiten gegen die Juden, indem man diese für das Elend des Volkes und die Verbrechen der Herrschenden verantwortlich machte.

Die Zionisten aber denken und dachten anders. Hören wir, was einer ihrer Ideologen, Richard Lichtheim, in seinem „Programm des Zionismus" sagt: „Die Bekämpfung des Antisemitismus bringt den Massen des jüdischen Volkes keine Hilfe... die Judenfeindschaft wird dauern, solange die Juden unter anderen Völkern wohnen." Die Zionisten weigerten sich nicht nur, den Antisemitismus zu bekämpfen, sie fühlen sich ihm auch direkt verbunden. Denn genauso wie die Judenhasser, vertreten auch sie die Theorie, daß ein unüberbrückbarer Widerspruch besteht zwischen den Juden und den Völkern, unter denen sie leben. Deshalb bestanden auch immer enge Beziehungen zwischen den Zionisten und den antisemitischen, faschistischen Elementen.

Ein Beispiel: Im vorrevolutionären Rußland waren die sogenannten Schwarzhunderter der grausamste Stoßtrupp der zaristischen Reaktion. Sie waren unter anderem auch die Ausführenden zahlreicher Massaker unter den Juden Rußlands. Die Bolschewiki führten einen entschiedenen Kampf gegen diese Faschisten. Sie klärten auch die Massen darüber auf, daß es zwischen ihnen und den jüdischen Werktätigen keine Feindschaft geben darf, daß vielmehr der gemeinsame Kampf gegen den gemeinsamen Unterdrücker, die zaristische Diktatur, notwendig ist. Der Begründer des Zionismus, Herzl, jedoch nahm persönlich enge Verbindungen mit den Schwarzhundertern auf und nannte deren Führer, den Bluthund Plehwe „un bien grand homme" (einen sehr großen Mann).

Zionisten — Kolonialherren im Dienst des Imperialismus

Die Zionisten, indem sie die Tiraden der antijüdischen Reaktionäre übernahmen, verfolgten ein bestimmtes Ziel: Sie wollten den Juden einreden, daß sie niemals, unter keinen Umständen inmitten der Völker, denen sie angehörten, leben könnten. Sie sollten vielmehr ihnen, den Zionisten folgen, und einen besonderen, einen rein jüdischen Staat, gründen. Und dieser Staat sollte in Palästina aufgebaut werden. Aber was bedeutete das?

In dem von den Zionisten auserkorenen Land lebte das nach Millionen zählende Volk von Palästina, zu jener Zeit unter dem Joch der türkischen Fremdherrschaft. Dort einen jüdischen Staat gründen zu wollen, hieß nicht mehr und nicht weniger, als diesem Volk das Recht auf einen eigenen Staat abzusprechen. Mehr noch: Nach der rassistischen Theorie der Zionisten sollte ihr Staat ausschließlich jüdisch sein. Für das palästinensische Volk sollte also gar kein Platz in ihm sein. Es mußte aus seiner Heimat verjagt werden.

Wie aber konnten die Zionisten ihre reaktionären Pläne in die Tat umsetzen? Zunächst einmal verfügten sie über Kapital und damit auch über politische Macht. Einer derjenigen, die am nachdrücklichsten die Kolonisierung Palästinas betrieben, war z. B. der berüchtigte Finanzmagnat Rothschild. Wichtiger war aber etwas anderes: Die Zionisten stellten sich von vornherein auf die Seite der imperialistischen Mächte, die ihre Herrschaft über den Nahen Osten errichtet hatten. Ja, sie boten sich ihnen an, die Rolle eines Stoßtrupps, eines Vorpostens der imperialistischen Unterjochung der arabischen Völker zu bilden. So sagte schon Herzl, der Begründer des Zionismus, an die Adresse der europäischen Imperialisten gerichtet: „Für Europa würden wir dort (in Palästina) ein Stück des Walles gegen Asien bilden, den Vorpostendienst der Kultur gegen die Barbarei besorgen."

Die Imperialisten sahen in der zionistischen Kolonie in Palästina eine Waffe, die sie gegen den arabischen Befreiungskampf einsetzen konnten. Deshalb förderten sie nach Kräften die Pläne der Zionisten. Nach dem ersten Weltkrieg waren es die britischen Imperialisten, die Palästina und weite Teile des Nahen Ostens an sich gerissen hatten. Die Völker dieser Region, besonders das palästinensische, kämpften gegen die britische Fremdherrschaft. Dabei kam es in Palästina mehrere Male zu bewaffneten Erhebungen. Und diese Aufstände wurden gemeinsam von den britischen Besatzertruppen und den bewaffneten Banden der Zionisten niedergeschlagen. Unter dem Schutz der Besatzungsmacht vergrößerten die Zionisten ständig ihre Kolonie, rissen immer neue Teile des palästinensischen Bodens an sich, und bauten schrittweise ihre militärischen Einheiten aus.



1936: Palästinenser kämpfen gegen die britischen Besatzer.

Zionisten an der Seite des Faschismus

Es gibt kaum eine Rede der heutigen zionistischen Führer, vor allem des israelischen Regierungschefs Begin, in der nicht der gerechte Befreiungskampf des palästinensischen Volkes auf eine Stufe gestellt wird mit dem unvorstellbaren antijüdischen Terror der Hitlerfaschisten. So versuchen die Zionisten die tiefe Anteilnahme der Völker am Schicksal der Juden auf ihre Mühlen zu lenken, in eine Unterstützung ihrer reaktionären Politik umzumünzen. Aber sehen wir uns einige Dokumente an, die Aufschluß darüber geben, auf welcher Seite die Zionisten selbst in dem historischen Ringen der Völker mit der faschistischen Bestie standen.

Wie wir gesehen haben, teilen ja die Zionisten die auch von den Nazis vertretene rassistische Theorie, nach der die Juden eine eigene Rasse, einen Fremdkörper innerhalb der Völker bilden, denen sie angehören. So war für die Zionisten der faschistische Terror gegen die Juden nur ein willkommenes Mittel, um die jüdische Auswanderung nach Palästina zu verstärken. Sie gründeten schon im Herbst 1933 gemeinsam mit den Faschisten die „Palästina Treuhandstelle", deren Aufgabe es war, die Einwanderung von aus Deutschland vertriebenen Juden nach Palästina zu organisieren.

Als die britischen Imperialisten begannen, die jüdische Einwanderung nach Palästina zu drosseln, nahm die Zusammenarbeit der Zionisten mit der Hitlerdiktatur noch festere Formen an. Im Februar 1937 traf der Vertreter der zionistischen Militärorganisation, Feivel Polkes, in Berlin ein und führte dort Gespräche mit dem SS-Führer Eichmann, demselben Eichmann, der unmittelbar verantwortlich war für die Massenvernichtung der Juden und dem später im Staat Israel ein spektakulärer Schauprozeß gemacht wurde. Über den Inhalt dieser Gespräche heißt es in einer Aufzeichnung der SS vom 17. Juni 1937: „Auch für Deutschland erklärte er (Polkes — RM) sich bereit, Dienste in Form von Nachrichten zu leisten, soweit sie nicht seinen politischen Zielen entgegenstünden. Er würde u. a. die deutschen außenpolitischen Interessen im vorderen Orient unterstützen."

Diese Dienste bestanden in nichts anderem, als in einer Spitzeltätigkeit für die Nazis, zu der sich die Zionisten verpflichteten. So heißt es an einer Stelle in den Aufzeichnungen Eichmanns: „Der in Deutschland besonders stark durchdringende illegale kommunistische Sender soll nach Polkes Angaben, auf einem Lastwagen montiert, längs der deutsch-luxemburgischen Grenze seine Sendetätigkeit ausüben." Und wie stand es mit den „außenpolitischen Interessen", den imperialistischen Kriegsplänen der Hitler-Diktatur? Die Zionisten, die wegen der Einwanderungsfrage in Widerspruch mit den britischen Imperialisten geraten waren, erklärten sich bereit, diese Pläne der faschistischen Judenmörder bedingungslos zu unterstützen. Davon zeugt ein Vorschlag, den die nationale militärische Organisation (Irgun Zwai Leumi) den Nazis unterbreitete. Darin heißt es:

„Die NMO, der die wohlwollende Einstellung der deutschen Reichsregierung und ihrer Behörden zu der zionistischen Tätigkeit innerhalb Deutschlands und zu den zionistischen Emigrationsplänen gut bekannt ist, ist der Ansicht, daß:

1. eine Interessengemeinschaft zwischen den Belangen einer Neuordnung Europas nach deutscher Konzeption und den wahren nationalen Aspirationen des jüdischen Volkes, die von der NMO verkörpert werden, bestehen könne...

Ausgehend von diesen Erwägungen, tritt die NMO in Palästina, unter der Bedingung einer Anerkennung der oben erwähnten nationalen Aspiration der Israelitischen Befreiungsbewegung seitens der deutschen Reichsregierung, an dieselbe **mit dem Angebote einer aktiven Teilnahme am Kriege an der Seite Deutschlands** heran."

Das ist die Wahrheit über den angeblichen Antifaschismus der Zionisten: Um ihr Ziel, die Eroberung Palästinas zu verwirklichen, waren sie bereit, Seite an Seite mit den faschistischen Schlächtern in den Krieg gegen die Völker der Welt zu ziehen, während in den Lagern dieser Schlächter Millionen Juden einen grausamen Tod starben. Und der Führer der Irgun, die diesen Vorschlag machte, das war niemand anderes als der heutige Ministerpräsident Israels, Menachim Begin.

Begrüßungsrede des Genossen Ernst Aust anläßlich des Arbeitertheater-Festivals am 18. März 1978 in der Westfalenhalle in Dortmund

Wem gehört die Welt ?

Liebe Freunde, Kollegen, Genossen,

es ist mir eine besondere Freude, Euch allen, den Initiatoren dieses ersten Arbeitertheater-Festivals in der deutschen Bundesrepublik, allen Genossen der sich daran beteiligenden Agitproptrupps, Sing- und Musikgruppen, Spielmannszügen sowie all jenen, die durch ihren unermüdlichen praktischen Einsatz dazu beigetragen haben, dieses Festival vorzubereiten, die herzlichsten, brüderlichen Kampfesgrüße der Kommunistischen Partei Deutschlands/Marxisten-Leninisten zu überbringen.

Mit diesem Festival setzt ihr eine revolutionäre Tradition fort. Die Tradition der kommunistischen Agitproptrupp-Bewegung von vor 1933, die des „Arbeiter-Theater-Bund Deutschlands". Des ATBD, der hier in Dortmund vor 48 Jahren, zu Ostern 1930, seinen 11. Bundestag durchführte. Den Bundestag, auf dem es dem revolutionären Flügel des ATBD gelang, sich gegen den revisionistischen durchzusetzen, auf dem es gelang, den ATBD gemäß seinen Satzungen wieder in ein Kampfinstrument der Arbeiterklasse, des revolutionären Klassenkampfes zurückzuverwandeln.

Was war das für eine Zeit, Anfang der 30er Jahre? Es war eine Zeit unerhörter Ausplünderung der Werktätigen in Stadt und Land durch Steuern und Zölle, Massenentlassungen, Kurzarbeit, Lohnabbau und einem riesigen Arbeitslosenheer, das bis 1933 die Sieben-Millionen-Grenze erreichte. Eine Zeit wachsenden Polizeiterrors, einer ständig steigenden Zahl von Reaktion und Faschismus ermordeter Proletarier. Eine Zeit, die sich auf das Entstehen einer revolutionären Situation zubewegte.

Es ist klar, daß es gerade in solch einer Situation gar nichts anderes geben konnte, als das revolutionäre Kampftheater, das nicht nur das Elend des Proletariats zeigt, die kapitalistische Gesellschaftsordnung kritisiert, sondern, das den revolutionären Ausweg weist, indem es das Proletariat als unterdrückte, kämpfende, aufsteigende Klasse darstellt, die berufen ist, die bestehende Gesellschaftsordnung zu stürzen und auf ihren Trümmern die Diktatur des Proletariats zu errichten. Revolutionäres Theater, das nicht klar aufzeigt, daß es für uns nur einen Ausweg, den Weg des revolutionären Klassenkampfes gibt, ist schlichtweg nicht möglich.

Aber nicht nur der Ort, Dortmund, an dem dieses Festival stattfindet, gibt uns Anlaß zu historischem Rückblick, weit eher ist es noch das Datum, der 18. März, das Erinnerungen an revolutionäre Zeiten weckt. So war es in der Nacht zum 18. März des Jahres 1871 als — als Antwort auf den Versuch sie zu entwaffnen — sich die in der französischen Nationalgarde organisierten Arbeiter und revolutionären Kleinbürger mit den regulären Truppen verbündeten und die reaktionäre Regierung Thiers davonjagten.

Die heroischen Tage der Pariser Kommune

Die heroischen Tage der Pariser Kommune begannen. **Es war dies die erste — von Karl Marx begeistert unterstützte — proletarische Revolution, die erste Diktatur des Proletariats in der Geschichte der Menschheit.** Der von den Kommunarden gewählte Rat, beschließendes und ausführendes Organ, organisierte die nationale Verteidigung, ersetzte das stehende Heer durch die Volksbewaffnung, errichtete Revolutionstribunale, führte die Trennung von Staat und Kirche durch, übergab die verlassenen Betriebe an Arbeitergenossenschaften u. a. m.

Schließlich, infolge noch ungenügend entwickelter Produktivkräfte und vor allem des Fehlens einer kommunistischen, einer Arbeiterpartei mit klaren Zielen, scheiterte die Kommune, wurde sie am 25. Mai 1871 von einer großen Übermacht konterrevolutionärer Truppen, die durch Bismarck und die deutsche Belagerungsarmee unterstützt wurden, nach heldenhafter Verteidigung besiegt. 30.000 Kommunarden fielen danach dem weißen Terror zum Opfer, rund hunderttausend wurden ins Gefängnis geworfen. Der Kapitalismus zeigte seine blutige, menschenfeindliche Fratze, die er bis heute behalten hat, die er bis zu seinem unvermeidlichen Ende behalten wird.

Aber es gab nicht nur einen Reaktionär Bismarck, es gab auch einen Bebel, die damals noch revolutionäre deutsche Sozialdemokratie. Bert Brecht läßt in seinem Schauspiel „Die Tage der Commune" auf einer Sitzung der Kommunarden die Worte August Bebels verlesen, die dieser vor dem Reichstag sagte: **„Das gesamte europäische Proletariat und alles, was noch ein Gefühl für Freiheit in der Brust trägt, sieht auf Paris. Der Schlachtruf des Pariser Proletariats ‚Tod der Not und dem Müßiggang!' wird der Schlachtruf des gesamten europäischen Proletariats sein."** Und Brecht schrieb im Zusammenhang mit den Tagen der Pariser Kommune das Lied, das wir — ich glaube — hier heute noch von einem der Agitproptrupps hören werden: „Keiner oder alle. Alles oder nichts."

18. März 1848 — ein großer Tag in der deutschen Geschichte

Für uns Deutsche ist noch ein anderer Tag von großer Bedeutung, der sich heute am 18. März zum hundertdreißigsten Male jährt. Der Tag, der 18. März 1848, an dem sich Arbeiter und Bürger Berlins zum Aufstand erhoben und in einem zweitägigen Kampf die Regierungstruppen besiegten.

Den Anstoß zu den revolutionären Ereignissen in den deutschen Staaten hatte die Februarrevolution von 1848 in Frankreich gegeben. Es begann mit antifeudalen Aktionen der Bauern in den süddeutschen Staaten. Diese Aktionen wurden mit Waffengewalt niedergeschlagen. In Wien brach am 13. März die Revolution aus. Metternich mußte fliehen, und der Kaiser von Österreich sah sich genötigt, den Aufständischen Konzessionen zu machen. Der Sieg der Revolution in Österreich hatte eine mächtige Wirkung auf Preußen. Die Aktionen des Volkes in einer Reihe von preußischen Städten (besonders im Rheinland) fanden ihren Höhepunkt in eben dem Berliner Aufstand vom 18. März.

Doch kaum durch die Revolution an die Macht gelangt, verriet die preußische Bourgeoisie ihre unmittelbaren Bundesgenossen, einigte sich mit den Gutsbesitzern und trieb eine Politik, die auf das Abwürgen der Revolution gerichtet war. Das preußische Bürgertum tat nichts, um die Bauern von der feudalen Unterdrükkung zu befreien, es erleichterte die Lage der Arbeiter nicht und ließ den junkerlich-bürokratischen Polizeiapparat völlig unangetastet.

Stalin sagte dazu: „Und wirklich, die Revolution hatte sich noch nicht richtig entfaltet, als die deutschen Liberalen bereits einen Kuhhandel mit der ‚obersten Gewalt' begannen. Und diesen Kuhhandel schlossen sie bald ab, um dann gemeinsam mit der Regierung gegen die Arbeiter und Bauern ins Feld zu rücken."

Die Niederlage des Aufstandes in Wien im Oktober 1848 gab das Signal! Die deutsche Konterrevolution ging auf der ganzen Linie zum Angriff über. Der König von Preußen zog konterrevolutionäre Truppen in Berlin zusammen und berief das offen reaktionäre Kabinett des Grafen von Brandenburg. Ähnliche Umstürze fanden auch in anderen deutschen Staaten statt. Die deutsche Bourgeoisie zeigte sich in ihrer ganzen erbärmlichen Feigheit und Charakterlosigkeit. Mai/Juni 1849 kam es dann im Königreich Sachsen, im Rheinland, in der bayrischen Rheinpfalz und schließlich in Baden noch einmal zu Aufständen, um die in der Reichsverfassung verankerten Rechte und Grundsätze zu verteidigen. An diesen Aufständen beteiligten sich die revolutionären Arbeiter und ein Teil der Bauernschaft, die Führung hatte jedoch das städtische Kleinbürgertum, durch dessen Unentschlossenheit diese Aufstände scheiterten. Die Aufstände wurden von preußischen Truppen niedergeworfen. Rastatt, die letzte Festung der Volksarmee, hielt bis zum 23. Juli der Belagerung stand.

Nun kann man von der achtundvierziger Revolution nicht sprechen, ohne den sogenannten „Vormärz" zu erwähnen, das Jahrzehnt vor der Revolution. Die französische Julirevolution von 1830 führte auch in Deutschland zu einem Anwachsen der bürgerlich-liberalen und demokratischen Bewegung. Es kam zu Aufständen und Unruhen in vielen deutschen Staaten, besonders in Braunschweig und Hessen. Auf dem berühmten „Hambacher Fest" am 27. Mai 1832, an dem sich etwa 30.000 Personen beteiligten, wurden erstmals die politischen Forderungen des liberalen Bürgertums formuliert. Die Industrialisierung der deutschen Staaten, besonders Preußens, schritt — gefördert durch den Zollverein von 1834 — rasch voran. Das Zentrum der revolutionären Bewegung in Europa verlagerte sich nach Deutschland.

Gegen Ende der 30er Jahre begann das deutsche Proletariat immer aktiver zu werden. Es kam zu spontanen Aktionen gegen die kapitalistische Ausbeutung. Im Juli 1844 flammte ein Aufstand der schlesischen Weber auf; es war dies einer der ersten großen spontanen Arbeiteraufstände in Deutschland. Auf ihn folgten eine Reihe großer Streiks. Die demokratische Bewegung im Land wächst. Das Volk protestiert gegen die noch bestehenden feudalen Verhältnisse, gegen die politische und wirtschaftliche Zersplitterung Deutschlands, gegen nationale Unterdrükkung. In Deutschland reift die bürgerliche Revolution heran.

Marx und Engels, die in den 40er Jahren die politische Arena betraten, schufen den wissenschaftlichen Sozialismus, die Weltanschauung des revolutionären Proletariats. Sie gaben ihm damit eine unüberwindliche Waffe in die Hand, eine Waffe, die bis heute nichts von ihrer Schärfe verloren hat. Sie reorganisierten den 1836 gegründeten „Bund der Gerechten" von Grund auf und gründeten so im Jahre 1847 den „Bund der Kommunisten", den Keim der revolutionären Partei des Proletariats. Das theoretische Programm des Bundes wurde das von Marx und Engels verfaßte und im Februar 1848 veröffentlichte „Manifest der Kommunistischen Partei".



Revolutionäre erklären das Palais des Prinzen von Preußen zum „Nationaleigentum", 20. März 1848.

Nicht Mitleid, sondern Kampf muß die Parole sein

Der „Vormärz" und die 48er Revolution sind auch ein besonders wichtiges und ehrenvolles Blatt aus den Seiten der deutschen Literaturgeschichte. In diesem knappen Jahrzehnt hatten die deutschen Schriftsteller, Männer wie Georg Herwegh, Ferdinand Freiligrath, Georg Weerth und Heinrich Heine, solch einen engen Kontakt mit dem Volk, wie es vor — oder nachdem — sieht man von den Jahren der Weimarer Republik ab — kaum je der Fall gewesen ist. Und das, obwohl viele ihrer Werke von den herrschenden Gewalten in den drei Dutzend deutschen Vaterländern verfolgt, verboten, am Erscheinen verhindert wurden.

Nur Karl Marx öffnete ihnen die Spalten der „Rheinischen Zeitung". Z. B. als er 1842 zwei Gedichte Herweghs vom armen Jakob und der kranken Liese veröffentlichte. Er stellte aber sehr bald fest, daß eine solche Poesie sich nicht auf die mitleiderregende Darstellung von Armut und Elend beschränken durfte, wie sie rasch überhand nahm, sondern er forderte, daß die Kunst im großen Befreiungskampf der Menschheit die hohe ihr zufallende Aufgabe erfüllen müsse: **Nicht Mitleid, sondern Kampf mußte die Parole sein, und er wandte sich gemeinsam mit Friedrich Engels scharf gegen eine Literatur, die allein an der weinerlichen Schilderung unwürdiger sozialer Zustände Befriedigung fand.** Lobend wiesen Marx und Engels auf die demokratische deutsche Dichtung des Vormärz hin.

Diese Forderungen von Marx und Engels treffen natürlich genauso für unsere heutige Dichtung, unsere Agitation und Propaganda zu. Überhaupt ist es interessant, wieviele Parallelen es von damals zur Weimarer und auch heutigen Zeit gibt. Das trifft auch auf die spontane Dichtung, das Volksschaffen zu. So wie in den zwanziger und Anfang der dreißiger Jahre, wie auch heute wieder viele Gedichte und Lieder spontan in der revolutionären Bewegung entstanden, so war es auch damals. Ihre Verfasser waren unbekannte Studenten, Handwerker und Arbeiter. Die Verse wurden von Mund zu Mund, durch gedruckte Flugblätter und handschriftlich verbreitet. Manche dieser Gedichte wurden vom Volk gesungen und mehrmals umgeformt. Die deutschen reaktionären Behörden boten alles auf, um die Lieder zu unterdrücken. So waren z. B. Vortrag und Verbreitung des „Tschech-Liedes" unter schwere Strafe gestellt.

So wie heute gab es auch damals schon, im Vormärz, sogenannte Terroristen. So wie heute wurden sie auch schon damals hektisch verfolgt. Einer von ihnen war der Bürgermeister Tschech aus Storkow. Er verübte im Juli 1844 ein Attentat auf den korpulenten Friedrich Wilhelm IV. von Preußen und wurde hingerichtet, während heute entsprechende Attentäter nur geselbstmordet werden. Und wie heute Witze, Glossen und Spottverse, so entstand damals das Lied vom Tschech, in dem es u. a. heißt:

Aber keiner war so frech
Wie der Bürgermeister Tschech,
Denn er traf fast auf ein Haar
Unser treues Königspaar.
Ja, er traf die Landesmutter
Durch den Rock ins Unterfutter.

Als die Uhr war kaum halb achte
Und noch niemand Böses dachte,
Ist ein Mann im grauen Mantel
Durch das Schloßportal gewandelt.
Dies war Tschech, der Hochverräter,
Königsmörder, Attentäter.

Ach, es hat der Bösewicht
Unsern Gott im Herzen nicht;
Pocken hat er im Gesicht,
Sonsten sah man Böses nicht.
Friedrich Wilhelm kam heraus,
Sah noch ganz verschlafen aus.

Tschech zieht ein Pistol hervor,
Trifft den König fast am Ohr.
Doch es packt ihn ein Gendarme
An dem frevelhaften Arme,
Und man keilt den Wüterich
Auf der Stelle fürchterlich.
...

Aber, Leute, hört einmal
Von dem Liede die Moral:
Hatt' wohl je ein Mensch so'n Pech,
Wie der Bürgermeister Tschech,
Daß er diesen dicken Mann
Auf zwei Schritt nicht treffen kann!

Soweit das Lied vom Tschech. Doch es gab nicht nur die Spottlieder, die meisten Volkslieder wie auch die der fortschrittlichen Dichter waren erfüllt vom Haß auf die Tyrannen und in ihrer Tendenz durchaus kämpferisch und revolutionär. Sie nahmen Partei für das Volk. Sie benutzten die Kunst als Waffe im Klassenkampf.

Eröffnet die revolutionäre Kulturfront!

Leider wird die Bedeutung der Kunst, der Lieder, Gedichte, der Szenen, die Arbeit der Agitproptrupps, des revolutionären Arbeitertheaters auch in der Partei manchmal noch als ein notwendiges Übel betrachtet. Man sieht nur, daß dieser oder jener Genosse infolge der notwendigen



Schon früh begann der Hamburger Agitproptrupp „Rotes Sprachrohr" erfolgreich, Mittel des Straßentheaters einzusetzen. Hier bei der Agitation zum Roten 1. Mai 1973.

Probenarbeit in den AP-Trupps für diesen oder jenen Einsatz wie Flugblattverteilen, „Roter Morgen"-Verkauf ausfällt, und nicht, daß ein guter AP-Trupp durch sein Auftreten nicht nur den „Roten Morgen"-Verkauf steigern, sondern die praktische politische Arbeit am Ort durch sein Eingreifen in das politische Tagesgeschehen, sei es bei Streiks, Wahlen, Kampagnen und anderen Aktionen, verbessern kann.

Wichtig dabei ist, daß die AP-Trupps es lernen, ihre Arbeit langfristig im voraus zu planen. So stehen eine Reihe von Terminen, von Themen wie der Rote Antikriegstag, der 10. Jahrestag des Einmarsches der russischen Sozialimperialisten in die CSSR, der Solidaritätsmonat der Roten Hilfe für die politisch Verfolgten im Dezember, der zehnte Gründungstag der Partei, der 30. Januar: Kampftag gegen Reaktion und Faschismus usw. ja heute schon fest. Streiks, spontane Aktionen, Terrorkampagnen der Bourgeoisie usw. lassen sich natürlich nicht exakt voraussagen. Aber auch auf sie kann man sich durch entsprechende Rahmenhandlungen, die man dann im gegebenen Moment aktualisiert, vorbereiten. Je umfangreicher das Repertoire eines AP-Trupps, desto vielseitiger seine Einsatzmöglichkeiten, desto breiter seine politische Wirkung.

Noch immer besteht bei diesem oder jenem AP-Trupp eine gewisse Hemmung, auf der Straße, auf Plätzen und Märkten zu spielen. Sie spielen lieber im Saal. Sicher, das ist leichter. Doch wen erreichen wir dann zur Hauptsache im Saal? Zumeist doch den Teil der Arbeiterklasse, der Werktätigen, die für unsere Sache schon gewonnen sind oder zumindest mit ihr sympathisieren. Wie ist es bei Aufführungen im Saal, im Theater? Hier sind die Menschen auf die Auftritte unserer AP-Trupps, unserer revolutionären Theatergruppen vorbereitet, ja sie warten darauf.

Ganz anders auf der Straße, vor dem Fabriktor, auf dem Markt. Hier kommen die Menschen nicht zu uns, wir gehen zu ihnen. Hier muß man sich zuerst einmal darum bemühen, Aufmerksamkeit zu erregen, die Menschen zum Stehenbleiben zu veranlassen. Das ist wie bei einem Flugblatt, einem Artikel. Schon die Schlagzeile, die ersten gesprochenen Worte, müssen Aufmerksamkeit erregen. Die nächsten Sätze müssen ihr Interesse wecken, sie zum Zuhören veranlassen. Das ist nicht immer leicht im Straßenlärm und fordert von den Darstellern ein hohes Können.

Wichtig ist auch, daß man schon beim Schreiben der Szenen daran denkt, worauf kommt es an, interessiert es die Menschen, trifft es ihre Interessen, Forderungen und Wünsche. Die Sätze und Dialoge müssen kurz, knapp, sie dürfen nicht umständlich und langatmig sein. Man muß der Handlung leicht folgen können. Sie muß einfach, verständlich, darf jedoch nicht primitiv sein. Das Beste ist, man probiert es in der Praxis. Aus der Reaktion unserer Zuschauer können wir lernen, unsere Stücke und Szenen zu verbessern. Und was die Scheu vor dem Spielen auf der Straße betrifft, so verliert sie sich — wie die Erfahrung lehrt — spätestens dann, wenn die Genossen merken, welch ein dankbares, aufgeschlossenes Publikum gerade die werktätigen Menschen sind. Das ist nicht das total versnobte, dekadente Premierenpublikum der diversen etablierten „Kultur"-schuppen, das ist unsere Klasse, für deren Befreiung vom Joch der Ausbeutung und Unterdrückung wir spielen.

Wenn wir uns heute hier zum ersten Arbeitertheater-Festival zusammengefunden haben, so nicht nur, um im Wettbewerb das Können der einzelnen Agitproptrupps zu vergleichen, sondern hauptsächlich, um voneinander zu lernen, Erfahrungen auszutauschen mit dem Ziel, die Arbeit zu verbessern. Dies ist ein Anfang oder besser ein Wiederanfang, ein Anknüpfen an die revolutionäre Tradition des Arbeiter-Kampf-Theaters von vor 1933. **Schon früh hat unsere Partei die Bedeutung des Auftretens von AP-Trupps für unsere politische Arbeit erkannt und sie örtlich auch eingesetzt. Einige der hier anwesenden AP-Trupps haben sozusagen schon eine kleine Tradition von einigen Jahren. Dabei haben wir es aber nicht bewenden lassen. Mit der Losung „Eröffnet die revolutionäre Kulturkampffront!" haben wir eine neue Perspektive geschaffen und ein vielfaches Echo sowohl innerhalb als auch außerhalb der Partei gefunden.**

Mit Recht fragen kulturschaffende, kulturinteressierte Genossen und Sympathisanten: Warum nur Theater, Rezitationen, Lieder, gibt es nicht auch den Film, die Musik, die Malerei, Grafik, die Fotografie. Soll, kann man sie nicht im Klassenkampf einsetzen? Man hat mich kritisiert, ich sei in meinem Referat „Eröffnet die revolutionäre Kulturkampffront" nicht genügend z. B. auf die Bedeutung der Fotografie eingegangen bzw. ich zählte sie gar nicht zur Kunst. Genossen, nichts liegt mir ferner als das. Dabei brauchen wir nicht einmal an Heartfield, an die Kunst der Fotomontage zu denken. Schon einen Streikposten, einen Demonstrationszug kann man so oder so fotografieren. Man kann ihn einfallslos abknipsen, man kann sich aber auch Gedanken um die zu wählende Perspektive, die Blende, die Belichtung machen. Dazu muß man natürlich die Wirkung der verschiedenen Einstellungen, Perspektiven etc. kennen. Das heißt, man braucht Grundkenntnisse, Fachwissen. Aber all das läßt sich lernen. Gerade die letzten Monate haben gezeigt, wieviele Talente es in der Partei und in ihrem Umkreis gibt. Man muß sie fördern, damit ihre Fähigkeiten dem Volke nutzen, der Revolution dienen.

Wer sollte uns daran hindern, im Rahmen solch eines Festivals wie hier nicht auch unter dem Titel „Kunst im Klassenkampf" Foto- oder Kurzfilm (8mm)-Wettbewerbe, Ausstellungen von Grafiken, Bildern zu organisieren? Dichterlesungen und Gesangswettbewerbe. Warum nicht das eintägige Arbeitertheater-Festival in der Perspektive zu einer vielleicht alle zwei Jahre stattfindenden „Woche der revolutionären Kunst" ausweiten, die natürlich von einer breiten Kampffront fortschrittlicher bzw. revolutionärer Kulturschaffenden getragen sein müßte.

Die Zeit ist reif

Die Zeit ist reif. Wie überall in der Welt, so verschärfen sich auch bei uns die Klassenkämpfe, wie auch die Streiks der letzten Wochen, die Kampfbereitschaft der Arbeiter zeigen. Die Krise, die die gesamte kapitalistische und revisionistische Welt erfaßt hat, wird sich weiter verschärfen. Der Kampf zwischen Ausgebeuteten und Ausbeutern ist weltweit in eine neue Phase getreten, einen neuen „Vormärz", in der die Errichtung des Sozialismus auf der Tagesordnung steht.

Der Trennungsstrich zwischen der Arbeiterklasse auf der einen Seite und der Bourgeoisie mit ihren reformistisch-revisionistischen Steigbügelhaltern auf der anderen wird immer schärfer. Jeder, sei er Proletarier im Betrieb, Werktätiger auf dem Lande oder ein Vertreter der geistigen Berufe — Wissenschaftler, Literat, Künstler —, muß in diesem Kampf zwischen der aufsteigenden und absterbenden Klasse Stellung beziehen. Plötzlich steht die Frage so: Für oder gegen die Bourgeoisie, für oder gegen das Proletariat, für die Diktatur des Proletariats und sein siegreiches Ziel — den Sozialismus — oder für die Diktatur der Bourgeoisie, den Faschismus bzw. Sozialfaschismus. **Neutralität, eine apolitische, über den Klassen stehende Wissenschaft und Kunst, kann es nicht geben.** Schon Marx und Engels schrieben vor 130 Jahren im „Kommunistischen Manifest":

„Die Bourgeoisie hat alle bisher ehrwürdigen und mit frommer Scheu betrachteten Tätigkeiten ihres Heiligenscheines entkleidet. Sie hat den Arzt, den Juristen, den Pfaffen, den Poeten, den Mann der Wissenschaft in ihre bezahlten Lohnarbeiter verwandelt."

Und schon Georg Herwegh forderte 1842 seine Dichterkollegen zur Parteinahme im politischen Kampf auf, indem er schrieb:

> **Partei! Partei! Wer sollte sie nicht nehmen,**
> **Die noch die Mutter aller Siege war!**
> **Wie mag ein Dichter solch ein Wort verfemen,**
> **Ein Wort, das alles Herrliche gebar?**
> **Nur offen wie ein Mann: Für oder wider?**
> **Und die Parole: Sklave oder frei?**
> **Selbst Götter stiegen vom Olymp hernieder**
> **Und kämpften auf der Zinne der Partei! Partei!**

Nun, mit den Göttern ist das so eine Sache. Die sind offenbar recht unzuverlässig. Aber damals wurde halt so geschrieben. Und es ist ja auch richtig. Was wir brauchen, ist einerseits Begeisterungsfähigkeit, revolutionärer Kampfgeist und Schwung, andererseits eiserne Beharrlich-, Beständigkeit, nüchterne Sachlichkeit und Planung. Auch in unserer Kunst, unserer revolutionären Agitation und Propaganda drückt sich das aus. Einerseits, je nach Anlaß und Gegebenheit, kann dabei der Schwerpunkt mehr auf der Seite des Aufrufs, der Mobilisierung, andererseits auf der Erklärung politischer Zusammenhänge, der Propaganda liegen. Beides ist notwendig: Gefühl und Verstand, Enthusiasmus und revolutionäres Stehvermögen. Rom wurde auch nicht an einem Tag erbaut.

Wieviele Jahrhunderte brauchte die Bourgeoisie, um sich gegen den Feudalismus durchzusetzen. Wieviel bewaffnete Kämpfe, wieviel Revolutionen waren dazu notwendig und sind es in einigen Ländern heute noch. Und wieviel Rückschläge und Niederlagen gab es. Wir brauchen dabei nur an die 48er Revolution zu denken. Auf die französische Revolution 1789 folgte ein Napoleon.

Warum sollte es beim Übergang vom Kapitalismus zum Sozialismus wesentlich anders sein. Es ist richtig: Im Gegensatz zur Bourgeoisie in ihrem Kampf gegen den Feudalismus verfügt das Proletariat im Kampf gegen die Bourgeoisie über eine unschlagbare Waffe, den wissenschaftlichen Sozialismus, den Marxismus-Leninismus. Deshalb wird die Zeit des weltweiten Kampfs zum Sozialismus auch kürzer sein. Doch Niederlagen schließt sie nicht aus. Wie auf die französische Revolution einen Napoleon, gab es auf die Große Sozialistische Oktoberrevolution, auf Lenin und Stalin einen Chruschtschow und Breschnew. Doch ist das keine Gesetzmäßigkeit. Das geschieht nur, wenn man die scharfe Waffe des Marxismus-Leninismus aus der Hand legt und sorglos wird. Denn neben dem Chruschtschow und Breschnew gibt es auch einen Enver Hoxha, gibt es den beispielhaften Aufbau des Sozialismus in Albanien. Ein Beispiel, das zu propagieren Aufgabe jedes Kommunisten ist.

Für ein vereintes, unabhängiges, sozialistisches Deutschland!

Habe ich im Verlauf dieser Rede mehrere historische Vergleiche und Parallelen gebracht, so laßt mich mit einem letzten schließen. Im März des Jahres 1929 war es, als der Kommunistische Jugendverband Deutsch-



Titelblatt der Zeitschrift „Das rote Sprachrohr", April 1930.

lands, der KJVD, einen Agitproptrupp-Wettbewerb veranstaltete. Sieger wurde damals das „Rote Sprachrohr" Berlin und die „Roten Schmiede" aus Halle. Als ersten Preis erhielten sie eine Gastspielreise durch die Sowjetunion, das damalige Vaterland aller Werktätigen der Welt. Sie traten diese Reise im August 1929 an. Sie spielten in den Städten und Fabriken der Sowjetunion, um den sowjetischen Werktätigen Ausschnitte aus dem proletarischen Klassenkampf in Deutschland zu zeigen und die Verbindung zwischen der Arbeiterklasse beider Länder und ihren Kulturorganisationen zu festigen. Ihre Gastspielreise wurde ein großer Erfolg.

Nun, wir möchten den Siegern dieses Arbeitertheater-Festivals nicht zumuten, in die heutige Sowjetunion zu reisen. Dort werden heute zwar westliche Schnulzenstars und Rockgruppen als liebe Gäste gefeiert, einem revolutionärem Agitproptrupp aber würde man wohl die Einreise verweigern, sicherlich aber nicht vor den sowjetischen Arbeitern auftreten lassen. Wohin der Sieger dieses Agitprop-Wettbewerbs fahren wird, hat sich wohl inzwischen schon rumgesprochen: Er fährt zu einer Gastspielreise in die Sozialistische Volksrepublik Albanien. In ein Land, das im Rahmen des Aufbaus des Sozialismus, anknüpfend an sein fortschrittliches, nationales Kulturerbe, ein reiches Volkskunstschaffen, eine blühende, vielgestaltige Kunst des sozialistischen Realismus entfaltet. Möge die Gastspielreise unseres Agitproptrupps im Juli dieses Jahres im Sinne des proletarischen Internationalismus die Freundschaft zwischen der Arbeiterklasse, den Werktätigen unserer beiden Länder vertiefen und festigen.

Es lebe Albanien, das siegreiche Bollwerk des Sozialismus!

Vorwärts beim Aufbau einer revolutionären Kulturkampffront!

Ich wünsche dem ersten „Arbeitertheater-Festival" einen erfolgreichen Verlauf! Vorwärts zum Sozialismus!

Vorwärts im Kampf für ein vereintes, unabhängiges, sozialistisches Deutschland.

Maxim Gorki

Ein großer proletarischer Dichter

Am 28. März ist der 110. Geburtstag von Maxim Gorki. Aufgewachsen unter den ärmsten Schichten seines Volkes, erzogen im Kampf der russischen Arbeiter und Bauern gegen die sozialen Verhältnisse und die Terrorherrschaft des Zarismus wuchs er vom Analphabeten zum größten sowjetischen Dichter. Gorki beschrieb in seinen Werken das Leben der Arbeiter und der armen Landbevölkerung in seiner ganzen Konkretheit, und er sah es mit den Augen eines Revolutionärs. In seinen Werken wie „Die Mutter“, „Nachtasyl“, „Meine Universitäten“ u. a. entsteht die Gestalt des russischen Volkes, dessen Heldentum im Jahre 1917 die Herrschaft des Kapitalismus auf einem Sechstel der Erde zerbrach. Gorki wurde so zum Vorbild des „Sozialistischen Realismus“.

Maxim Gorki wurde 1936, zwei Jahre nach dem Mord an seinem Sohn Peschkow, von seinem Arzt ermordet — auf Geheiß des konterrevolutionären Blocks der Rechten und Trotzkisten, einer Verschwörung gegen die Diktatur des Proletariats in der Sowjetunion. Der Klassenfeind hatte es ihm nicht verziehen, daß er mit seinem Leben und Werk unerschütterlich zur proletarischen Diktatur in der Sowjetunion stand.



Stalin im Gespräch mit Gorki 1931 vor dem Lenin-Mausoleum in Moskau.

Hymne auf Maxim Gorki

Einer zog aus
die Barbarei das Fürchten zu lehren
allein mit dem Wort,
dem einfachen,
zärtlichen
und doch so kraftvollen.

Dieses Wort
kam aus Geist und Seele
der einfachen Menschen
und war wie sie:
wahr wie ihre Erfahrungen
eines harten Lebens,
schön wie ihre Seelen,
die durch dieses Leben
geschmiedet wurden.

Seine Romane
beschreiben das Leben der Menschen
in der Vergangenheit und Gegenwart;
so lehrte er die Menschen,
in die Zukunft zu schauen.
Denn die Zukunft —
Sie liegt in ihnen selbst.

Er lenkte den Blick
auf das Wesentliche:
den Klassenbruder
und lehrte so die Menschen,
sich selber zu erkennen
und das eigene Schicksal
zu erfahren.

Gorkis Wort
war Barrikade und Gewehr
im Klassenkampf,
errichtet an Orten,
die die Polizei
unmöglich
erreichen konnte:
in den Herzen der Menschen,
darum immer bereit
und immer im Einsatz.

So half er
Lenin
und der proletarischen Partei
den Sieg in der Revolution
und den Aufbau des Sozialismus
organisieren —
mit jenem Wort,
das zur materiellen Gewalt wird,
wenn es die Massen ergreift!

A. R. Westberlin, 1977

"Irrenanstalt" Brauweiler

Behandelt wie die Tiere

Marion war erst zwanzig Jahre alt. „Geistig behindert“, so wurde sie in den Akten der Ärzte bezeichnet. Das junge Mädchen lag im Landeskrankenhaus Brauweiler. Weihnachten '77 kam sie für kurze Zeit nach Hause. Schon damals stellten die Eltern fest: „Sie wirkte wie besoffen.“ Am 13. Januar hören sie: „Ihre Tochter liegt im Sterben.“ Als die Mutter zur Klinik fährt, ist Marion schon nicht mehr ansprechbar. Auf die Frage, warum Marion sterben mußte, fertigte die Ärztin die Mutter ab.

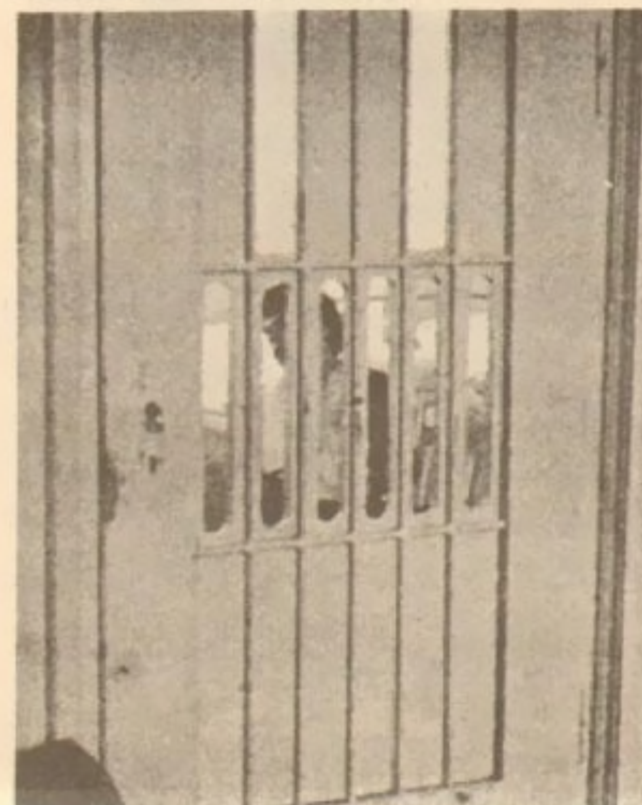
Ein normaler Todesfall? „Kreislaufversagen“, wie es im Totenschein der Klinik heißt? Nein, dieses junge Mädchen starb an der Überdosis von Psycho-Drogen. Täglich erhielt Marion 1.600 Milligramm Neurocil. 600 Milligramm sind als Höchstdosis vorgeschrieben. Der unermüdlichen Untersuchungsarbeit einer Kölner Bürgerinitiative, dem „Landeskrankenhaus-Beschwerdezentrum (SSK)“ ist es zu verdanken, daß der Versuch, die Todesursache zu vertuschen, mißlang.

Schon am 6. Februar erstattete das Beschwerdezentrum Strafanzeige beim Staatsanwalt, es forderte eine Obduktion. Nichts geschah, man erhielt nur elf Tage später die „Eingangsbestätigung“. Also wandten sich die Mitglieder an die Öffentlichkeit. Sie verteilten Flugblätter in Brauweiler. Sie stellten sich mit Plakaten vor das Gericht in Köln. Nun rührten sich die staatlichen Behörden. Allerdings nicht, um die Leiche zu untersuchen. Nein, der Staatsanwalt trat mit dem „Landschaftsverband Rheinland“ in Verbindung, dem Träger des Krankenhauses. So erhielt Prof. Stockhausen, der Leiter von Brauweiler, die Gelegenheit, Zeit zu gewinnen. Seitdem fehlen die letzten Krankenblätter!

Der Landschaftsverband versetzte den Direktor, seinen Stellvertreter und zwei weitere Ärztinnen. Allerdings reichte diese „elegante“ Lösung schon nicht mehr aus. Zu oft waren in den letzten Jahren Skandale und Horrorgeschichten aus Brauweiler bekanntgeworden. Nicht nur Marion, sondern auch der 25jährige Epileptiker Franz Machwirth ist im Herbst '77 offensichtlich durch eine zu hohe Dosis an Dämpfungsmitteln getötet worden. Der Landschaftsverband erklärte darum der überraschten Öffentlichkeit, Brauweiler solle bis zum Ende des Jahres geschlossen werden.

Glauben diese Herren wirklich, sie könnten so, mit einem Federstrich, ihre Verantwortung für den Tod dieser Menschen vergessen machen? Glauben sie wirklich, sie könnten so vertuschen, daß in allen „Irrenanstalten“ tagtäglich die Dämpfungsmittel in solch hohen Dosen verabreicht werden, daß ständig mit Todesfällen zu rechnen ist? Ganz zu schweigen von den schweren Gesundheitsschäden, die jeder davonträgt, der längere Zeit mit Psycho-Drogen behandelt wird: Konzentrationsschwierigkeit, Schlaflosigkeit, Reaktionsschwäche bis zur völligen Zerstörung der Persönlichkeit.

Es kann heute sehr leicht passieren, daß man in diese psychiatrischen Terroranstalten eingewiesen wird. Jemand hat Sorgen, säuft zu viel — Zwangseinweisung! Selbstmordversuch — reif für die Einlieferung! Sprachstörungen — ab hinter die Mauern! Gegen diese Zwangseinweisungen sind die Werktätigen praktisch rechtlos. Entscheidend ist das Gutachten eines Beamten des Gesundheitsamtes. Und sitzt man erst einmal in den Untersuchungsstationen, so ist der Eingelieferte auf die Gnade der Anstaltsärzte angewiesen. Und allzuoft dem Terror von reaktionären Pflegern ausgeliefert, die mit der Spritze und den Fesseln schnell zur Hand sind.



Brauweiler: Wie im Zuchthaus.

Über Brauweiler berichteten zwei Kollegen, die sich freiwillig zur Untersuchung einweisen ließen, dem „Kölner Volksblatt“: In den Zimmern war kein Bild, kein Stuhl, kein Tisch vorhanden, so daß man gezwungen war, seine Kleidungsstücke unters Bett zu werfen... Wenn einer in den Aufenthaltsräumen gebrochen hatte, mußte er das selbst wegmachen oder es blieb tagelang dort liegen, wie wir es selbst miterlebt haben. Auf unserer Station half einer in der Küche, das Geschirr zu spülen, der Syphilis im Endstadium und körperlichen Ausschlag hatte...

Unter den Nazis war Brauweiler eine „Arbeitsanstalt“. Das sogenannte Pflegepersonal besteht teilweise aus denselben Leuten, die damals im Arbeitslager Brauweiler als Aufseher beschäftigt waren. Diese wurden durch einen Schnellkurs zum Pflegehilfspersonal ausgebildet. Teilweise tragen diese Leute noch heute ihre Schlagstöcke von damals mit sich.

Dieses Pflegepersonal, erzogen im faschistischen Geist, leitete in Brauweiler ein Prof. Stockhausen. Über diesen Herrn ging in der Anstalt der Spruch herum: „Schnaps, Whisky, stockbesoffen, stockhausenbesoffen“. Ein ehemaliger Patient bezeugt, daß er diesen „Mediziner“ morgens bei Dienstantritt so sturzbetrunken erlebte, daß er nicht einmal die Tür aufschließen konnte. Dieser Alkoholkonsum hinderte den Klinikleiter allerdings nicht daran, außer seinem Gehalt vom Landschaftsverband noch 103.733 Mark nebenher zu verdienen — mit Privatpatienten und als psychiatrischer Gutachter.

Beide Psychiater stehen im Dienst des „Landschaftsverbandes Rheinland“. Diese weitgehend anonyme Organisation herrscht im Rheinland über das Schicksal von 14.000 Irrenhausinsassen, 5.000 Fürsorgezöglingen, 7.000 Pflegefällen, alle Blinden, Sprachgeschädigten, Kriegsversehrten, Körperbehinderten. Der Landschaftsverband entscheidet über alle Zwangserziehungsmaßnahmen, kontrolliert Erziehungsheime, Altenheime, Waisenhäuser. Wer erst einmal in einem seiner Heime war, ist ihm ausgeliefert. Die Fürsorgeakte verschwindet nie.

Oberster Herr dieses Gewaltapparates war bezeichnender Weise von 1954-1975 Udo Klausa, Karrierejurist in NS-Diensten. Mit seinem Werk „Rasse und Wehrrecht“ stieg er zum Chefideologen der faschistischen Wehrmacht auf. Er bezeugte hier offen seine durch und durch faschistische Haltung zu Geisteskranken: „Das Recht muß daran mitwirken, daß hier stets den wertvolleren Erbströmen die Entfaltungsmöglichkeit gesichert wird. Das geschieht positiv durch Förderung der rassisch wertvollen Menschen, negativ durch Aussonderung der Entarteten.“ Diese „Aussonderung hieß damals: Ermordung, Vergasung, Vernichtung von Millionen inKonzentrationslagern. Was heute hinter den Mauern von Erziehungsanstalten und Irrenhäusern passiert, ist ebenfalls faschistischer Terror.

Schon heute verschwinden Leute, die als „Querulanten“ bezeichnet werden, hinter den Gittern der „Irrenhäuser“. Die Zeit wird nicht mehr fern sein, in der die Behörden der Bundesrepublik nach dem Vorbild der Sowjetunion auch Menschen, die gegen das kapitalistische System kämpfen, in diese psychiatrischen „Konzentrationslager“ einweisen werden.

Der Terror in den psychiatrischen Anstalten und den Erziehungsheimen muß an die Öffentlichkeit! Brauweiler ist kein Einzelfall. Die Schließung dieses Hauses kann nicht verwischen, daß es in allen anderen Zwangsanstalten ähnlich aussieht.

Abonniert das Zentralorgan der KPD/ML!

Verlag
G. Schneider
Postfach 30 05 26
4600 Dortmund 30



Hiermit bestelle ich:
Abonnement ab Nr. .....

○ für 1 Jahr ○ für 1/2 Jahr ○ Probenummer

Name: ....

Straße: ....

Plz/Ort: ....

Unterschrift: .... Datum: ....
(Bitte deutlich in Druckbuchstaben schreiben)

Die Zahlung erfolgt:

○ jährlich **DM 30,00** ○ halbjährlich **DM 15,00** ○ vierteljährlich **DM 7,50**

Die jeweiligen Gebühren sind im voraus nach Erhalt der Rechnung zu überweisen auf das Postscheckkonto Dortmund Nr. 236 00 — 465 oder Bankkonto Stadtsparkasse Dortmund Nr. 321 004 911. Das Abonnement verlängert sich jeweils um 1 bzw. 1/2 Jahr, wenn es nicht einen Monat vor Ablauf gekündigt wird (ausgenommen sind Geschenkabonnements).

Besuchen Sie die Parteibüros der KPD/ML!

Die Parteibüros sind Kontaktstellen der KPD/ML und der Roten Garde, Jugendorganisation der KPD/ML. Hier sind sämtliche Veröffentlichungen der Partei zu bekommen.

ZENTRALKOMITEE DER KPD/ML, REDAKTION „ROTER MORGEN“, 4600 Dortmund 30, Wellinghofer Str. 103, Tel.: 0231 / 43 36 91 und 43 36 92.

5100 **AACHEN**, Buchladen „Roter Morgen“, Viktoriastr. 35, geöffnet: Mo, Mi u. Fr 16.30-18.30, Sa 10.00-13.30 Uhr.

4800 **BIELEFELD**, Buchladen „Roter Morgen“, Sudbrackstr. 31, Tel.: 0521 / 177404, geöffnet: Mo-Fr 17.00-18.30, Sa 9-12 Uhr.

4630 **BOCHUM**, Buchladen „Roter Morgen“, Dorstener Str. 86, Tel.: 0234 / 511537, geöffnet: Mo, Di, Do, Fr 16.00-18.30, Mi 17.00-18.30, Sa 10-13 Uhr.

2800 **BREMEN** (Walle), Buchladen „Roter Morgen“, Waller Heerstr. 70, Tel.: 0421 / 393888, geöffnet: Mo-Fr 16.00-18.30, Sa 9-13 Uhr.

4600 **DORTMUND** 30 (Hörde), Buchladen „Roter Morgen“, Wellinghofer Str. 103, Tel.: 0231 / 433691 u. 433692, geöffnet: Mo-Fr 9-12 u. 14-18, Sa 9-14 Uhr.

4100 **DUISBURG** 1 (Hochfeld), Buchladen „Roter Morgen“, Paulusstr. 36, Tel.: 0203 / 64796, geöffnet: Fr 16.00-18.30, Sa 10-13 Uhr.

4300 **ESSEN** (Altendorf), Buchladen „Roter Morgen“, Helenenstr. 35, Tel.: 0201 / 624299, geöffnet. Mi u. Do 16.00-18.30, Sa 10-13 Uhr.

6000 **FRANKFURT**, Buchladen „Roter Morgen“, Burgstr. 78, Tel.: 0611 / 437595, geöffnet: Di-Fr 16.30-18.30, Sa 10-13 Uhr.

2000 **HAMBURG** 6, Buchladen „Roter Morgen“, Schulterblatt 98, Tel.: 040 / 4300709, geöffnet: Mo-Fr 15.00-18.30, Sa 9-13 Uhr.

3000 **HANNOVER**, Buchladen „Roter Morgen“, Elisenstr. 20, Tel.: 0511 / 445162, geöffnet: Di-Fr 17-19, Sa 9-13 Uhr.

7100 **HEILBRONN**, Kontaktmöglichkeit zur Partei: „Ernst-Thälmann“-Keller, Holzstr. 12 (Nähe Götzenturm), geöffnet: Di u. Fr 17-19 Uhr.

2300 **KIEL** 1, Buchladen „Roter Morgen“, Gutenbergstr. 46, Tel.: 0431 / 567702, geöffnet: Mo-Dr 9-13 u. 15-18, Fr 9-13 u. 15.00-18.30, Sa 9-13 Uhr.

5000 **KÖLN** 91 (Kalk), Buchladen „Roter Morgen“, Kalker Hauptstr. 70, Tel.: 0221 / 854124, geöffnet: Mo-Fr 16.00-18.30, Sa 9-13 Uhr.

6700 **LUDWIGSHAFEN** (Friesenheim), Parteibüro der KPD/ML, Ruthenstr. 1, Tel.: 0621 / 697109, geöffnet: Mo-Fr 15.30-18.30, Sa 9.30-13.00 Uhr.

2400 **LÜBECK**, Buchladen „Roter Morgen“, Schlumacherstr. 4, Tel.: 0451 / 76939, geöffnet: Mo, Mi u. Fr 16.30-18.30 Uhr.

4400 **MÜNSTER**, Buchladen „Roter Morgen“, Bremer Platz 16, Tel.: 0251 / 65205, geöffnet: Mo-Fr 16.00-18.30, Sa 11-14 Uhr.

8000 **MÜNCHEN** 2, Buchladen „Roter Morgen“, Maistr. 69, Tel.: 089 / 535987, geöffnet: Mo-Fr 14.30-18.30, Sa 9-13 Uhr.

7000 **STUTTGART** 1, Buchladen „Roter Morgen“, Haußmannstr. 107, Tel.: 0711 / 432388, geöffnet: Mo-Fr 16.30-18.30, Sa 9-13 Uhr.

SEKTION WESTBERLIN, 1000 Westberlin 65 (Wedding), Buchladen „Roter Morgen“, Schererstr. 10, Tel.: 030 / 4652807, geöffnet: Mo-Fr 14.30-18.30, Sa 10-14 Uhr.